

Vorbericht

und

Sonstige Anlagen

zum Haushaltsplan

2013



– Entwurf –

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Entwurf

Vorbericht

und

Sonstige Anlagen

zum Haushaltsplan

2013

Inhaltsverzeichnis

A Vorbericht zum Haushaltsplan-Entwurf 2013

1	Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2013	1
1.1	Vorbemerkungen zum Haushaltsplanentwurf 2013	1
1.1.1	Jahresabschluss 2011	1
1.1.2	Haushaltsabwicklung 2012	1
1.1.3	Haushaltskonsolidierungsprogramm	2
1.2	Gesamtüberblick 2013	3
1.3	Ergebnisplan 2013	5
1.3.1	Erträge und Aufwendungen des Ergebnisplanes auf Zeilenebene	5
1.3.2	Aufwendungen des Ergebnisplanes nach großen Aufgabenbereichen	9
1.3.3	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	10
1.3.3.1	Dezernatsspezifische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	10
1.3.3.2	Stellenplanentwurf 2013, Personal- und Versorgungsaufwendungen	20
1.4	Finanzplan 2013	24
1.4.1	Gegenüberstellung von Ergebnis- und Finanzplan	24
1.4.2	Investitionstätigkeit	27
1.4.3	Finanzierungstätigkeit	27
1.5	Schwerpunkte des LWL-Haushaltes	28
1.5.1	LWL-Direktor	28
1.5.2	LWL-Dezernat Erster Landesrat	30
1.5.3	LWL-Jugenddezernat	34
1.5.4	LWL-Sozialdezernat	39
1.5.5	LWL-Krankenhausdezernat	48
1.5.6	LWL-Kulturdezernat	50
2	Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2014 bis 2016	52

3	Übersicht über alle vom LWL bewirtschafteten Mittel	54
3.1	Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (Sondervermögen des LWL)	54
3.2	Mittel des Bundes und des Landes NRW für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen öffentlicher und freier Träger im Bereich der Jugendhilfe	55
3.3	Mittel des Landes NRW zur Förderung von Maßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen der Wohlfahrtspflege	56
3.4	Mittel des Landes NRW für Integrationsmaßnahmen und für die Kriegsofferfürsorge	56
3.5	Mittel des Bundes und des Landes NRW zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht	57

B Sonstige Anlagen zum Haushaltsplan-Entwurf 2013

- Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen 61
- Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen 65
- Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung 67
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten 73
- Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals 75
- Vom LWL-Erster Landesrat aufgestellter und vom LWL-Direktor bestätigter Entwurf der Bilanz des LWL zum 31.12.2011.
Die Feststellung des vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschlusses 2011 durch die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe ist noch nicht erfolgt. 77
- Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist 79
 - Ardey-Verlag GmbH 81
 - Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH 91
 - Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) 101
 - Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH 115
 - Westfälische Werkstätten GmbH – Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen – 133
- Übersicht über die Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen, bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat 159
 - LWL-Kulturstiftung 160
- Glossar zu den Begriffen des doppelten Haushalts im NKF 171

1. Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2013

1.1 Vorbemerkungen zum Haushaltsplanentwurf 2013

1.1.1 Jahresabschluss 2011

Der Entwurf des vom Kämmerer aufgestellten und vom LWL-Direktor bestätigten NKF-Jahresabschlusses wurde gemäß § 96 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) am 22.05.2012 dem LWL-Rechnungsprüfungsamt (LWL-RPA) zur Prüfung zugeleitet.

In der Ergebnisrechnung schließt das Haushaltsjahr 2011 mit einem **Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 161,3 Mio. EUR** ab.

Der Haushaltsplan 2011 sah einen haushaltswirtschaftlichen Fehlbetrag in Höhe von rd. 132,8 Mio. EUR vor, so dass gegenüber der Veranschlagung eine Verschlechterung von rd. 28,5 Mio. EUR zu verzeichnen ist.

Nach § 96 Absatz 1 GO NRW beraten und entscheiden die zuständigen parlamentarischen Gremien des LWL bis zum 31.12. des Folgejahres über die Behandlung des in der Bilanz ausgewiesenen Jahresfehlbetrages 2011.

Unter Beachtung der Ausgleichsfiktion der Ausgleichsrücklage nach § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW hat die Deckung des Jahresfehlbetrages **durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 161,3 Mio. EUR zu erfolgen.**

1.1.2 Haushaltsabwicklung 2012

Am 01.03.2012 hat die Landschaftsversammlung den Haushaltsplan 2012 mit einem gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %-Punkte erhöhten Hebesatz zur Landschaftsumlage von 16,1 % beschlossen. Der **Fehlbetrag in Höhe von 21,3 Mio. EUR soll durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden.** Damit gilt der Haushaltsplan 2012 gemäß § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW als fiktiv ausgeglichen.

Das **Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK NRW)** hat mit **Erlass vom 14.05.2012** den Beschluss der Landschaftsversammlung über die Haushaltssatzung 2012 zur Kenntnis genommen, den Antrag auf Erhöhung des Umlagesatzes genehmigt und sich noch einmal aufgrund der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Situation der Verbandsgemeinden bereit erklärt, die weitere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage mitzutragen.

Das MIK NRW hält es im Hinblick auf die schwierigen zukünftigen Haushaltsjahre für erforderlich, erhebliche Konsolidierungsschritte zur Begrenzung des strukturellen Defizites vorzunehmen. Hierzu erachtet das MIK NRW das Haushaltskonsolidierungsprogramm 2011 - 2014 des LWL als gut geeignet, den Aufwand bei der Aufgabenerledigung dauerhaft senken zu können.

Das Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage 13/0343) ist mit einem Entlastungsbetrag für 2012 von rd. 40,0 Mio. EUR in die Haushaltsgestaltung eingeflossen.

Nach einer Prognose des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Jahr 2012 wird eine Verbesserung gegenüber der Planung um rd. 13,3 Mio. EUR erwartet. Daraus ergibt sich derzeit ein voraussichtliches negatives Jahresergebnis von nur noch rd. 8,0 Mio. EUR. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Ergebnisrechnung 2012 letztlich mit einer Verbesserung gegenüber der Planung von rd. 6,3 bis 16,3 Mio. EUR abschließen wird.

Diese Prognose steht jedoch unter dem Vorbehalt aller Unsicherheiten, insbesondere im Bereich des LWL-Sozialdezernates, wie z. B. die hohen Abrechnungsvolumina, die Umsetzung des Ergebnisses der pauschalen Entgeltverhandlungen in das laufende Abrechnungsverfahren und die Einschätzung der Höhe der nach dem NKF vorzunehmenden Jahresabgrenzungen. **Somit könnte sich das negative Jahresergebnis 2012 auf rd. 5 bis 15 Mio. EUR reduzieren.** Dabei ist zu beachten, dass eine Abweichung vom geplanten Haushaltsvolumen um nur 0,1 % bereits eine Veränderung von rd. 2,7 Mio. EUR bedeutet.

Der LWL hat bereits in den Jahren 2010 und 2011 die Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 240 Mio. EUR in Anspruch genommen. Sofern für 2012 ein Fehlbedarf von rd. 5 bis 15 Mio. EUR eintreten wird, bleibt von ehemals rd. 325 Mio. EUR noch ein Bestand von rd. 70 bis 80 Mio. EUR.

Damit ergeben sich aus den Ergebnisrechnungen der Jahre 2010 bis 2012 **voraussichtlich rund 245 bis 255 Mio. EUR neue Schulden.**

1.1.3 Haushaltskonsolidierungsprogramm

Das in 2011 aufgelegte Haushaltskonsolidierungsprogramm wirkt weiter. Es umfasst die Jahre 2011 bis 2014.

Im Jahr 2011 ist ein Paket geschnürt worden, das u. a. folgende Maßnahmen enthält:

- Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Ambulante Angebote sind kostengünstiger als stationäre. Deshalb werden die Angebote des stationären Wohnens im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nicht weiter ausgebaut, der Zuwachs an Fallzahlen wird begrenzt. Regionale Engpässe werden nur bei gleichzeitigem Nettoplatzabbau in anderen Regionen ausgeglichen.
- Der LWL ist um den Aufbau niederschwelliger und damit auch kostengünstigerer Betreuungsangebote der LWL in den regionalen Planungskonferenzen mit den Mitgliedskörperschaften und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege bemüht (u. a. Ausbau von Tagesstätten, Alternativangebote zu den Werkstattplätzen).
- In der Eingliederungshilfe werden verstärkt vorrangige Sozialleistungssysteme in Anspruch genommen. Es wird in jedem Einzelfall, aber auch generell, überprüft, ob Kosten auf andere Sozialleistungssysteme verlagert werden können. Hier geht es aktuell insbesondere darum, Leistungen der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen.
- Die Zuschüsse des LWL für den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb sind stark gekürzt worden.
- Die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) beteiligt sich - trotz steuerlicher Nachteile - mit Sonderausschüttungen an der Konsolidierung des LWL-Haushaltes.
- Die investiven Mittel für Beschaffungen sind pauschal gekürzt worden.
- Zuschüsse im Kulturbereich sind gekürzt worden.

Das Haushaltskonsolidierungsprogramm umfasste in den Jahren 2011 und 2012 ein Einsparvolumen von jeweils rd. 40 Mio. EUR. Diese Konsolidierungsmaßnahmen wirken im Wesentlichen auch in 2013 fort.

In 2012 war bei den Entgelten für die sozialen Leistungen eine Nullrunde eingeplant. Ein solches Ergebnis war mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in NRW nicht zu erzielen, insbesondere nachdem Ende März 2012 das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst vorlag.

Durch intensive Verhandlungen beider Landschaftsverbände ist es allerdings gelungen, die Entgelterhöhungen unterhalb des Tarifabschlusses zu halten. Im Ergebnis wurde für die Jahre 2012 und 2013 statt einer prozentualen Erhöhung von + 6,3 % eine Erhöhung von + 4,2 % erzielt. Die Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege haben darauf hingewiesen, dass sie dieses Ergebnis nur vor dem Hintergrund der erheblich angespannten Haushaltssituation der kommunalen Familie mittragen können. Des Weiteren sei davon auszugehen, dass sich die finanzielle Situation der Einrichtungen und Dienste verschlechtert und dies auch für die personelle Ausstattung Konsequenzen haben werde.

Aus dem pauschalen Abschluss ergibt sich ein Kostendämpfungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von rd. 24 Mio. EUR sowie für den Haushaltsplanentwurf 2013 in Höhe von rd. 19 Mio. EUR.

1.2 Gesamtüberblick 2013

Die **Deckungslücke im Ergebnisplan** betrug nach dem vorläufigen Abschluss der Planung **rd. 54 Mio. EUR**.

Zum Ausgleich des Haushaltsplanentwurfes ist eine Erhöhung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,1 % um 0,5 %-Punkte auf 16,6 % der Umlagegrundlagen notwendig.

Auf der Basis eines Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,6 % ist der Ergebnisplanentwurf mit dem Gesamtbetrag der Erträge und Aufwendungen in Höhe von 2.809.963.973 EUR ausgeglichen.

Die Verwaltung schlägt eine Umlageerhöhung von 0,5 %-Punkten aus folgenden Gründen vor:

Der LWL wird bereits in den Jahren 2010 bis 2012 mit Rücksicht auf seine Mitgliedskörperschaften die Ausgleichsrücklage voraussichtlich in Höhe von rd. 245 bis 255 Mio. EUR in Anspruch nehmen. Von ehemals rd. 325 Mio. EUR bleibt dann noch ein Bestand von rd. 70 bis 80 Mio. EUR (bei einem voraussichtlich negativen Jahresergebnis 2012 von rd. 5 bis 15 Mio. EUR).

Dieser Bestand wird gebraucht für die Abfederung von unvermeidbaren Aufwandssteigerungen in wirtschaftlich nicht so günstigen Jahren in der Zukunft sowie als Schwankungsreserve bei unterjährig negativen Entwicklungen. Als Alternative bliebe sonst nur die unterjährige Anpassung der Landschaftsumlage.

Der Liquiditätsbedarf des LWL würde bei einer weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage steigen. Hierdurch entsteht ein zusätzlicher Zinsaufwand.

Mit **Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein – Westfalen (MIK NRW)** zur LWL-Haushaltssatzung vom 14.05.2012 hat sich das MIK NRW noch einmal bereit erklärt, eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage für 2012 mitzutragen. Für die Folgejahre wird es allerdings für unverzichtbar gehalten, dass die Planungen der Haushaltsjahre 2013 bis 2015 unbedingt ohne weiteren Eigenkapitalverzehr umzusetzen sind.

Dieses würde ansonsten nur zu einer zeitlichen Verzögerung der Belastung der Mitgliedskörperschaften führen und somit den Prinzipien des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit widersprechen.

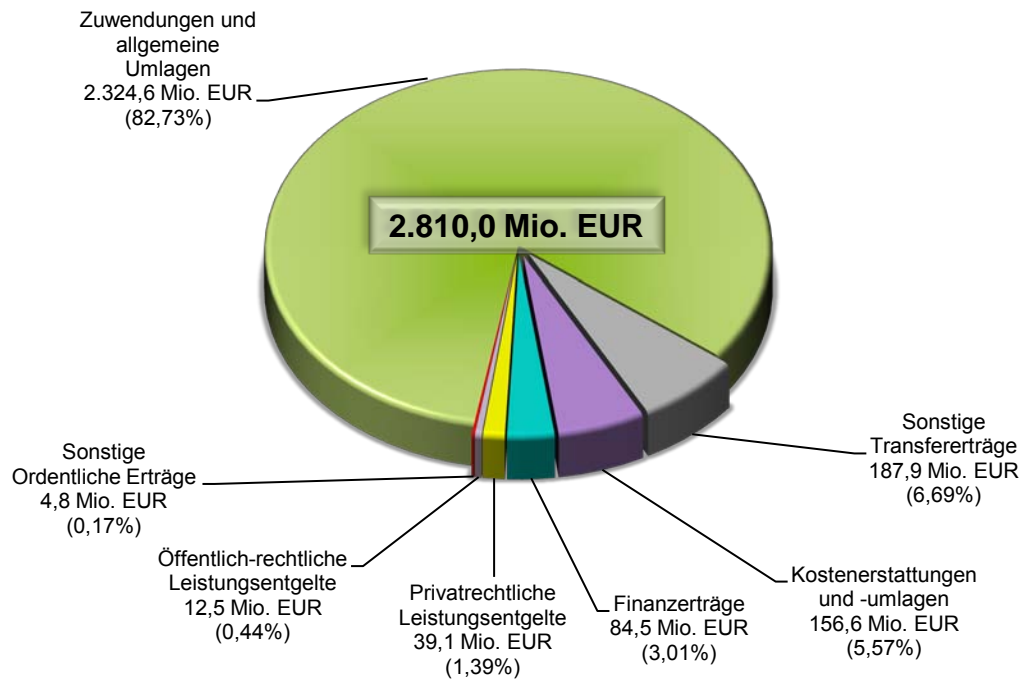
Für den Entwurf des Ergebnis- und Finanzplanes 2013 ergibt sich folgendes Bild:

Haushaltsplanentwurf 2013			
Ergebnisplan 2013	EUR	Finanzplan 2013	EUR
Erträge	2.809.963.973	Einzahlungen	2.785.767.735
Aufwendungen	2.809.963.973	Auszahlungen	2.795.415.341
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 9.647.606
		Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	71.696.410
		davon: Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit	18.405.098
		Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	53.228.750
		davon: ordentliche Tilgung	14.588.360
		Saldo aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	18.467.660
		Änderung Finanzmittelbestand	+ 8.820.054

1.3 Ergebnisplan 2013

1.3.1 Erträge und Aufwendungen des Ergebnisplanes auf Zeilenebene

Die Erträge des Ergebnisplanes 2013 in Höhe von rd. 2,81 Mrd. EUR setzen sich auf Zeilenebene wie folgt zusammen:



Zuwendungen und allgemeine Umlagen 2.324,6 Mio. EUR 82,73 %

Neben den fachspezifischen Zuwendungen, wie z. B. der Investitionspauschale Eingliederungshilfe (20,0 Mio. EUR) und der anteiligen Bundesbeteiligung für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (71,4 Mio. EUR), sind hier insbesondere die Landschaftsumlage (1.806,8 Mio. EUR) sowie die Schlüsselzuweisungen (401,6 Mio. EUR) und Bedarfszuweisungen (4,1 Mio. EUR) des Landes Nordrhein-Westfalen veranschlagt.

Sonstige Transfererträge 187,9 Mio. EUR 6,69 %

Hierunter fallen Ersatzleistungen von Sozialleistungs- und Pflegeversicherungsträgern sowie Unterhaltspflichtigen für Transferleistungen der Jugend- und Sozialhilfe. Davon entfallen allein 166,3 Mio. EUR auf die LWL-Behindertenhilfe Westfalen sowie 21,1 Mio. EUR auf das LWL-Integrationsamt Westfalen und die LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 12,5 Mio. EUR 0,44 %

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten die Erträge, die für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden, wie z. B. Vergütungssatzerträge in Einrichtungen. Diese entfallen nahezu ausschließlich auf das LWL-Jugenddezernat für Berufsausbildungen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen im LWL-Berufsbildungswerk Soest sowie für bedarfsgerechte Wohn- und Förderangebote in den LWL-Internaten.

Privatrechtliche Leistungsentgelte 39,1 Mio. EUR 1,39 %

Hier sind insbesondere Erträge aus Personalgestellung, Erträge für Vermietung und Verpachtung, Erträge aus dem Verkauf von Vorräten sowie sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte wie z. B. Eintrittsgelder in den Museen und Erträge aus dem Verkauf von Publikationen veranschlagt. Davon entfallen auf die Personalgestellung 19,1 Mio. EUR, die LWL.IT Service Abteilung 7,2 Mio. EUR, das LWL-Kulturdezernat 5,2 Mio. EUR und das LWL-Jugenddezernat 4,9 Mio. EUR.

Kostenerstattungen und -umlagen 156,6 Mio. EUR 5,57 %

Dies sind Ersätze von Transfer-, Sach- und Personalaufwendungen für dem LWL übertragene Aufgabenbereiche. Davon entfallen auf die LWL-Behindertenhilfe Westfalen aus dem Ausgleichsverfahren zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung 100,6 Mio. EUR, auf das LWL-Integrationsamt Westfalen für Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen 34,0 Mio. EUR sowie auf das LWL-Versorgungsamt Westfalen für Erstattungen des Landes NRW im Rahmen des Konnexitätsausführungsgesetzes 6,6 Mio. EUR.

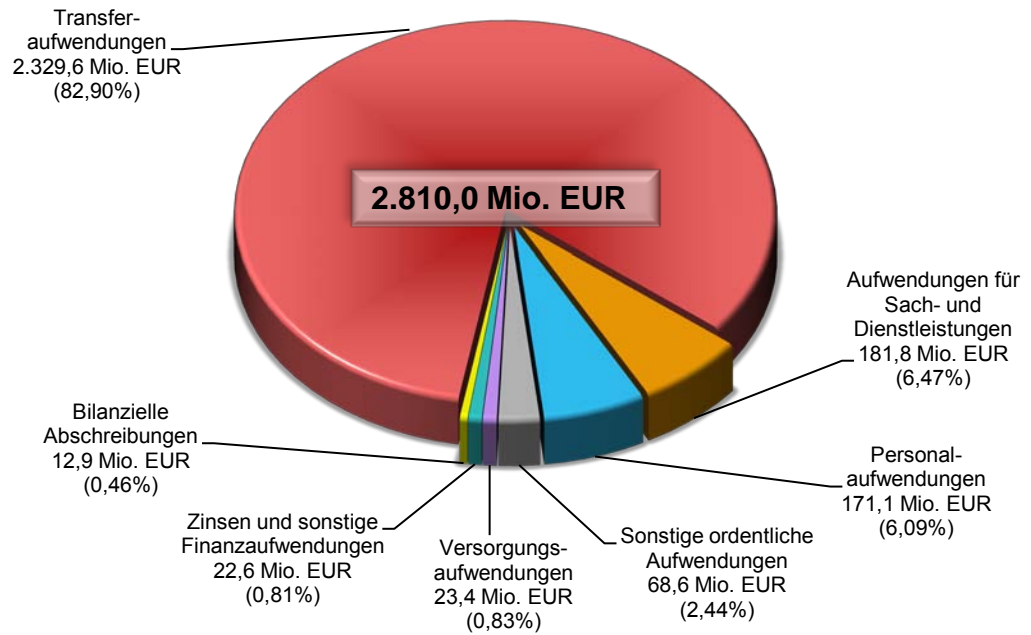
Sonstige ordentliche Erträge 4,8 Mio. EUR 0,17 %

Hierunter fallen alle Erträge des LWL, die nicht speziell unter einer anderen Ertragsposition erfasst werden.

Finanzerträge 84,5 Mio. EUR 3,01 %

Es handelt sich um Zinsen für Finanzanlagen, gewährte Darlehen und für zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sowie um Erträge aus Beteiligungen. Davon entfallen auf die LWL-Unternehmensbeteiligungen 22,5 Mio. EUR, auf Erträge aus den dem LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb gewährten Darlehen 12,8 Mio. EUR und auf Finanzerträge aus der Ausgleichsabgabe 45,3 Mio. EUR.

Die Aufwendungen des Ergebnisplanes 2013 in Höhe von rd. 2,81 Mrd. EUR setzen sich auf Zeilenebene wie folgt zusammen:



Personalaufwendungen 171,1 Mio. EUR 6,09 %

Hier werden die beim LWL anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den aktiv Beschäftigten des LWL veranschlagt.

Davon entfallen auf die Zuführung zu Rückstellungen 12,3 Mio. EUR, und zwar für Pensionen (9,5 Mio. EUR), Altersteilzeit (0,2 Mio. EUR) und Beihilfe (2,6 Mio. EUR). Demgegenüber steht die aufwandsmindernde Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit (1,1 Mio. EUR).

Versorgungsaufwendungen 23,4 Mio. EUR 0,83 %

Hier werden die beim LWL anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den ehemaligen Beschäftigten des LWL (insbesondere Versorgungsbezüge und Beihilfen für ehemalige Beamte) veranschlagt.

Berücksichtigt ist hier die aufwandsmindernde Inanspruchnahme von Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 9,2 Mio. EUR.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 181,8 Mio. EUR 6,47 %

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Anlagevermögens sowie Erstattungen für Aufwendungen Dritter aus laufender Verwaltungstätigkeit. Weiterhin werden hier Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten, für Dienstleistungen Dritter sowie für die fachspezifische Aufgabenwahrnehmung veranschlagt.

Besonders hervorzuheben sind das LWL-Jugenddezernat mit 41,4 Mio. EUR (davon allein für Schülerfahrtkosten 24,1 Mio. EUR, für die Förderung von Schulen in fremder Trägerschaft 3,4 Mio. EUR), das LWL-Sozialdezernat mit 116,3 Mio. EUR (u. a. Individuelle Hilfe im Einzelfall 5,8 Mio. EUR, Ausgleichsverfahren zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung 100,0 Mio. EUR und Ausgleichsabgabe 10,3 Mio. EUR) sowie das LWL-Kulturdezernat mit den LWL-Museen und Außenstellen mit 15,2 Mio. EUR.

Bilanzielle Abschreibungen 12,9 Mio. EUR 0,46 %

Die Bilanziellen Abschreibungen beinhalten die periodengerechte Verteilung des Wertverlusts von abnutzbaren Vermögensgegenständen auf die jeweilige Nutzungsdauer.

Darin enthalten sind planmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen (gewährte nicht rückzahlbare Ausleihungen an das Sondervermögen des LWL und an die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH) in Höhe von 4,4 Mio. EUR.

Transferaufwendungen 2.329,6 Mio. EUR 82,90 %

Es handelt sich im Wesentlichen um Transferleistungen der Jugend- und Sozialhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Davon entfallen allein auf das LWL-Sozialdezernat 2.208,4 Mio. EUR (Individuelle Hilfe im Einzelfall 2.074,6 Mio. EUR, Ausgleichsabgabe 50,6 Mio. EUR sowie Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen 71,0 Mio. EUR) sowie auf das LWL-Jugenddezernat für die Versorgung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen 107,6 Mio. EUR.

Sonstige ordentliche Aufwendungen 68,6 Mio. EUR 2,44 %

Darunter fallen insbesondere Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (z. B. Mieten, Geschäftsaufwendungen), Aus- und Fortbildung sowie die Zuführung zum Sonderposten der Ausgleichsabgabe.

Der Großteil der Geschäftsaufwendungen über alle LWL-Dezernate entfällt auf die an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu entrichtende Miete für die Gebäude einschließlich der Mietnebenkosten in Höhe von insgesamt 51,0 Mio. EUR. Auf die Aus- und Fortbildung entfallen 1,1 Mio. EUR.

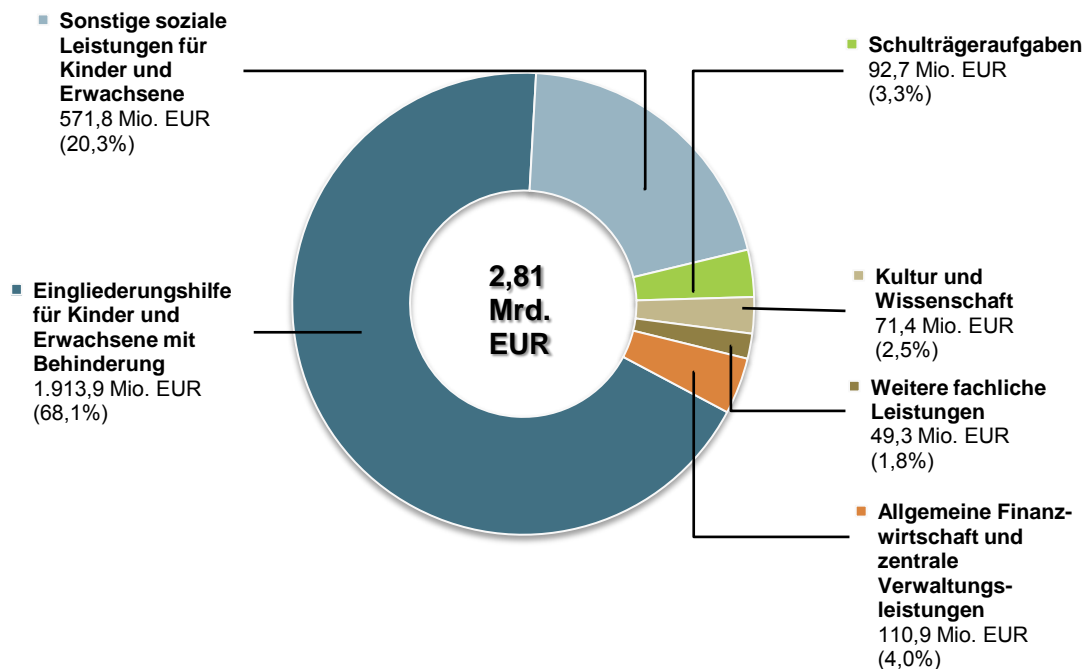
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 22,6 Mio. EUR 0,81 %

Hier sind Zinsen für eingegangene Verbindlichkeiten und für vom LWL zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse sowie Kreditbeschaffungskosten veranschlagt.

1.3.2 Aufwendungen des Ergebnisplanes nach großen Aufgabenbereichen

Das nachfolgende Schaubild gibt, anders als bei der Betrachtung auf Zeilenebene des Ergebnisplanes, einen Überblick über die **Struktur der Aufwendungen** im Ergebnisplan 2013 nach großen Aufgabenbereichen.

Wie in den Vorjahren liegt dabei das Schwergewicht der Aufwendungen mit rd. 88,4 % bei den sozialen Leistungen für Kinder und Erwachsene und hier insbesondere bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.



1.3.3 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

1.3.3.1 Dezernatsspezifische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Der Entwurf des Ergebnisplanes 2013 ist in den **Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen**, während der Ergebnisplan 2012 ein geplantes Defizit von rd. 21,3 Mio. EUR ausweist.

Im Vergleich der beiden Haushaltsjahre fällt das **ausgeglichene Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit 2013** somit um **rd. 21,3 Mio. EUR** besser aus als das geplante Ergebnis 2012.

Diese saldierte Veränderung verteilt sich im Haushaltsplanentwurf 2013 wie folgt auf die Dezernatsbudgets:

Dezernatsbudget	Entwurf 2013	Ansatz 2012	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)
	TEUR	TEUR	TEUR
LWL-Direktor	+ 17.873	+ 17.426	+ 447
LWL-Erster Landesrat	+ 2.122.555	+ 2.026.762	+ 95.793
<i>ohne Allgemeine Finanzwirtschaft</i>	<i>(- 65.777)</i>	<i>(- 61.437)</i>	<i>(- 4.340)</i>
LWL-Dezernat BLB und KVW	+ 9.786	+ 6.618	+ 3.168
LWL-Jugenddezernat	- 191.325	- 183.682	- 7.643
LWL-Sozialdezernat	- 1.877.581	- 1.813.266	- 64.315
LWL-Krankenhausdezernat	- 3.630	- 3.786	+ 156
LWL-Kulturdezernat	- 75.335	- 69.304	- 6.031
andere Dezernatsbudgets	- 2.343	- 2.047	- 296
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0	- 21.279	+ 21.279

In der Darstellung der dezernatsspezifischen Veränderungen wird auf die Personalaufwandsveränderungen nur dann eingegangen, wenn diese im jeweiligen Dezernat erheblich sind.

LWL-Direktor

Verbesserung: rd. 0,4 Mio. EUR

Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus Veränderungen in der Produktgruppe „**Unternehmensbeteiligungen**“.

Insbesondere ist hier die Verbesserung von **1,0 Mio. EUR** aus der dritten Rate einer kapitalertragsteuerpflichtigen **Gewinnausschüttung der Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) an den LWL** (siehe Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung) zu nennen.

Verschlechternd wirken sich dagegen Mindererträge in Höhe von **0,6 Mio. EUR** im Zusammenhang mit der **Verzinsung des der WLV gewährten Gesellschafterdarlehens** aus.

LWL-Erster Landesrat (ohne Allgemeine Finanzwirtschaft)

Verschlechterung: rd. 4,3 Mio. EUR

Die Produktgruppe „**Finanzmanagement und Controlling**“ verschlechtert sich um 0,1 Mio. EUR, begründet durch steigende Personalaufwendungen.

Die Produktgruppe „**Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten**“ weist ein gegenüber dem Vorjahr unverändertes Ergebnis aus. Wesentlichen Mehrbedarfen für das Produkt „Organisationsentwicklung“ in Höhe von 1,2 Mio. EUR steht die insgesamt haushaltsneutrale Verlagerung der Aufwendungen für laufende Lizenz- und Pflegegebühren in die Produktgruppe „LWL.IT Service“ in Höhe von 1,0 Mio. EUR gegenüber. Die weiteren Mehr- bzw. Minderbedarfe saldieren sich zu einer Verbesserung von 0,2 Mio. EUR.

Die Verschlechterungen in der Produktgruppe „**Personalmanagement**“ belaufen sich auf 3,0 Mio. EUR.

Diese lassen sich im Wesentlichen auf eine Erhöhung der zentral für den Gesamthaushalt in dieser Produktgruppe bewirtschafteten Personal- und Versorgungsaufwendungen um 2,6 Mio. EUR zurückführen.

Darin ist die insgesamt haushaltsneutrale Verlagerung der Versorgungs- und Beihilfebezüge für in 2003 bereits in Ruhestand befindliche Beamtinnen und Beamte des LWL-Bau- und Liegenschaftsbetriebes zu berücksichtigen, die bislang in der Produktgruppe „LWL-Bau- und Liegenschaften und Kommunale Versorgungskassen für Westfalen-Lippe“ als Zuschuss an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb veranschlagt wurden (1,3 Mio. EUR).

Die weiteren Verschlechterungen in Höhe von 0,4 Mio. EUR im Bereich der zentralen Leistungen sind insbesondere begründet durch die Aufwendungen für Leistungen der Familienkasse bei den Kommunalen Versorgungskassen für Westfalen-Lippe (KVV) für den LWL. Bis 2012 wurden diese Leistungen der KVV durch Verrechnung mit den Erträgen aus der Personalgestellung an die KVV finanziert. Die im Rahmen der Personalgestellung anfallenden Personalkosten für das Personal der Familienkasse wurden durch die KVV nicht erstattet.

Zum Jahr 2013 erfolgt eine Umstellung der Abrechnung mit der Familienkasse der KVV auf Fallpauschalen. Hierdurch reduziert sich die bislang in der Produktgruppe „**Personalgestaltung und sonstiges Personal**“ ausgewiesene Unterdeckung in Höhe von 0,4 Mio. EUR auf „Null“. Insgesamt ist die Umstellung der Abrechnung für den LWL haushaltsneutral.

Die Unterdeckung der Produktgruppe „**LWL.IT Service**“ erhöht sich um 1,6 Mio. EUR, wobei ein wesentlicher Teil auf die insgesamt haushaltsneutrale Verlagerung der Lizenz- und Pflegegebühren aus der Produktgruppe „Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten“ entfällt (1,0 Mio. EUR, siehe oben).

Des Weiteren entfallen wesentliche Mehrbedarfe auf die anstehende Umstellung des Betriebssystems im Bereich der LWL-Hauptverwaltung von Windows XP auf Windows 7 in Höhe von 0,6 Mio. EUR sowie auf das Vorhaben „Standardisierung der IT-Infrastruktur“ in Höhe von 0,2 Mio. EUR. Mehrbedarfe aus Personalaufwendungen fallen in Höhe von 0,8 Mio. EUR an.

Darüber hinaus ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR aus Leistungen und Abschreibungen auf Beschaffungen, deren Refinanzierung in voller Höhe von den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen sowie der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen Westfalen erfolgt.

Insgesamt erhöhen sich die Erträge von den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen, der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen Westfalen sowie der LWL-Jugendhilfeeinrichtungen und des LWL-Bau- und Liegenschaftsbetriebes für erbrachte Leistungen um mehr als 1,2 Mio. EUR.

Des Weiteren ergeben sich saldierte Verbesserungen in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Zur Struktur und zu den Veränderungen der Allgemeinen Deckungsmittel in der Produktgruppe „**Allgemeine Finanzwirtschaft**“ wird auf Ziffer 1.5.2 verwiesen.

LWL-Dezernat BLB und KVV

Verbesserung: rd. 3,2 Mio. EUR

Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der **Reduzierung des Zuschusses** an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb um **3,6 Mio. EUR**.

Davon entfallen **2,3 Mio. EUR** auf einen **reduzierten Zuschussbedarf zum Ausgleich für sonstige Leistungen** sowie **1,3 Mio. EUR** auf eine insgesamt haushaltsneutrale **Verlagerung** der Aufwendungen für Versorgungsbezüge und Beihilfen von in 2003 bereits im Ruhestand befindlichen Beamtinnen und Beamten in die Produktgruppe „Personalmanagement“ (siehe Erläuterungen zum Dezernat LWL-Erster Landesrat).

Auf einen **Zuschuss zur Sicherstellung der Liquidität** wird im Zuge der Haushaltskonsolidierung seit dem Haushaltsjahr 2011 **verzichtet**.

Verschlechterungen in Höhe von **0,4 Mio. EUR** ergeben sich aus sinkenden Zinserträgen vom LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb für gewährte Darlehen.

Dezernatsbudget LWL-Jugenddezernat

Verschlechterung: rd. 7,6 Mio. EUR

Die Ergebnisverschlechterung von 7,6 Mio. EUR entfällt allein mit einem Betrag von **4,8 Mio. EUR** auf das Produkt "Schülerbeförderung" in der Produktgruppe "**Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen**". Dies begründet sich durch einen Mehrbedarf für den Schülerspezialverkehr in Höhe von 4,9 Mio. EUR, der sich nach einer Anpassung an das höhere Rechnungsergebnis 2011 insbesondere durch das Tariftreue- und Vergabegesetz und die Verpflichtung zum Transport von Hilfsmitteln aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts ergibt.

In der Produktgruppe „**Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung**“ entfällt eine Verschlechterung von **0,8 Mio. EUR** auf den Aufgabenbereich „Versorgung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen“.

- Im Bereich der **Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderung in teilstationären Einrichtungen** (heilpädagogische und additive Kindertageseinrichtungen) ist ein Mehrbedarf von **1,3 Mio. EUR** zu verzeichnen, der aus den Neuverhandlungen der Entgelte bei den heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen resultiert. Im Ergebnis ist eine Steigerung ab dem 01.07.2012 in Höhe von 4,55 % vereinbart worden. Demgegenüber verringert sich die Kinderzahl durch die sukzessive Dezentralisierung von reinen heilpädagogischen Einrichtungen zu Einrichtungen mit integrativen pädagogischen Konzepten.
- Im Bereich der **Förderung von Kindern mit Behinderung in integrativen Kindertageseinrichtungen** ist ein saldierter Minderbedarf in Höhe von **1,2 Mio. EUR** gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Der Minderbedarf ist insbesondere auf die wegfallende Jugendamtspauschale zurückzuführen.

Bei der Berechnung liegen eine steigende Inanspruchnahme der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen durch weitere 250 Kinder (inklusive 100 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren) ab 01.08.2013 (Kindergartenjahr 2013 / 2014) sowie eine Erhöhung der Personalkostenpauschalen um rd. 3,5 % ab 01.08.2013 aufgrund der Tarifsteigerung, die ab Beginn des auf die Änderung der Vergütung folgenden Kindergartenjahres wirksam wird, zugrunde.

Bei der Haushaltsplanung 2012 wurde noch von 7.086 Kindern mit Behinderung zum 31.12.2012 ausgegangen. Nach heutigem Stand wird sich die Kinderzahl zu diesem Stichtag nur auf 6.786 Kinder mit Behinderung belaufen. Unter Einbeziehung dieser verringerten Basis und den bereits genannten 250 neuen Kindern mit Behinderung werden sich zum 31.12.2013 insgesamt 7.036 Kinder mit Behinderung in der Förderung befinden.

In der Gesamtzahl der zu fördernden Kinder mit Behinderung sind bis zu 600 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren enthalten.

- Bei den **Fahrtkosten im Rahmen der Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderung** ist eine Verschlechterung in Höhe von **0,7 Mio. EUR** zu verzeichnen, die sich durch das Tariftreue- und Vergabegesetz begründet.

Die verbleibende saldierte Verschlechterung von **2,0 Mio. EUR** verteilt sich auf die übrigen **verschiedenen Produktgruppen** und erklärt sich insbesondere aus einem Mehrbedarf an Personalaufwendungen aufgrund der tariflichen Erhöhungen sowie zu leistenden Mieten an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb aufgrund der vereinbarten Indexsteigerung und Inbetriebnahme von neuen Schulgebäuden (auch zum Teil erstmalig ganzjährige Nutzung).

Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat

Verschlechterung: rd. 64,3 Mio. EUR

Die Ergebnisverschlechterung von 64,3 EUR entfällt mit

- einer saldierten Verschlechterung von 65,9 Mio. EUR auf die LWL-Behindertenhilfe Westfalen,
- einer saldierten Verbesserung von 1,3 Mio. EUR auf das LWL-Integrationsamt Westfalen und die LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen sowie
- einer saldierten Verbesserung von 0,3 Mio. EUR auf das LWL-Versorgungsamt Westfalen.

Die saldierte Verschlechterung im Bereich der **LWL-Behindertenhilfe Westfalen** in Höhe von **65,9 Mio. EUR** resultiert insbesondere aus den um 64,5 Mio. EUR verschlechterten produktbezogenen Erträgen und Aufwendungen der Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“.

Hauptursache für die Entwicklung ist, dass sich die Aufwendungen für die „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ im Jahresvergleich 2012 zu 2013 saldiert um 115,0 Mio. erhöhen. Allein für die Produkte „Stationäres Wohnen“, „Ambulant Betreutes Wohnen“ und „Teilhabe am Arbeitsleben (insbesondere) in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)“ entstehen Mehraufwendungen aufgrund von **Fallzahlsteigerungen** in Höhe von 53 Mio. EUR und aufgrund **steigender Fallkosten** in Höhe von 63 Mio. EUR. Der gestiegene Fallaufwand begründet sich überwiegend aus dem **Ergebnis der Entgeltverhandlungen** mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie den **Veränderungen im Hilfebedarf im Einzelfall**.

Im Haushaltsplan 2012 war eine **Entgeltsteigerung** nicht veranschlagt. Vor dem Hintergrund des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst war von der Freien Wohlfahrtspflege die volle Berücksichtigung des Tarifergebnisses auf die Entgelte der Einrichtungen der Behindertenhilfe gefordert worden (01.03.2012: + 3,5 % / 01.01.2013: + 1,4 % / 01.08.2013: + 1,4 %). Im Ergebnis belaufen sich die prozentualen Erhöhungen der Entgelte aus den pauschalen Entgeltvereinbarungen für stationäre Wohnhilfen auf den LWL-Haushalt zum 01.07.2012 mit + 2,6 % und zum 01.01.2013 mit + 1,6 %.

Die sozialen Transferleistungen werden im Wesentlichen durch den Personalaufwand der Einrichtungen (rd. 30.000 Arbeitsplätze) bestimmt. Die volle Anerkennung der tariflichen Mehrbelastungen hätte im Haushalt der LWL-Behindertenhilfe für die Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ eine Erhöhung des Aufwandes von 82 Mio. EUR bedeutet. Demgegenüber wirkt sich die verhandelte pauschale Entgeltsteigerung in dieser Produktgruppe im Jahr 2013 mit Mehrbelastungen von 63 Mio. EUR aus.

Weiterhin steigend sind die **Fallzahlen**. Dieser Anstieg ergibt sich aus der langfristig wirkenden demographischen und medizinischen Entwicklung.

Diese, nicht nur auf NRW beschränkte Entwicklung, kann der LWL nicht aufhalten; sie wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Auf einige wichtige Aspekte dieser Entwicklung auf der "Bedarfsseite" sei hingewiesen:

- Derzeit sind rd. 70 % der Menschen mit Behinderung, die Wohnhilfen beanspruchen, jünger als 50 Jahre; d. h., diese Menschen werden über eine lange Zeit hinweg unterstützt werden müssen.
- Rd. 14.000 Menschen mit Behinderung, welche eine Werkstatt für behinderte Menschen besuchen, leben derzeit noch bei ihren Eltern und beziehen (noch) keine Wohnhilfen. Die betreuenden Eltern kommen aber vermehrt in ein Alter, in dem sie die Betreuung nicht mehr leisten können und Angebote von Sozialleistungsträgern in Anspruch nehmen werden.
- Es steigt der Anteil an Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen.
- Zudem steigt die Anzahl der älter werdenden und pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung. Für diesen Personenkreis ergeben sich im Lebenszyklus geänderte Bedarfslagen, insbesondere dann, wenn die pflegerischen Bedarfe überwiegen.

Der LWL sieht dieser Entwicklung nicht tatenlos zu, sondern hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um die damit einhergehenden Kostenbelastungen zu mildern:

- **Strategie „ambulant vor stationär“**
Bei den wohnbezogenen Leistungsfällen wird intensiv geprüft, inwieweit den Menschen ein weniger kostenintensives Leistungssetting im ambulanten Bereich ermöglicht werden kann. Die demographiebedingte Zunahme der Leistungsfälle betrifft vornehmlich das Ambulant Betreute Wohnen.
- Mit der **Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW“ vom Sommer 2011** ist unter anderem vereinbart, auch für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen sowie für älter werdende und pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen die notwendigen Versorgungsstrukturen zu schaffen. Hier kommt es darauf an, Wohnsituationen zu schaffen, die auch den Zugang zu den vollen Leistungen der Pflegeversicherung ermöglichen. Hierdurch sollen und können in den kommenden Jahren weitere Kostendämpfungspotenziale erschlossen werden.

Die überörtliche Prüfung des LWL durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW in 2011 stellt hierzu u. a. fest, dass sich die LWL-Behindertenhilfe Westfalen den Herausforderungen der Eingliederungshilfe gestellt hat. Dem LWL wird insgesamt ein bewusster Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen bescheinigt.

Mehrerträge aus der Bundesbeteiligung für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Bereits im Haushaltsjahr 2012 hat die Anhebung des Bundesanteils auf 45 % zu einem Mehrertrag geführt. Die weitere geplante Anhebung auf 75 % in 2013 wird sich im LWL-Haushalt mit einem Mehrertrag in Höhe von 37 Mio. EUR gegenüber dem Planansatz 2012 auswirken. Allerdings wird derzeit auf Bundesländer-Ebene erst ein Referentenentwurf diskutiert.

Darstellung des Ergebnisses nach Produktgruppen und Produkten:

In der Produktgruppe „**Planung, Finanzierung, Steuerung und Qualitätssicherung der Behindertenhilfe- und Pflegeeinrichtungen**“ ergibt sich eine saldierte Verschlechterung in Höhe von **1,1 Mio. EUR**, die überwiegend durch höhere Transferaufwendungen entstehen. Für das Jahr 2013 ist die Förderung zusätzlicher Tagesstättenplätze für psychisch kranke Menschen geplant.

Bei den einzelnen Produkten der Produktgruppe „**Individuelle Hilfestellung im Einzelfall**“ ist Folgendes zu berücksichtigen:

Stationäres und Ambulant Betreutes Wohnen:

Um fachliche und finanzielle Ziele sinnvoll miteinander zu verbinden, verfolgt der LWL im Bereich der Wohnhilfen seit Jahren die Strategie „ambulant vor stationär“. Menschen mit Behinderungen werden möglichst nicht mehr in (teuren) stationären Einrichtungen untergebracht, sondern verstärkt durch (kostengünstigere) ambulante Angebote versorgt. Dies ist sowohl sozialpolitisch wie finanziell von Vorteil. Um diese Ziele umzusetzen, wird die mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege geschlossene „**Rahmenzielvereinbarung Wohnen II**“ sukzessive umgesetzt. Auch im Jahr 2013 sollen weitere Vor-Ort-Prüfungen mit dem Ziel erfolgen, mehr Menschen aus stationären Einrichtungen das ambulant betreute Wohnen zu ermöglichen.

Beim Stationären Wohnen ist eine saldierte Verschlechterung von **28,7 Mio. EUR** zu verzeichnen.

Ertragsseitig wird mit einem Mehrertrag von 33,5 Mio. EUR gerechnet. Dieser Betrag resultiert insbesondere aus der gestiegenen Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Aufgrund des Referentenentwurfes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird erwartet, dass sich der Bund im Jahr 2013 mit einem Anteil von 75 % und im Jahr 2014 mit einem Anteil von 100 % an den Nettoaufwendungen der Grundsicherung beteiligt. Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Bundesbeteiligung lediglich 45 % der Nettoaufwendungen der Grundsicherung.

Die Aufwendungen werden in einer Höhe von 62,2 Mio. EUR höher geplant als im Vorjahr. Die Gründe liegen hierfür in der Fallkostensteigerung im Umfang von 44 Mio. EUR durch das Ergebnis der Entgeltverhandlungen mit den Trägern der stationären Einrichtungen, den höheren Bedarfen, insbesondere für die Tagesstrukturierung, weiteren Nebenhilfen und den Veränderungen im Hilfebedarf. Die Erhöhung der Fallzahlen um 375 Leistungsempfänger auf 21.425 wirkt sich mit einem höheren Aufwand in Höhe von 18 Mio. EUR aus.

Das Ambulant Betreute Wohnen weist insgesamt eine Verschlechterung von **19,6 Mio. EUR** auf, die sich aus einer um 11,4 Mio. EUR verbesserten Ertrags-situation und höheren Aufwendungen von 31,0 Mio. EUR saldiert.

Aufgrund steigender Fallzahlen entsteht ein Mehraufwand in Höhe von 24 Mio. EUR, für höhere Fallkosten entsteht ein Mehraufwand von 7 Mio. EUR.

Der nach wie vor steigende Bedarf und die Umgestaltung des Versorgungssys-tems von stationären zu ambulanten Wohnhilfen wirken sich hier in der Fall-zahlentwicklung aus (Erhöhung um 2.170 auf 23.540 Leistungsempfänger im Jahresdurchschnitt 2013). Neben den hierdurch erforderlichen Mehraufwen-dungen ist auch den in der neuen **Rahmenvereinbarung „Zukunft der Ein-gliederungshilfe in NRW“** getroffenen Vereinbarungen bei der Haushaltskal-kulation Rechnung zu tragen.

In dieser Rahmenvereinbarung ist unter anderem vereinbart, für die Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen sowie für die älter werdenden und pflegebedürftigen Menschen mit Behinderungen die notwendigen Versor-gungsstrukturen zu schaffen. Hier kommt es insbesondere darauf an, Wohnsi-tuationen zu schaffen, die auch den Zugang zu den vollen Leistungen der **Pfle-geversicherung** ermöglichen. Ab dem Jahresende 2012 erfolgt die Erprobung einer Ergänzung der Fachleistungsstunde um eine zeitbasierte serviceorientier-te Unterstützung und die Einrichtung von Hintergrunddiensten.

Durch die Umsetzung der Rahmenvereinbarung können und sollen in den kommenden Jahren **weitere Kostendämpfungspotenziale** erschlossen wer-den.

Die Verwaltung beabsichtigt weiterhin, den bisher eingeschlagenen Weg zur Dämpfung des Kostenanstiegs durch verbesserte Steuerungsmaßnahmen fort-zusetzen. Eine gesicherte Bewertung der Steuerungseffekte, insbesondere im Hinblick darauf, ob durch ein verbessertes Zugangsverfahren die Zahl der Fälle reduziert wird, kann bislang noch nicht vorgenommen werden. Zur Zeit ist ge-plant die neuen Instrumente aus dem Projekt „Teilhabe2012“ in den zwei bishe-rigen Erprobungsregionen sowie in vier weiteren Regionen mit dem Projekt „Teilhabe2015“ für weitere zwei Jahre zu erproben. Derzeit werden die Rah-menbedingungen des Folgeprojektes (Bestimmung der Erprobungsregionen, Bereitstellung des erforderlichen Personals, Leitfragen für die Evaluation, etc.) von der Verwaltung erarbeitet und anschließend dem Sozialausschuss zur Be-schlussfassung vorgestellt.

Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass nach dem Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG NRW) der Anteil der Plätze in Einzelzimmern in jeder Einrichtung der Eingliederungshilfe perspektivisch mindestens 80 % beträgt. Diese Anforderung ist spätestens zum 31.07.2018 zu erfüllen und bringt zum Teil höhere Strukturkosten bei den Entgelten mit sich.

Teilhabe am Arbeitsleben (insbesondere) in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM):

Bei diesem Produkt wird mit einer Verschlechterung in Höhe von **23,3 Mio. EUR** gerechnet.

Aufgrund von Fallzahlsteigerungen ergibt sich ein Mehraufwand von 11 Mio. EUR, für höhere Fallkosten entsteht ein Mehraufwand von 12 Mio. EUR. Für das Jahr 2013 wird mit 34.904 Leistungsempfängern in Werkstätten für behinderte Menschen im Jahresdurchschnitt geplant. Dies entspricht einer Steigerung von 767 Leistungsempfängern. Die Fallkostensteigerung resultiert aus der Anhebung der Tagessätze. Mit etwa 2.400 Leistungsempfängern ist ein Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis vereinbart worden, bei denen lediglich 70 % der Regelvergütung gezahlt wird.

Leistungen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten

Bei diesem Produkt ist eine saldierte Verbesserung von **4,0 Mio. EUR** zu verzeichnen. Die Gründe liegen in der noch nicht absehbaren Entwicklung der Hilfen für das Ambulant Betreute Wohnen nach dem 8. Kapitel des SGB XII für die Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Der LWL ist für diese Hilfen unmittelbar erst seit dem 01.09.2010 zuständig.

In den anderen Produkten der Produktgruppe „**Individuelle Hilfestellung im Einzelfall**“ ergibt sich eine saldierte Gesamtverbesserung von **3,1 Mio. EUR**.

Bei den Gemeinkosten der Produktgruppe „**Individuelle Hilfestellung im Einzelfall**“ verschlechtert sich das Ergebnis um **0,4 Mio. Euro** aufgrund höherer Personalaufwendungen.

Die Produktgruppen des **LWL-Integrationsamtes Westfalen** und der **LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen** weisen saldiert eine Verbesserung in Höhe von **1,3 Mio. EUR** auf. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen in der Produktgruppe „**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen**“ in Höhe von **2,8 Mio. EUR** infolge demographisch bedingter Fallzahlminderungen zurückzuführen. Dagegen ergibt sich bei der Produktgruppe „**Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht**“ eine Verschlechterung von **1,5 Mio. EUR**, die sich aus höheren Personalaufwendungen von 0,5 Mio. EUR und zusätzlichen Aufwendungen für die Förderung von investiven Maßnahmen von Integrationsfirmen in Höhe von 1,0 Mio. EUR zusammensetzt.

Die Produktgruppe des **LWL-Versorgungsamtes Westfalen** weist saldiert eine Verbesserung von **0,3 Mio. EUR** auf. Dies ist auf eine höhere Erstattung für Personalaufwendungen durch das Land NRW im Rahmen des Belastungsausgleiches nach dem Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW in Höhe von **0,6 Mio. EUR** zurückzuführen. Dem stehen Verschlechterungen in Höhe von **0,3 Mio. EUR** aufgrund höherer Personalaufwendungen gegenüber.

Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat

Verbesserung: rd. 0,1 Mio. EUR

Die Verbesserung resultiert zum einen aus höheren Erträgen in Höhe von **0,1 Mio. EUR** aufgrund einer weiteren Anpassung der pauschalen Erstattungen der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen Westfalen für die Inanspruchnahme zentraler Dienste auf der Basis einer neuen Kostenerhebung.

Zum anderen resultieren die Verbesserungen aus höheren Zinserträgen in Höhe von **0,2 Mio. EUR** für die mit Ausleihungen finanzierten Investitionen der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen sowie einer weiteren Reduzierung der Erstattungen für nicht refinanzierbare Grundstückskosten an die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen in Höhe von **0,1 Mio. EUR**.

Diesen Verbesserungen stehen Mehraufwendungen in Höhe von **0,3 Mio. EUR** für Personalaufwendungen gegenüber.

Dezernatsbudget LWL-Kulturdezernat

Verschlechterung: rd. 6,0 Mio. EUR

Die Verschlechterung im LWL-Kulturdezernat ist im Wesentlichen durch den Abschluss der beiden Großbaumaßnahmen „Um- und Neubau des LWL-Museums für Kunst und Kulturgeschichte“ sowie „Sanierung der Maschinenhalle im LWL-Industriemuseum - Zeche Zollern -“ geprägt. Hinzu kommen die tarifabschlussbedingten Personalaufwandserhöhungen.

Der **Um- und Neubau des LWL-Museums für Kunst und Kulturgeschichte** bedingt Miet- und Mietnebenkostenerhöhungen sowie Umzugskosten, Abschreibungen und höhere Gebäudebewirtschaftungskosten in einer Größenordnung von **4,0 Mio. EUR**. Mit dem Abschluss der **Sanierung der Maschinenhalle im LWL-Industriemuseum - Zeche Zollern** - fallen höhere Mietaufwendungen von **0,7 Mio. EUR** an.

Der Tarifabschluss bedeutet für das LWL-Kulturdezernat eine **Personalaufwandssteigerung** von **1,5 Mio. EUR**.

Die **Transferaufwendungen** konnten aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen um **0,2 Mio. EUR** gesenkt werden.

1.3.3.2 Stellenplanentwurf 2013, Personal- und Versorgungsaufwendungen

Auf Grund der absehbaren finanzwirtschaftlichen und tariflichen Entwicklung wird der in den vergangenen Jahren initiierte personalwirtschaftliche Sparkurs auch im Haushaltsjahr 2013 weiterverfolgt.

Für das Kalenderjahr 2013 gelten folgende Eckpunkte:

- **Abbau** der mit **kw-Vermerk** versehenen Stellen.
- Grundsätzlicher **Verzicht auf die Ausweisung zusätzlicher Stellen**, es sei denn, ein Stellenmehr- bzw. -minderbedarf ist mittels einschlägiger Bemessungsmethoden für einen spezifischen Aufgabenbereich ermittelt worden. Ausgenommen sind ferner vollständig drittfinanzierte Stellen sowie schlüsselgeregelte Stellen in den LWL-Förderschulen Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“ und „Förderschwerpunkt Sehen, Paderborn“.
- **Stellenhebungen** grundsätzlich nur nach vorausgehender Dienstpostenbewertung einschließlich einer Überprüfung der Aufgaben sowie der Geschäftsverteilung der Organisationsbereiche.
- Verlängerung des grundsätzlichen externen Einstellungsstopps (Ausnahmen nur, wenn intern kein entsprechendes Personal zur Verfügung steht).
- Grundsätzliche Einhaltung der 12-monatigen **Wiederbesetzungssperre** für freigewordene Stellen (Ausnahmen nur wenn feststeht, dass die Wiederbesetzungssperre im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung nicht vertretbar ist).
- Verlängerung **befristeter Arbeitsverträge** grundsätzlich nur bei dauerhaftem Bedarf.
- Verzicht auf eine **Leistungsorientierte Bezahlung für Beamte**.
- **Altersteilzeit** bei Beamtinnen und Beamten nur bei Anbringung eines kw-Vermerks; für Tarifbeschäftigte gelten die Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Der Stellenplanentwurf 2013 weist mit einem Gesamtstellenvolumen von 2.386,14 Stellen ein **um 25,49 Stellen erhöhtes Stellenvolumen** gegenüber 2012 aus. Hiervon sind **15,49 Stellen umlagefinanziert**.

Die umlagefinanzierten Stellenzugänge resultieren, wie bereits in den letzten Jahren, im Wesentlichen aus der Fortschreibung der Personalbemessung („PersoPlan“) aufgrund des Fallzahlenzuwachses in der LWL-Behindertenhilfe Westfalen.

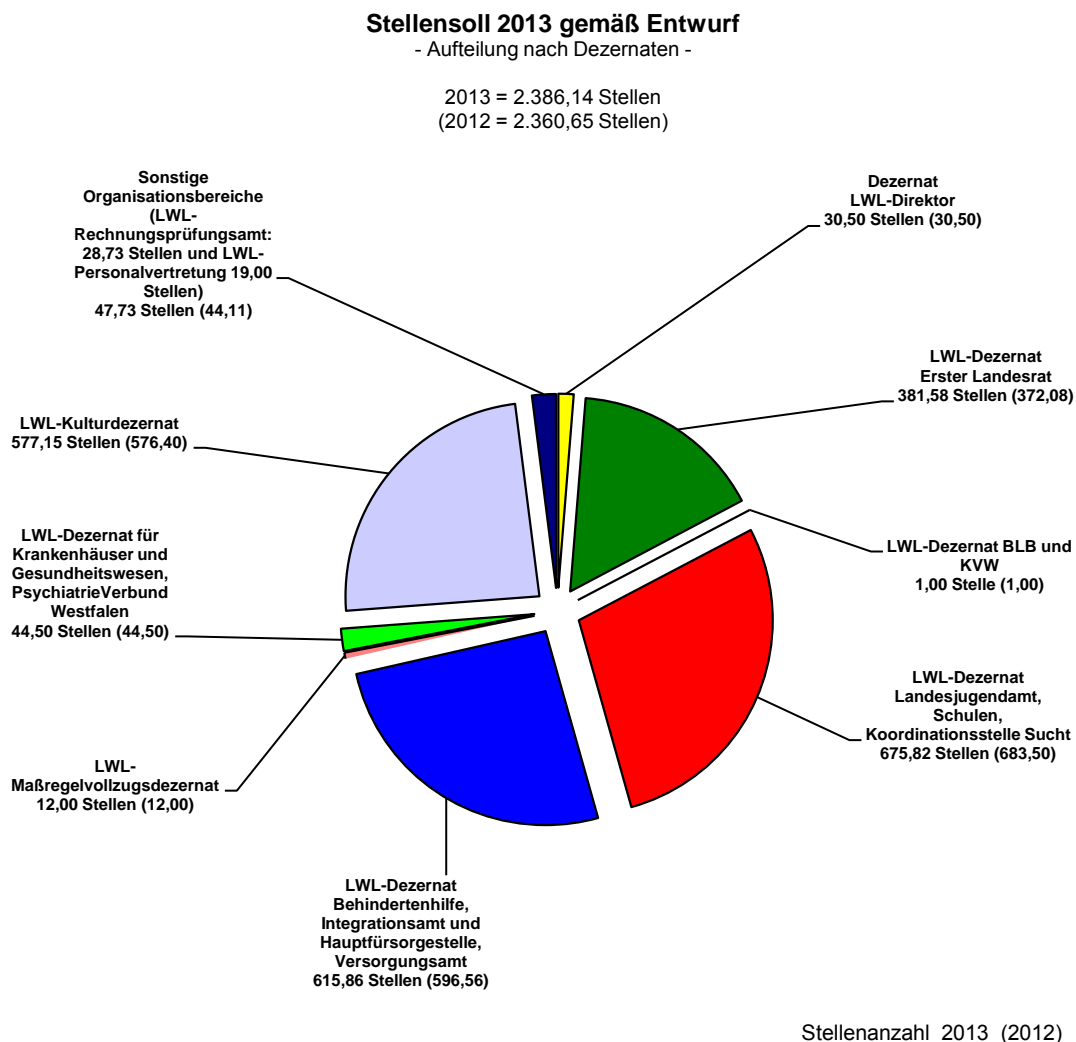
Weiterhin wurden **10,0 drittfinanzierte und somit nicht umlagerrelevante Stellen** bewilligt. Hiervon werden 3,00 Stellen für die Ausschreibung von Fahrdiensten für die Werkstätten für behinderte Menschen durch den LWL als Dienstleister in der LWL-Haupt- und Personalabteilung (Refinanzierung durch die Werkstattträger), 2,00 Stellen in der LWL.IT Service Abteilung für die Umsetzung der SAP-FI-Einführung im LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen, 0,50 Stelle für die Zentralstelle des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) und 4,50 Stellen zur Umsetzung des Ausgleichsverfahrens zur Finanzierung der Altenpflegefachkraftausbildung in der LWL-Behindertenhilfe Westfalen eingerichtet.

Unter Berücksichtigung der Stellenab- bzw. Stellenzugänge entwickelt sich der Stellenplanentwurf des Jahres 2013 wie folgt:

Stellensoll 2012	2.360,65 Stellen
Stellenmehrbedarf 2013	42,44 Stellen
• hiervon drittfinanziert	10,00 Stellen
• hiervon nach „PersoPlan“-Bemessung	15,00 Stellen
• hiervon Personalvertretung	3,62 Stellen
Stellenminderbedarf 2013	16,95 Stellen
Saldo	+ 25,49 Stellen
davon rechnerisch umlagefinanziert	+ 15,49 Stellen
Stellenplanentwurf 2013	2.386,14 Stellen

Das Gesamtstellenvolumen des Stellenplanentwurfes 2013 von 2.386,14 Stellen setzt sich aus 628,81 Stellen für Beamtinnen und Beamte und 1.757,33 Stellen für Tariflich Beschäftigte zusammen.

Die folgende Abbildung gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des Stellenplanes von 2012 nach 2013 (Entwurf):



Die dargestellten Planungsvorgaben wirken sich insgesamt auch aufwandsmindernd auf die Entwicklung des Personalkostenbudgets aus. Trotz einer Vorbelastung von rd. 4,0 % durch den Tarifabschluss sowie die erwarteten Besoldungssteigerungen und trotz der Personalmehrbedarfe im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wird die Steigerung der Personalaufwendungen auf rd. 3,76 % begrenzt werden können.

Die Mehrbedarfe in der Eingliederungshilfe und weitere aufwandssteigernde Effekte (z. B. Beförderungen, LOB-Steigerung) konnten somit durch restriktive Planung vollständig eingespart werden.

Der Gesamtansatz für die zahlungswirksamen sowie zahlungsunwirksamen **Personal- und Versorgungsaufwendungen**, also einschließlich der Zuführungen zu Personalrückstellungen und deren Inanspruchnahme, im Haushaltsplanentwurf 2013 beläuft sich auf

rd. 194,49 Mio. EUR.

Gegenüber dem Haushaltsansatz 2012 in Höhe von rd. 187,45 Mio. EUR bedeutet dies eine Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen um rd. 7,04 Mio. EUR (= 3,76 %).

Nachfolgend sind die Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen für das Haushaltsjahr 2013 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 dargestellt.

Personal- bzw. Versorgungsaufwendungen	Entwurf 2013 in EUR	Ansatz 2012 in EUR	Veränderungen (+) / (-)
---	----------------------------	---------------------------	--------------------------------

Dienstbezüge für Beamte einschließlich Beihilfe	37.206.073	36.591.822	614.251
Dienstbezüge für Tariflich Beschäftigte und für Sonstige Beschäftigte einschließlich der Aufwendungen für Sozialversicherung, Unfallversicherung sowie der Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	122.776.210	116.107.291	6.668.919
Zuführungen zu Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	12.181.979	12.154.559	27.420
Inanspruchnahme der Altersteilzeitrückstellungen	-1.062.291	-868.524	-193.767
Gesamtsumme Personalaufwendungen	171.101.971	163.985.148	7.116.823

Beiträge zu Versorgungskassen für nicht mehr aktiv Beschäftigte einschließlich Beihilfe	32.400.000	32.450.000	-50.000
Versorgungsaufwendungen für Tariflich Beschäftigte	140.000	170.000	-30.000
Inanspruchnahme der Pensions- und Beihilferückstellungen	-9.155.003	-9.151.429	-3.574
Gesamtsumme Versorgungsaufwendungen	23.384.997	23.468.571	-83.574
<i>Davon entfallen auf die ehemalige Straßenbauverwaltung</i>	<i>13.200.000</i>	<i>13.350.000</i>	<i>- 150.000</i>

Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen	194.486.968	187.453.719	7.033.249
--	--------------------	--------------------	------------------

Den Personal- und Versorgungsaufwendungen für das Haushaltsjahr 2013 sind unmittelbar gegenzurechnen:

Haushaltsbelastung im Haushaltsplanentwurf 2013	in EUR
Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen im Haushaltsplanentwurf 2013	194.486.968
<i>Gegenzurechnen sind:</i>	
Erstattungen für die Personalgestellung und sonstiges Personal	- 19.144.344
Erträge aus dem Aufbau von Forderungen (zahlungsunwirksam)	- 2.895.013
Aufwand aus dem Abbau von Forderungen (zahlungsunwirksam)	1.218.091
Sonstige Erträge (Zuwendungen z. B. für Drittfinanzierungen etc.)	- 9.487.355
Saldierte Belastung im Haushaltsplanentwurf 2013	164.178.347

1.4 Finanzplan 2013

Der Finanzplan weist neben den erwarteten Einzahlungen und Auszahlungen, die sich methodisch aus den Ansätzen des Ergebnisplanes für die laufende Verwaltungstätigkeit und für die Finanzerträge bzw. -aufwendungen ergeben, auch die Ermächtigungen für die zu leistenden Investitionen sowie die im Rahmen der Finanzierungstätigkeit geplanten Kreditaufnahmen und -tilgungen aus.

Beim Vergleich der erwarteten Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzplan mit den Erträgen und Aufwendungen im Ergebnisplan ergeben sich aufgrund nicht zahlungsrelevanter Ansätze im Ergebnisplan bzw. nicht ergebnisrelevanter Ansätze im Finanzplan Abweichungen.

Diese Abweichungen werden nachstehend neben den Ansätzen in der Investitions- und Finanzierungstätigkeit erläutert.

1.4.1 Gegenüberstellung von Ergebnis- und Finanzplan

Der Ergebnisplan 2013 ist ausgeglichen veranschlagt. Demgegenüber weist der Finanzplan einen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von - 9.647.606 EUR aus.

Die Abweichung von 9.647.606 EUR ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt. Die einzelnen Zeilen des Ergebnis- und des Finanzplanes werden hier nur insoweit abgebildet, als Abweichungen zwischen Ergebnis- und Zahlungswirksamkeit vorliegen.

Dabei wird die saldierte Abweichung jeweils aus Sicht des Finanzplanes gegenüber dem Ergebnisplan ausgewiesen.

Bezeichnung	Saldierte Abweichung Ergebnis- / Finanzplan - EUR -	Gründe für die Abweichungen Ergebnis- / Finanzplan
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	- 20.671.251	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen ¹⁾
Sonstige ordentliche Erträge / Einzahlungen	- 3.524.988	Erträge aus dem Aufbau von Forderungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, abzugsfähige Vorsteuer / Umsatzsteuereinzahlungen ²⁾
Saldo Erträge / Einzahlungen	- 24.196.239	
Personalaufwendungen / -auszahlungen	- 11.119.688	Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit sowie Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit ³⁾
Versorgungsaufwendungen / -auszahlungen	+ 9.155.003	Inanspruchnahme von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen ⁴⁾
Aufwendungen / Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	- 72.500	Zuführung zu Rückstellungen für Prüfungen und Finanzdienstleistungen ⁵⁾
Bilanzielle Abschreibungen	- 12.936.357	Abschreibungen
Transferaufwendungen / -auszahlungen	+ 1.250.000	Transferleistung an die Erste Abwicklungsanstalt im Rahmen der Verlustausgleichsgarantie des LWL sowie Inanspruchnahme einer Rückstellung ⁶⁾
Sonstige ordentliche Aufwendungen / Auszahlungen	- 825.091	Einstellungen in Sonderposten, Aufwand aus dem Abbau von Forderungen / Umsatzsteuervorauszahlungen ⁷⁾
Saldo Aufwendungen / Auszahlungen	- 14.548.633	
Negativer Finanzsaldo	- 9.647.606	

- 1) Es sind im Ergebnisplan 2013 nicht zahlungswirksame Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuweisungen und Zuschüsse von insgesamt 20.671.251 EUR veranschlagt. Der überwiegende Teil von 19.961.950 EUR entfällt auf die Investitionspauschale Eingliederungshilfe. Diese als Sonderposten anzusetzende Zuweisung für investive Zwecke wird als Einzahlung in der Investitionstätigkeit veranschlagt. Im Jahr der Zahlung erfolgt eine vollständige ergebniswirksame Auflösung des Sonderpostens.
- 2) Im Ergebnisplan 2013 sind für die vom Land NRW übernommene Versorgungsverwaltung und die Personalgestellung nicht zahlungswirksame Erträge aus dem Aufbau von Forderungen in Höhe von 2.895.013 EUR veranschlagt, da die vom LWL für die zukünftig ausscheidenden Beamtinnen / Beamten zu zahlenden Versorgungsbezüge in voller Höhe dem LWL erstattet werden.
Für die Deckung der abrechnungsfähigen Leistungen der Ausgleichsabgabe sind Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens der Ausgleichsabgabe in Höhe von 1.140.550 EUR veranschlagt.
Für abzugsfähige Vorsteuer ist aus buchungstechnischen Gründen ein nicht zahlungswirksamer Betrag von 212.500 EUR berücksichtigt.
Demgegenüber stehen nicht ergebniswirksame Umsatzsteuereinzahlungen im Finanzplan von 723.075 EUR.
- 3) Es sind Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Beihilfen und Altersteilzeit in Höhe von insgesamt 12.181.979 EUR veranschlagt. Die Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit der Beamten und Tariflich Beschäftigten ist aufwandsmindernd mit einem Betrag von 1.062.291 EUR im Ergebnisplan berücksichtigt.
- 4) Für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sind Beträge in Höhe von 7.532.512 EUR bzw. 1.622.491 EUR aufwandsmindernd im Ergebnisplan veranschlagt.
- 5) In der Produktgruppe „Finanzmanagement und Controlling“ ist eine Zuführung zu Rückstellungen für Prüfungen und Finanzdienstleistungen in Höhe von 72.500 EUR veranschlagt.
- 6) Im Rahmen der Verlustausgleichsgarantie des LWL ist eine Transferleistung an die Erste Abwicklungsanstalt von 1.250.000 EUR veranschlagt. Im Ergebnisplan wird dieser Aufwand durch eine aufwandsmindernde Inanspruchnahme der diesbezüglich bestehenden Rückstellung in gleicher Höhe neutralisiert.
- 7) Für die Einstellung in den Sonderposten LWL-Berufsbildungswerk Soest für Instandhaltung und Investitionen ist ein Betrag von 118.000 EUR veranschlagt. Darüber hinaus sind aus buchungstechnischen Gründen Aufwendungen aus dem Abbau von Forderungen für die vom LWL im Rahmen der Personalgestellung zu zahlenden Versorgungsbezüge von 1.218.091 EUR berücksichtigt, weil diese dem LWL in voller Höhe erstattet werden.
Demgegenüber stehen nicht ergebniswirksame Umsatzsteuervorauszahlungen im Finanzplan von 511.000 EUR.

1.4.2 Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionen summieren sich auf **38,6 Mio. EUR**. Im Einzelnen sind veranschlagt:

- Erwerb von beweglichem Anlagevermögen 11,7 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat zur Finanzierung von Investitionen in den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen (einschl. nicht rückzahlbarer Investitionszuschüsse in Höhe von rd. 6,8 Mio. EUR) 14,8 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Dezernat BLB und KVV zur Finanzierung von Investitionen im LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb 7,9 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat zur Finanzierung von Investitionen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe (1,8 Mio. EUR) sowie Investitionszuschüsse aus dem „10 Mio. EUR-Programm“ für die Wohnraumbeschaffung im Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens 3,7 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Erster Landesrat zur Weiterdotierung eines Versorgungsfonds zur teilweisen Sicherstellung der Generationengerechtigkeit 0,5 Mio. EUR

1.4.3 Finanzierungstätigkeit

Unter Berücksichtigung gesondert finanzierter investiver Auszahlungen (Einzahlungen aus „Treuhandvermögen“, Geringwertige Wirtschaftsgüter, Zahlung in einen Versorgungsfonds) ergibt sich zur **Finanzierung** der im Haushaltsplanentwurf 2013 veranschlagten **Investitionen ein Kreditbedarf** in Höhe von **18,4 Mio. EUR**, der als **Einzahlung in der Finanzierungstätigkeit** veranschlagt ist. Dieser relativ geringe Betrag ist Ausfluss der restriktiven Haushaltsführung, nach der jede Investition im Hinblick auf ihre Notwendigkeit streng überprüft wird.

Davon wird ein Teilbetrag in Höhe von 8,0 Mio. EUR zur Finanzierung von Investitionen in den Wirtschaftsplänen 2013 in Form von verzinslichen Trägerdarlehen an die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen gegeben. Durch die in den Folgejahren an den LWL-Haushalt zurückfließenden Tilgungsleistungen der Einrichtungen (Ansatz 2013: 2,3 Mio. EUR) erfolgt die kreditfinanzierte Gewährung von Trägerdarlehen für den LWL, unter Einbeziehung deren Verzinsung durch die Einrichtungen, unter dem Strich haushaltsneutral.

Dem **Kreditbedarf** von **18,4 Mio. EUR** stehen **ordentliche Tilgungsleistungen** in Höhe von **14,6 Mio. EUR** gegenüber.

Der LWL stellt seine Liquidität durch Kredite zur Liquiditätssicherung und durch Gelder, die dem LWL im Rahmen des sog. „Cash-Pooling“ durch die dem LWL-Liquiditätsverbund angeschlossenen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, sicher.

Absehbar ist jedoch, dass vermehrt erhebliche Eigenmittel von den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen im Zuge der Umsetzung des „priorisierten Bauprogrammes“ und für Projekte zum notwendigen Ausbau der EDV-Strukturen gebraucht werden. Diese Mittel stehen dann für die „Mutter LWL“ im Rahmen des sog. „Cash-Pooling“ nicht mehr zur Verfügung und werden die Aufnahme weiterer Kredite zur Liquiditätssicherung bei Banken notwendig machen. Hierdurch entsteht ein zusätzlicher Zinsaufwand.

Der **jahresdurchschnittliche Bedarf an Krediten zur Liquiditätssicherung** des LWL hat sich von rd. 232,4 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2008 auf rd. 514,1 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2012 entwickelt.

Der in **§ 5 der Haushaltssatzung festgelegte Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, muss angesichts dieser Entwicklung für das Haushaltsjahr 2013 unverändert bei **600 Mio. EUR** liegen.

1.5 Schwerpunkte des LWL-Haushaltes

1.5.1 LWL-Direktor

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0105 – Politische Gremien
- 0106 – Verwaltungsführung
- 0107 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 0108 – Gleichstellung von Frau und Mann
- 0201 – Statistik
- 1501 – Unternehmensbeteiligungen

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

Produktgruppe 1501 – Unternehmensbeteiligungen –

Aufgabe

Das Referat LWL-Unternehmensbeteiligungen steuert und kontrolliert vom LWL gehaltene Beteiligungen an Unternehmen zwecks Wahrnehmung der Eigentümerinteressen des LWL.

Die Produktgruppe beinhaltet dementsprechend das Produkt "Beteiligungen".

Ziel ist die Erfüllung von Aufgaben der sog. Daseinsvorsorge sowie die Optimierung von Erträgen und Aufwendungen. Wesentliche Beteiligungen des LWL sind dabei in dessen 100 %-iger Tochtergesellschaft, der Westfälisch-Lippischen Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Münster, (WLV) gebündelt.

Besonderheiten im Planjahr

Die vom Landschaftsausschuss im Frühjahr 2008 beschlossene Beteiligung des LWL an einer Garantie im Rahmen des Phoenix-Risikoschirms zur Abschirmung der ehemaligen WestLB AG von Risiken aus der Finanzmarktkrise in Höhe von 120 Mio. EUR (abzüglich rd. 10 Mio. EUR Eigenanteil der WLV) erfolgt ergebnisneutral durch die Inanspruchnahme einer in der Eröffnungsbilanz hierfür eingestellten Rückstellung. Nach aktuellem Erkenntnisstand ist eine vollständige Inanspruchnahme des Phoenix-Risikoschirms bis Spätsommer 2014 zu erwarten. Zu dessen Finanzierung sollen Gesellschafterdarlehen der WLV in entsprechender Höhe an den LWL zurückgezahlt werden. Die WLV wird hierfür Bankdarlehen aufnehmen müssen. Um die hieraus resultierende „Konzernverschuldung“ des LWL mittelfristig wieder abzubauen, soll die WLV diese Bankdarlehen durch Innenfinanzierung in Form von Ergebnisthesaurierungen selbst zurückführen. Darüber hinaus ist seit dem Jahr 2009 auf der Basis der Beschlussfassung des Landschaftsausschusses vom 14.12.2007 (Vorlage 12/0993) über die Verwendung des Ertrages in Höhe von rd. 230 Mio. EUR aus dem Verkauf der Beteiligung an der RWE Westfalen-Weser-Ems AG (RWE WWE) eine sukzessive Rückführung weiterer Gesellschafterdarlehen von der WLV an den LWL vorgesehen.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ist letztmalig für das Planjahr eine Gewinnausschüttung der WLV vorgesehen, wodurch dem LWL nach Abzug von 15,82 % Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag netto 10,4 Mio. EUR zufließen werden.

Der LWL hat im Jahresabschluss 2009 für den auf ihn entfallenen Garantieanteil an den erwarteten Verlusten der zur Übernahme von Risikopositionen und nichtstrategischen Geschäftsfeldern der ehemaligen WestLB AG gegründeten Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) eine Rückstellung in Höhe von 8,5 Mio. EUR gebildet. Die auf die EAA zu übertragenden Geschäftsfelder wurden inzwischen weiter konkretisiert, wobei der EAA aufgrund der zunächst nicht berücksichtigten Übernahme eines Derivateportfolios mit negativem Abwicklungswert eine Verlustausgleichsgarantie eingeräumt wurde, die unter bestimmten Bedingungen in Eigenkapital der EAA gewandelt bzw. zum Verlustausgleich genutzt werden kann. Der LWL beteiligt sich hieran entsprechend seiner Beteiligungsquote mit 1,25 Mio. EUR, wodurch sich die bestehende Rückstellung von bislang 8,5 Mio. EUR auf 7,25 Mio. EUR reduziert. Dabei ist davon auszugehen, dass der Betrag von 1,25 Mio. EUR bereits im Jahr 2013 in Anspruch genommen und damit finanzwirksam wird.

1.5.2 LWL-Dezernat Erster Landesrat

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0101 – Finanzmanagement und Controlling
- 0102 – LWL.IT Service
- 0103 – Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten
- 0104 – Personalmanagement
- 0112 – Personalgestellung und sonstiges Personal
- 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft
- 1701 – Rosa-Schütz-Stiftung
- 1702 – Cläre-Schröder-Stiftung
- 1703 – Detlef und Heide-Marie Hirschfeld-Stiftung
- 1704 – Stiftung Sammlung Cremer
- 1705 – Frost-Stiftung
- 1706 – Liese-Lotte-Fleck-Stiftung
- 1707 – Piepmeyer-Stiftung

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

Produktgruppe 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft –

Aufgabe

In der Produktgruppe „Allgemeine Finanzwirtschaft“ erfolgt die Ermittlung und Festsetzung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage sowie die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Landschaftsumlage, der Schlüsselzuweisungen und der sonstigen Bedarfszuweisungen. Weiterhin erfolgt in dieser Produktgruppe die zentrale Schulden- und Vermögensverwaltung.

Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel

Die Ermittlung der allgemeinen Deckungsmittel basiert auf der 1. Modellrechnung des IT.NRW zu den Eckdaten des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2013.

Das GFG 2013 wird voraussichtlich inhaltlich keine Änderungen gegenüber dem GFG 2012 ausweisen.

Es sollen die gleiche Datenbasis, die gleichen Indikatoren und Gewichtungen der Bedarfsansätze, die gleichen fiktiven Hebesätze und die gleiche Systematik wie im GFG 2012 verwendet werden.

Von einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum GFG 2013 ist erst für März 2013 auszugehen.

Die 1. Modellrechnung des IT.NRW berücksichtigt noch nicht die tatsächlich bis zum 30.09. dieses Jahres eingenommenen Gemeinschaftssteuern, sondern die Zahlen aus der Mai-Steuerschätzung 2012. Hier drohen **Risiken**, wenn das Ist-Aufkommen der Gemeinschaftssteuern im III. Quartal 2012 unter der Mai-Steuerschätzung 2012 liegt.

Die Umlagegrundlagen des LWL ergeben sich aus den Steuerkraftzahlen und den Schlüsselzuweisungen. Die Steuerkraftzahlen der Gemeinden und Städte in Westfalen-Lippe haben sich nach dem starken Anstieg im Vorjahr in der Referenzperiode für den Finanzausgleich 2013 (01.07.2011 - 30.06.2012) weiterhin positiv entwickelt (+ 4,2 %). Da diese Entwicklung in der Referenzperiode deutlich positiver ist als in den rheinischen Gemeinden und Städten (- 0,3 %), müssen die Kommunen in Westfalen-Lippe einen Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen (- 2,6 %; unter Berücksichtigung der in 2013 wieder wegfallenden Abmilderungshilfe) hinnehmen.

Dies führt im Gemeindefinanzausgleich dazu, dass erhebliche Verluste an Schlüsselzuweisungen bei denjenigen Kommunen zu verzeichnen sind, die einen deutlichen Anstieg an Steuerkraft vorweisen konnten.

Im GFG 2013 steigt das Schlüsselzuweisungsvolumen des Steuerverbundes 2013 gegenüber dem Steuerverbund 2012 um rd. 253 Mio. EUR (+ rd. 3,54 %). Allerdings profitiert hiervon - wegen des hohen Nivellierungsgrades im kommunalen Finanzausgleich - der Landesteil Rheinland. Gemeinden, Städte und Kreise im Rheinland erhalten insgesamt rd. 288 Mio. EUR mehr an Schlüsselzuweisungen, während die Gemeinden, Städte und Kreise in Westfalen-Lippe rd. 60 Mio. EUR an Schlüsselzuweisungen verlieren. Diese geringeren Schlüsselzuweisungen schmälern die Umlagegrundlagen des LWL. Dagegen führen die höheren Schlüsselzuweisungen für die rheinischen Gemeinden, Städte und Kreise zu höheren Umlagegrundlagen des LVR.

Landschaftsumlage

Nach der 1. Modellrechnung des IT.NRW werden die Umlagegrundlagen des LWL im Haushaltsjahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 um rd. 223,4 Mio. EUR (+ 2,1 %) auf rd. 10,9 Mrd. EUR ansteigen.

Die Erhöhung der Umlagegrundlagen führt bei einem Hebesatz von 16,1 % zu **Mitnahmeeffekten in Höhe von rd. 36 Mio. EUR** für den LWL.

Schlüsselzuweisungen

Aus der 1. Modellrechnung des IT.NRW ergibt sich für den LWL ein **Anstieg** der eigenen Schlüsselzuweisungen **um rd. 9 Mio. EUR** (+ rd. 2,3 %) auf rd. 401,6 Mio. EUR. Der LVR erhält rd. 16 Mio. EUR mehr an Schlüsselzuweisungen (+ rd. 5,1 %).

Trotz der steigenden Umlagegrundlagen und den daraus resultierenden Mitnahmeeffekten sowie der leicht steigenden Schlüsselzuweisungen ist aufgrund des strukturellen Defizits aus dem Haushaltsjahr 2012 in Höhe von rd. 21,3 Mio. EUR sowie der ungebrochen steigenden Sozialtransferaufwendungen eine Erhöhung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,1 % um 0,5 %-Punkte auf 16,6 % zum Haushaltsausgleich erforderlich.

Auf der Basis der geschätzten Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen sowie des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,6 % ergeben sich für das Jahr 2013 folgende Ansätze für die Allgemeinen Deckungsmittel:

- Landschaftsumlage: rd. 1.806,8 Mio. EUR
(Mehrerträge gegenüber 2012 = rd. 90,4 Mio. EUR)
- Schlüsselzuweisungen: rd. 401,6 Mio. EUR
(Mehrerträge gegenüber 2012 = rd. 9,0 Mio. EUR)

Bei den einzelnen Faktoren, die die Höhe der Umlagegrundlagen beeinflussen, wird gemäß der 1. Modellrechnung des IT.NRW für den Landesteil Westfalen-Lippe mit folgenden Veränderungsdaten gegenüber den für den Haushalt 2012 zugrundegelegten Daten gerechnet:

Umlagegrundlagen	2013	2012	Veränderung 2013 zu 2012
	TEUR		%
Grundsteuer A + B	1.119.981	1.102.304	1,6
Gewerbsteuer (netto)	3.205.719	3.079.641	4,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer	3.044.317	2.873.709	5,9
Kompensationsleistungen, Kinderbonus	289.247	295.190	-2,0
Steuerkraftzahlen insgesamt (Steuerkraftmesszahl)	7.659.264	7.350.844	4,2
Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Kreise (in 2012 einmalig inkl. Abmilderungshilfe)	3.225.214	3.310.251	- 2,6
Umlagegrundlagen insgesamt	10.884.478	10.661.095	2,1
Umlageaufkommen unter Berücksichtigung eines Hebesatzes in Höhe von 16,1 % in 2012 und 16,6 % in 2013	1.806.823	1.716.436	5,3

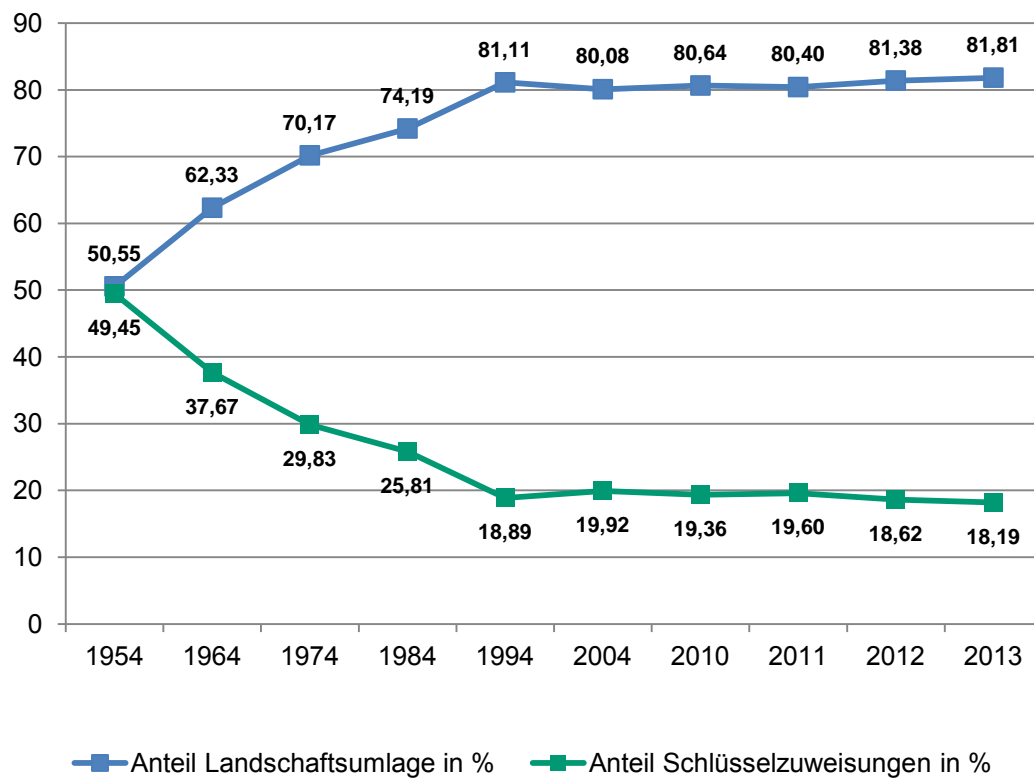
In absoluten Zahlen stellt sich die Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel wie folgt dar:

	Landschafts- umlage und Schlüssel- zuweisungen insgesamt	davon entfallen auf					
		Landschaftsumlage			Schlüsselzuweisungen		
				Veränderung gegenüber Vorjahr			Veränderung gegenüber Vorjahr
		Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	%
1954	28,11	14,21	50,55	-	13,90	49,45	-
1964	107,29	66,87	62,33	-	40,42	37,67	-
1974	353,32	247,94	70,17	-	105,38	29,83	-
1984	831,78	617,13	74,19	-	214,65	25,81	-
1994	1.759,37	1.426,97	81,11	-	332,40	18,89	-
2010	1.922,10	1.549,89	80,64	-	372,21	19,36	-
2011	1.905,33	1.531,89	80,40	- 1,16	373,44	19,60	+ 0,33
2012 ¹⁾	2.109,06	1.716,44	81,38	+ 12,05	392,62	18,62	+ 5,14
2013 ²⁾	2.208,45	1.806,82	81,81	+ 5,27	401,63	18,19	+ 2,29

Anmerkungen:

- 1) Ansatz
- 2) Entwurf

Die nachfolgende Grafik zeigt die prozentuale Entwicklung der Landschaftsumlage und der Schlüsselzuweisungen:



1.5.3 LWL-Jugenddezernat

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0399 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 50
- 0301 – Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen
- 0601 – Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung
- 0602 – Erzieherische Hilfen
- 0701 – LWL-Koordinationsstelle Sucht
- 0302 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Soest
- 0303 – LWL-Internat Soest
- 0501 – LWL-Berufsbildungswerk Soest - Förderzentrum für blinde und sehbehinderte Menschen
- 0304 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Paderborn
- 0305 – LWL-Internat Paderborn
- 0306 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Olpe
- 0307 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Münster
- 0308 – LWL-Wohngruppe und Internat Münster
- 0309 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Dortmund
- 0310 – LWL-Internat Dortmund
- 0311 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bochum
- 0312 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bielefeld
- 0313 – LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm
- 0603 – LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

Produktgruppe 0601 – Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung –

Aufgabe

Es handelt sich zum einen um die gesetzlichen Ansprüche von Kindern mit Behinderung auf heilpädagogische Leistungen gemäß §§ 53, 54 SGB XII i. V. m. 56 SGB IX. Diese Leistungen werden in heilpädagogischen (einschließlich additiven) Kindertageseinrichtungen gewährt.

Zum anderen fördert der LWL die integrative Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in integrativen Kindertageseinrichtungen nach Maßgabe der vom Landschaftsausschuss im Dezember 2008 beschlossenen Förderrichtlinien (in der Fassung von Juni 2012).

Nach dem Beschluss des Landschaftsausschusses von Juli 2003 hat dabei die Förderung von Kindern mit Behinderung in wohnortnahen integrativen Kindertageseinrichtungen Vorrang vor der Förderung in heilpädagogischen (einschließlich additiven) Kindertageseinrichtungen. Dies entspricht dem gesetzlichen Integrationsgebot nach §§ 4 SGB IX, 22a SGB VIII und § 8 Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Eingeschlossen sind Nebenleistungen wie z. B. Fahrtkosten sowie Fachberatungs- und Fortbildungspauschalen für die Träger der Kindertageseinrichtungen.

Die Produktgruppe beinhaltet die Produkte „Kinder- und Jugendförderung: Fachberatung“, „Tagesbetreuung von Kindern“, „Finanzierung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen“, „Kinder- und Jugendförderung: finanzielle Förderung“ sowie „Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder“.

Ein wesentliches Aufgabengebiet ist hierbei die Sicherstellung der Versorgung von über 9.000 Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen.

Die Aufgaben bestehen u. a. in der Erteilung von Kostenzusagen und Bewilligungsbescheiden (zzgl. Änderungsbescheiden), der Bedarfsplanung mit Jugendämtern und Trägern bei Beachtung des Vorrangs von wohnortnaher und integrativer Versorgung, der Weiterentwicklung des Versorgungssystems sowie der Gewährung der Nebenleistungen (z. B. Fahrtkosten, Fachberatungs-/ Fortbildungspauschale für Träger).

Der LWL-Landesjugendhilfeausschuss hat im Dezember 2009 eine Weiterentwicklung der rund 80 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen in Westfalen-Lippe beschlossen. 54 dieser Einrichtungen arbeiten bereits mit heilpädagogischen Gruppen und Regelgruppen in additiven Kindertageseinrichtungen unter einem Dach. In einem mittelfristigen Prozess bis 2015 sollen die verbleibenden 26 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen ebenfalls auf diese Weise umgestaltet werden. Damit wird das im Kontext der UN-Behindertenrechts-Konvention maßgebliche Ziel erreicht, dass alle Kinder mit Behinderung zusammen mit Kindern ohne Behinderung gefördert werden.

Die bisherige Aufwandsentwicklung des Aufgabenbereichs „Versorgung von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen“ stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Ergebnis der Haushaltsrechnung in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in %
2005	83,4	-	-
2006	84,3	+ 0,9	+ 1,1
2007	91,3	+ 7,0	+ 8,3
2008	92,0	+ 0,7	+ 0,8
2009	99,8	+ 7,8	+ 8,5
2010	104,7	+ 4,9	+ 4,9
2011	105,5	+ 0,8	+ 0,8
2012 (Ansatz)	106,8	+ 1,3	+ 1,2
2013 (Entwurf)	107,6	+ 0,8	+ 0,7

Die Fallzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Heilpädagogische und Additive Einrichtungen (Eingliederungshilfe für Kinder)		Integrative Kindertageseinrichtungen (Kinder-/Jugendhilfe)	
	Kinder	Anteil in %	Kinder	Anteil in %
2005	2.100	31,7	4.520	68,3
2006	2.100	29,7	4.982	70,3
2007	2.100	28,9	5.156	71,1
2008	2.153	27,8	5.605	72,2
2009	2.160	24,4	6.708 ¹	75,6
2010	2.155	23,2	7.116 ²	76,8
2011	2.140	23,4	6.998 ^{3, 5}	76,6
2012 (Ansatz)	2.140	23,2	7.086 ⁴	76,8
2013 (Entwurf)	2.100	23,0	7.036 ⁴	77,0

Anmerkung:

¹⁾ inkl. 100 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren

²⁾ inkl. 187 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren

³⁾ inkl. 226 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren

⁴⁾ inkl. bis zu 600 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren

⁵⁾ vorübergehend rückläufige Fallzahlen wegen Verringerung der zurückgestellten Schulkinder

Produktgruppe 0301 – Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen -

Aufgabe

Die Produktgruppe dient der Sicherstellung der dem LWL als gesetzlich verpflichteter Schulträger obliegenden Aufgaben.

Die Produktgruppe beinhaltet die Produkte „Zentrale Schulträgeraufgaben“, „Schülerbeförderung“ und „Schulen in fremder Trägerschaft“.

Das Produkt „Zentrale Schulträgeraufgaben“ beinhaltet die Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes für körperbehinderte, sinnesgeschädigte und sprachbehinderte Kinder auf wirtschaftlich vertretbarer Basis sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen auf der Grundlage des Schulgesetzes NRW sowie der Beschlüsse durch die Landschaftsversammlung und seiner Fachausschüsse. Eine weitere Zielsetzung ist die Förderung der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen in Westfalen-Lippe.

Das Produkt „Schülerbeförderung“ gewährleistet eine ordnungsgemäße, behindertengerechte, zumutbare und wirtschaftliche Schülerbeförderung zu den LWL-Schulen und zurück zum Elternhaus nach den Vorgaben der Schülerfahrtkostenverordnung. Hierfür sind in 2013 Schülerfahrtkosten für den Schülerspezialverkehr in Höhe von 24,05 Mio. EUR vorgesehen.

Das Produkt „Schulen in fremder Trägerschaft“ stellt die Wahrnehmung von Schulträgeraufgaben, zu denen der LWL gesetzlich verpflichtet ist, durch andere Schulträger sicher. Neben den LWL-Förderschulen in eigener Trägerschaft gibt es zwei weitere Förderschulen in fremder Trägerschaft, die in die Schulentwicklungsplanung des LWL mit einbezogen sind und für die der LWL als eigentlich gesetzlich verpflichteter Schulträger die anteiligen Betriebskosten, auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie eines Beschlusses des Landschaftsausschusses, trägt.

Es handelt sich um die:

- Städt. Förderschule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Olsberg in der Trägerschaft der Stadt Olsberg sowie
- Oberlinschule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Volmarstein in der Trägerschaft der Evangelischen Stiftung Volmarstein.

Schließlich beteiligt sich der LWL, auf der Grundlage eines Vertrages, auch an den Kosten des Rhein.-Westf. Berufskollegs (Förderschule), Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation in Essen, das in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) steht.

In 2013 sind für diese Förderschulen in fremder Trägerschaft Erstattungen von anteiligen Betriebskosten in Höhe von 3,4 Mio. EUR vorgesehen.

Im Gegenzug beteiligt sich der LVR an den anteiligen Betriebskosten des / der:

- LWL-Berufskollegs Soest, LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen (Produktgruppe 0302),
- LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen, Soest (Produktgruppe 0302) sowie
- Rhein.-Westf. Realschule, LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation Dortmund (Produktgruppe 0310).

Produktgruppen LWL-Förderschulen im Bereich der einzelnen LWL-Schulverwaltungen

Aufgabe

Die Landschaftsverbände sind gem. § 78 Abs. 3 Schulgesetz (SchulG) verpflichtet, Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen und in der Sekundarstufe I Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache zu errichten und fortzuführen.

Die Schulträgerschaft des LWL umfasst im Jahr 2013 insgesamt 35 LWL-Förderschulen, die innerhalb der Produktgruppen jeweils als ein eigenes Produkt abgebildet werden.

Aufgabe ist die Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch die Bereitstellung der räumlichen, sächlichen und personellen (außer Lehrkräfte) Ressourcen in Erfüllung der Aufgabe als Schulträger auf der Grundlage des Schulgesetzes NRW und der Errichtungsbeschlüsse durch den Landschaftsausschuss sowie die Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes.

Bei den LWL-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung ist auch die pflegerische Versorgung sowie die therapeutische Behandlung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Besondere Entwicklungen

Die Entwicklung der Schülerzahlen im Zeitraum 2010 bis 2013 ergibt sich aus nachfolgender Übersicht (auf Basis jahresdurchschnittlicher Schülerzahlen):

Schultyp	Anzahl	Schülerzahl			
		2010	2011	2012	2013
LWL-Förderschulen, Förderschwerpunkt:					
- Hören und Kommunikation	6	1.029	977	988	939
- Sehen	7	590	589	593	579
- körperliche und motorische Entwicklung	14	2.977	2.943	2.940	2.851
- Sprache (Sek. I)	6	870	866	860	847
Rhein.-Westf. Realschule, LWL- Förderschule, Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation, Dort- mund	1	231	231	230	229
LWL-Berufskolleg Soest, LWL- Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen	1	328	308	300	262
LWL-Förderschulen insgesamt	35	6.025	5.914	5.911	5.707
LWL-Schulen für Kranke Hamm, Marl und Marsberg	3	421	435	426	432
LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm	1	458	443	423	467
LWL-Schulen insgesamt	39	6.904	6.792	6.760	6.606
Oberlinschule der Ev. Stiftung Vol- marstein	1	275	271	275	270
Städt. Förderschule Olsberg	1	176	179	172	170
LWL-finanzierte Schulen insgesamt	41	7.355	7.242	7.207	7.046

Die Zuschüsse für die LWL-Schulen für Kranke der kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg werden seit 1998 im Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat veranschlagt.

1.5.4 LWL-Sozialdezernat

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0598 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 60
- 0502 – Individuelle Hilfestellung im Einzelfall
- 0503 – Planung, Finanzierung, Steuerung und Qualitätssicherung der Behindertenhilfe- und Pflegeeinrichtungen
- 0599 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 61
- 0504 – Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz
- 0505 – Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen
- 0507 – Leistungen nach dem Bergmannsversorgungsgesetz
- 0506 – Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

Produktgruppe 0502 – Individuelle Hilfestellung im Einzelfall –

Aufgabe

Individuelle Hilfen sind bedarfsgerechte Leistungen, die unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles nach den Grundsätzen der Subsidiarität, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erbracht werden.

Die Hilfeleistungen sind dazu bestimmt,

- fast 61.000 Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen oder durch ambulante oder stationäre Wohnhilfen zu einem selbstbestimmten und weitgehend selbständigen Leben zu befähigen,
- 3.800 pflegebedürftige Menschen bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens zu unterstützen,
- 16.100 Menschen, die in besonderen sozialen Schwierigkeiten leben, bedarfsgerechte Hilfen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu leisten,
- behinderungsbedingte Mehraufwendungen von 24.491 blinden, hochgradig sehbehinderten und gehörlosen Menschen finanziell auszugleichen.

Die Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ ist mit insgesamt 12 Produkten und einem negativen Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von rd. - 1.833 Mio. EUR von herausragender Bedeutung für den Gesamthaushalt des LWL.

Mit rd. 94 % entfällt der überwiegende Teil der Transferaufwendungen dieser Produktgruppe auf die Leistungen nach dem SGB XII, im Übrigen werden die Transferaufwendungen für die Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose (GHBG) sowie anderen gesetzlichen Bestimmungen benötigt.

Die bisherige Entwicklung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit in der Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ stellt sich wie folgt dar:

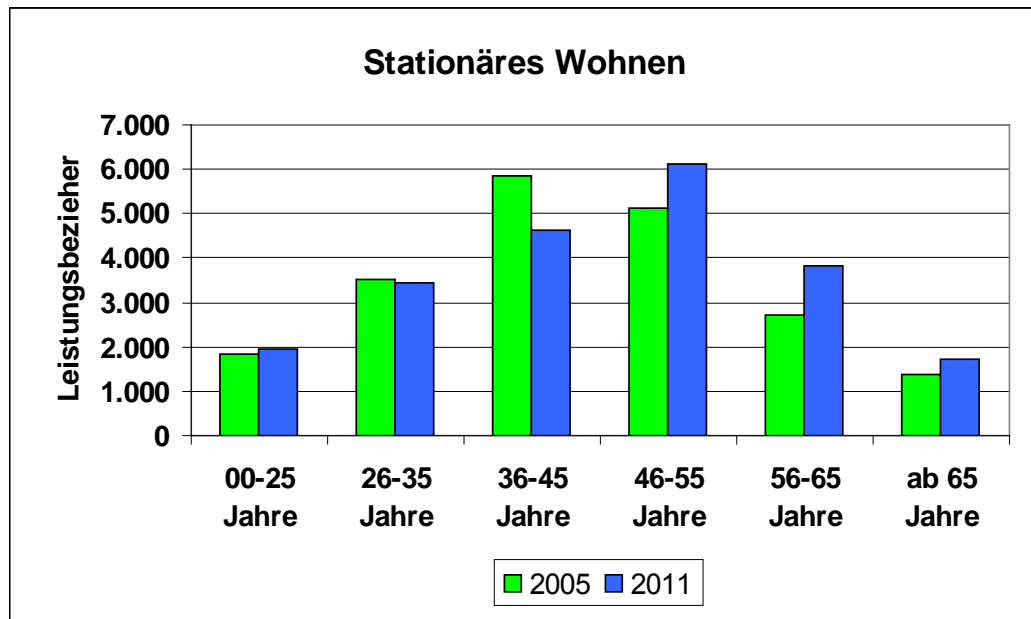
Jahr	Ergebnis der Haushaltsrechnung in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in %
2005	- 1.392	- 28	- 2,0
2006	- 1.373	+ 19	+ 1,4
2007	- 1.442	- 69	- 5,0
2008	- 1.529	- 87	- 6,0
2009	- 1.611	- 82	- 5,4
2010	- 1.654	- 43	- 2,7
2011	- 1.732	- 78	- 4,7
2012 (Ansatz)	- 1.769	- 37	- 2,1
2013 (Entwurf)	- 1.833	- 64	- 3,6

Der größte Teil der Aufwendungen dieser Produktgruppe entfällt auf stationäre oder ambulante Wohnhilfen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Leistungen der Eingliederungshilfe.

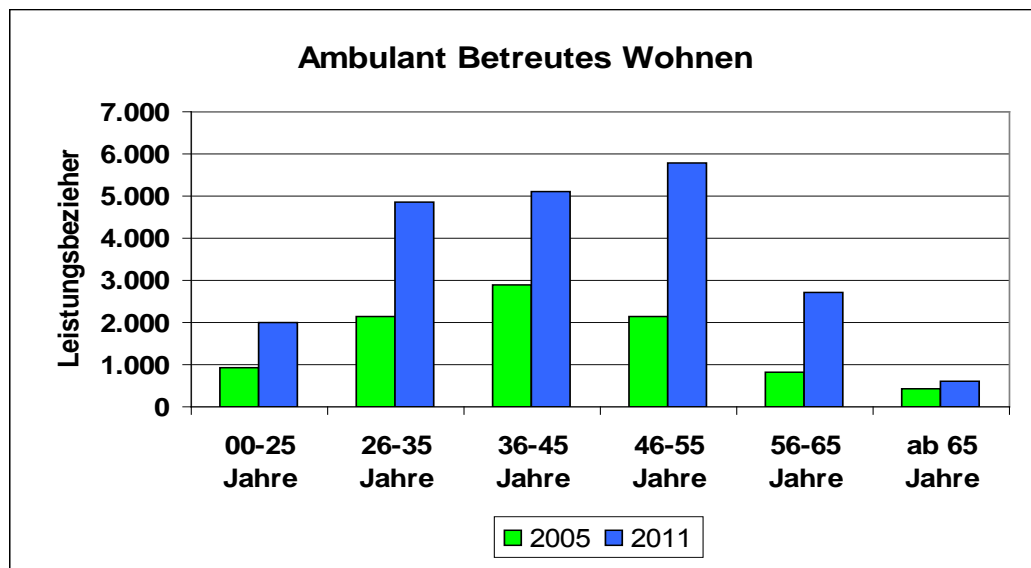
Die Fallzahlen im „Stationären Wohnen“ und im „Ambulant Betreuten Wohnen“ haben sich in den Jahren 2005 bis 2013 wie folgt entwickelt:

Jahr	Stationäres Wohnen (Jahresdurchschnitt)		Ambulant Betreutes Wohnen (Jahresdurchschnitt)	
	Personen	Anteil in %	Personen	Anteil in %
2005	19.824	69,7	8.625	30,3
2006	20.265	67,6	9.702	32,4
2007	20.680	64,4	11.441	35,6
2008	20.869	59,6	14.127	40,4
2009	20.890	56,9	15.830	43,1
2010	21.079	53,3	18.447	46,7
2011	21.283	50,8	20.639	49,2
2012 (Ansatz)	21.050	49,6	21.370	50,4
2013 (Entwurf)	21.425	47,6	23.540	52,4

Die Altersstruktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von Wohnhilfen, im Vergleich der Jahre 2005 und 2011, stellt sich folgendermaßen dar:



Das Durchschnittsalter lag beim Stationären Wohnen im Jahr 2005 bei 44,3 Jahren und im Jahr 2011 bei 46,0 Jahren.



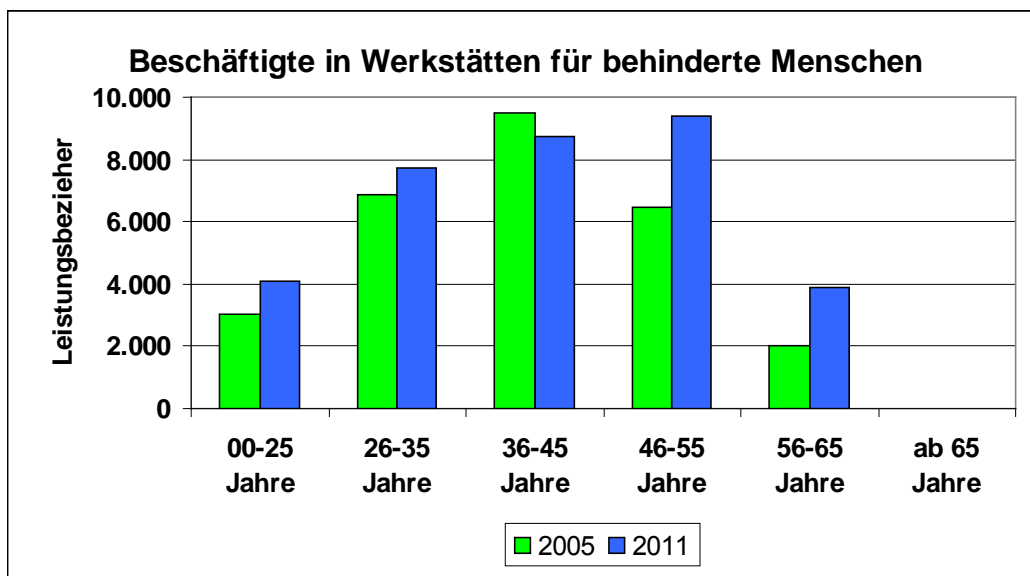
Das Durchschnittsalter lag beim Ambulant Betreutes Wohnen im Jahr 2005 bei 41,8 Jahren und im Jahr 2011 bei 42,6 Jahren.

Die Fallzahlen in den Werkstätten für behinderte Menschen haben sich in den Jahren 2005 bis 2013 wie folgt entwickelt:

Jahr	Besucher WfbM (Jahresdurchschnitt)	Personen im Berufsbildungsbereich (Stand: 01.05. bzw. 01.01. ab 2010)
2005	27.258	4.414
2006	28.305	4.333
2007	29.341	4.373
2008	30.313	4.458
2009	31.180	4.704
2010	32.203	4.504
2011	33.142	4.495
2012 (Ansatz)	34.137	4.578
2013 (Entwurf)	34.904	

Aufgrund der hohen Fallzahlen im Berufsbildungsbereich ist auch in den nächsten Jahren mit erheblichen Zuwächsen im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen zu rechnen. Im Berufsbildungsbereich ist die Agentur für Arbeit Kostenträger.

Die Altersstruktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Werkstätten, im Vergleich der Jahre 2005 und 2011, sieht wie folgt aus:



Besonderheiten im Planjahr

Am 18.07.2011 wurde zwischen den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen die neue Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW“ für den Bereich Wohnen unterzeichnet. Bestandteile dieser Vereinbarung sind Ziele und Maßnahmen, um langfristig eine Kostendämpfung zu erreichen. Diese Vereinbarung beinhaltet u. a. die Umsetzung einzelner Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms, insbesondere die Prüfung der Inanspruchnahme vorrangiger Leistungsträger sowie die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für pflegebedürftige ältere Menschen mit Behinderungen.

Nach der Ersten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen vom 01.06.2009 sind die Landschaftsverbände befristet bis zum 30.06.2013 für das Ambulant Betreute Wohnen von Menschen mit Behinderungen zuständig. Nach dem Koalitionsvertrag der Landesregierung NRW bleiben die Landschaftsverbände auch nach dem Jahr 2013 für das Ambulant Betreute Wohnen behinderter Menschen zuständig. Die gesetzliche Verankerung wird voraussichtlich Ende 2012 erfolgen.

Im Juni 2009 initiierte die LWL-Behindertenhilfe Westfalen das interne Projekt „Teilhabe2012 – Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – den wegen der demographischen Entwicklung unvermeidbaren Kostenanstieg dämpfen“. Durch das Folgeprojekt „Teilhabe2015“, dessen Rahmenbedingungen dem Sozialausschuss Ende 2012 vorgestellt werden, sollen die neuen Instrumente aus dem Projekt „Teilhabe2012“ in den bisherigen zwei und weiteren vier Regionen erprobt werden. Bisher gibt es mit den Städten Hagen und Paderborn die ersten Modellkommunen, in denen erprobt wird, die Steuerung weiter zu verbessern.

Perspektivische Weiterentwicklung

Die Landschaftsverbände werden im Bereich der Eingliederungshilfe den bereits eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen, mittel- und langfristig fachliche Weiterentwicklungen im Bereich der Versorgung behinderter Menschen zu gewährleisten und auch haushaltsentlastende Effekte zu erzielen. Konzepte zur Weiterentwicklung der ambulanten Angebotsstrukturen, auch für Personengruppen mit hohem oder komplexem Unterstützungsbedarf, werden zurzeit erarbeitet. Dem LWL ist es dabei bereits gelungen, den Zuwachs im stationären Bereich deutlich abzubremsen und gleichzeitig das Verhältnis „ambulant vor stationär“ deutlich in Richtung „ambulant“ zu verbessern.

Das Anteilsverhältnis der ambulanten gegenüber den stationären Wohnhilfen soll zukünftig weiterhin verbessert werden. Bei den Neufällen wird im Hilfeplanverfahren bereits ein Verhältnis von 80 % (ambulant) zu 20 % (stationär) erreicht.

In den kommenden Jahren ist unter anderem aufgrund der demographischen Entwicklung davon auszugehen, dass nach wie vor eine steigende Anzahl von Menschen mit Behinderungen auf Leistungen (insbesondere der Eingliederungshilfe) nach dem SGB XII angewiesen sein wird.

Durch die Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW“ soll mehr Menschen mit Behinderung das Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden. Alt gewordene Menschen mit Behinderung sollen unter Einbeziehung der Pflegeversicherungsleistungen bedarfsgerecht versorgt werden. Weiteres Ziel ist, die Leistungen der Krankenversicherung in die bedarfsgerechte Versorgung von Menschen mit Behinderung einzubeziehen.

Produktgruppe 0504 – Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht –

Aufgabe

Die Produktgruppe „Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht“ umfasst die Leistungen nach dem SGB IX, Teil 2.

Die einzelnen Produkte sind auf die Förderung und Sicherung der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben ausgerichtet.

Das Finanzvolumen (ohne Personalaufwendungen) beträgt rd. 61,2 Mio. EUR. Die Aufwendungen dieser Produktgruppe werden grundsätzlich aus den Erträgen der Ausgleichsabgabe, zweckgebundenen Zuweisungen und erforderlichenfalls aus dem Sonderposten der Ausgleichsabgabe finanziert.

Das LWL-Integrationsamt Westfalen fördert insbesondere durch Investitionszuschüsse die Schaffung und Ausgestaltung behinderungsgerechter Arbeitsplätze und gewährt Arbeitgebern Geldleistungen für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung besonderer Gruppen von schwerbehinderten Menschen verbunden sind.

Das LWL-Integrationsamt Westfalen fördert ferner die Schaffung und möglichst dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen für beruflich besonders betroffene schwerbehinderte Menschen in Integrationsprojekten (IP). Dabei handelt es sich um rechtlich und wirtschaftlich selbständige Integrationsunternehmen sowie unternehmensinterne Integrationsbetriebe und –abteilungen (§§ 132 ff. SGB IX).

Das LWL-Integrationsamt Westfalen beteiligt sich an Modell- und Forschungsvorhaben zur beruflichen Eingliederung (schwer)behinderter Menschen. Es konzipiert und finanziert darüber hinaus eigene Arbeitsmarktprogramme für besondere Zielgruppen unter den schwerbehinderten Menschen (derzeit "aktion 5", siehe auch das Programm „Übergang Plus“).

Ferner führt das LWL-Integrationsamt Westfalen Seminare zum Schwerbehindertenrecht durch, vor allem für Schwerbehindertenvertretungen, aber auch Beauftragte der Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte. Es publiziert Informationsmaterial und führt Veranstaltungen sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Schwerbehindertenrecht durch.

Aus den Zuweisungen des LWL-Integrationsamtes Westfalen an die örtlichen Träger des Schwerbehindertenrechts gewähren die dortigen „Fachstellen Behinderte Menschen im Beruf“ z. B. Leistungen für technische Arbeitshilfen (sowohl an Arbeitgeber als auch an schwerbehinderte Beschäftigte), Hilfen zum Erreichen des Arbeitsplatzes, für behinderungsgerechte Wohnungen sowie in besonderen Lebenslagen an schwerbehinderte Beschäftigte.

Leistungen

Leistung	2013	2012	2011
	Entwurf	Ansatz	
Mio. EUR			
Zuschüsse gemäß § 102 SGB IX ohne Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	23,00	21,00	22,11
Integrationsfachdienste-Finanzierung	10,13	10,13	10,04
Beteiligung an Sonderprogrammen, Schaffung und Ausstattung von Werkstätten für behinderte Menschen	10,93	8,72	7,06
Zuweisung an örtliche Fürsorgestellen	8,00	8,00	6,35
Schulung, Öffentlichkeitsarbeit, Modell- und Forschungsvorhaben, Sonstiges	0,67	0,80	0,59
Summe	52,73	48,65	46,15

Besonderheiten im Planjahr

Das Landesprogramm „**Integration unternehmen**“ wird fortgeführt. Neben dem Land NRW beteiligen sich daran die Landschaftsverbände mit Mitteln aus der Ausgleichsabgabe. Es sollen Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in Integrationsprojekten geschaffen werden, im Bereich des LWL sind das (im Jahr 2011 und in Folgejahren) rd. 150 neue Arbeitsplätze jährlich, die zum Teil Werkstattplätze ersetzen und den Sozialetat des LWL entlasten.

Für die Fortführung der Arbeit der **Integrationsfachdienste (IFD)** werden für das Jahr 2013 insgesamt bis zu 10,13 Mio. EUR aus Mitteln der Ausgleichsabgabe benötigt. Mit den IFD-Trägern werden unbefristete (Rahmen-)Verträge abgeschlossen. Die IFD leisten Integrationsbegleitung für behinderte und schwerbehinderte Menschen, für deren Arbeitgeber sowie für ihre Auftraggeber, die Träger der beruflichen Rehabilitation und der Arbeitsvermittlung sowie das LWL-Integrationsamt Westfalen.

Die zweite Förderphase (August 2011 bis Juli 2013) des Vorhabens „**STAR-Schule trifft Arbeitswelt - zur Integration schwerbehinderter Jugendlicher**“ ist inzwischen angelaufen. Es beteiligen sich das Land NRW und die Landschaftsverbände. Der Übergang von der Schule in den Beruf für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll verbessert werden

Ab dem zweiten Halbjahr 2012 mit Beginn des Schuljahres 2012 / 2013 wird das STAR-Konzept der vertieften Berufsorientierung mit Mitteln der Ausgleichsabgabe im Rahmen des „Handlungsfelds 1“ des Bundes-Förderprogramms „Initiative Inklusion“ in NRW flächendeckend umgesetzt. Für den Ausbau der Angebote in Westfalen-Lippe wurden dem LWL über das Land NRW 4,1 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Für das Sonderprogramm „aktion5“ wird in der Zeit vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2018 ein Betrag von insgesamt 20 Mio. EUR, d. h. jährlich 4 Mio. EUR, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur Verfügung gestellt.

In Kombination mit „aktion5“ wird das „Handlungsfeld 2“ der o. a. „Initiative Inklusion“ umgesetzt. Hierbei sollen neue Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen geschaffen werden. Für die Förderung von Auszubildenden, die bis Ende 2013 beginnen, stellt der Bund dem LWL über das Land NRW 1,6 Mio. EUR zur Verfügung.

Im Rahmen des Sonderprogramms „Initiative Inklusion“ wird auch das „Handlungsfeld 3“ - neue Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen - von den Landschaftsverbänden durchgeführt. Dafür werden dem LWL Bundesmittel über das Land NRW von 4,26 Mio. EUR bis Ende 2016 zur Verfügung gestellt.

Das Förderprogramm „**Übergang Plus**“ wird fortgeführt. Es bezieht sich auf weitere 300 Übergangsfälle (ab 2011). Ergänzend zu den aus der Ausgleichsabgabe finanzierten Förderungen des LWL-Integrationsamtes Westfalen werden Mittel aus dem Sozialhilfeeat zur Verfügung gestellt, um die dauerhafte Integration von bisher in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) Beschäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Produktgruppe 0505 – Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen –

Aufgabe

Die Produktgruppe „Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen“ umfasst die Leistungen der Kriegsoferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Nebengesetzen. Die einzelnen Produkte sind auf die Sicherstellung einer individuell angemessenen wirtschaftlichen Versorgung der Leistungsberechtigten ausgerichtet.

Folgende Nebengesetze werden unmittelbar im Landeshaushalt unter dem Ausgabetitel 11320 68110/30/40/50 bewirtschaftet: Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VerwRehaG); siehe Ziffer 3.4 „Mittel des Landes NRW für Integrationsmaßnahmen und für die Kriegsoferfürsorge“.

Die Aufwendungen nach dem Bundesversorgungsgesetz werden - soweit sie nicht durch sonstige Transfererträge gedeckt sind - zu 80 % vom Bund erstattet. Die Aufwendungen für die Auslandsfürsorge und die Leistungen nach den Nebengesetzen werden zu 100 % erstattet. Lediglich das Pflegegeld belastet zu 100 % den Haushalt des LWL.

Aufgrund der Altersstruktur des anspruchsberechtigten Personenkreises nach dem BVG kommt dem Produkt „Hilfe innerhalb von Einrichtungen“, und hier speziell der Hilfe innerhalb von stationären Pflegeeinrichtungen, eine besondere Bedeutung zu. Für das Jahr 2013 wird bei der stationären Pflege mit einer Anzahl von 1.460 (2012: 1.670) Hilfeempfängern gerechnet.

Leistungen

Jahr	2013 Entwurf	2012 Ansatz	2011
Brutto-Transferaufwand für stationäre Pflege	32,4 Mio. EUR	35,6 Mio. EUR	38,9 Mio. EUR

Bei einem Transferaufwand aller Produkte dieser Produktgruppe von rd. 71,0 Mio. EUR ergibt sich wegen der hohen Kostenerstattungen und Erträge ein Netto-Transferaufwand von rd. 16,6 Mio. EUR.

Es wird erwartet, dass die Fallzahlen in der Kriegsopferfürsorge in den kommenden Jahren um rd. 8 % zurückgehen werden.

Eine Daueraufgabe der LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen wird zukünftig die Leistungserbringung an die Beschädigten und Hinterbliebenen nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) sowie dem OEG sein und hierbei, spezifisch bei den Neufällen, Leistungen für die Teilhabe am Arbeitsleben bzw. der Eingliederungshilfen.

Produktgruppe 0507 - Leistungen nach dem Bergmannsversorgungsscheingesetz NRW -

Aufgabe

Die Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein beim LWL-Integrationsamt Westfalen mit Sitz in Gelsenkirchen entscheidet nach entsprechender Sachverhaltsaufklärung über die Anträge der Bergleute auf Zuerkennung des Bergmannsversorgungsscheins (BVS).

Leistungen

Das Gesetz zielt darauf ab, den Inhabern des Bergmannsversorgungsscheins besondere fürsorgliche Leistungen (Berufsfürsorge) zukommen zu lassen.

Zur Berufsfürsorge gehören insbesondere:

- der besondere Kündigungsschutz für BVS-Inhaber inklusive Durchführung der Kündigungsschutzverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern,
- der Anspruch auf Hausbrandkohle oder entsprechende Barabgeltung,
- die tarifrechtliche Berücksichtigung von außerbergbaulichen Beschäftigungszeiten,
- die Vermittlung von Arbeitsplätzen im außerbergbaulichen Bereich

und sämtliche dazu gehörigen Beratungsleistungen.

1.5.5 LWL-Krankenhausdezernat

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehört die folgende Produktgruppe an:

- 0702 - LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen -

Der LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen besteht aus:

- 15 LWL-Kliniken,
- 10 LWL-Wohnverbänden,
- 7 LWL-Pflegezentren,
- 3 LWL-Rehabilitationszentren und
- 3 LWL-Schulen.

Die LWL-Einrichtungen werden in Form von 18 selbständigen Sondervermögen bewirtschaftet. Darüber hinaus existieren 4 GmbH-Beteiligungen.

Aufgabe

Die LWL-Abteilung Krankenhäuser und Gesundheitswesen, LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen, erbringt Dienstleistungen für die LWL-Einrichtungen, die entsprechend in Höhe von rd. 3,5 Mio. EUR jährlich gegenüber den Einrichtungen abgerechnet werden.

Die Produktgruppe setzt sich dementsprechend aus den Produkten „Steuerung des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen“, „Unterstützung der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen“, „LWL-Schulen in den Kliniken“ und „LWL-Beteiligungen an Gesundheitsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ zusammen.

Ziel des Verbundes ist die angemessene Versorgung von Menschen mit psychischen und / oder geistigen Beeinträchtigungen in Westfalen-Lippe durch die LWL-Einrichtungen. Die LWL-Einrichtungen sollen bei rd. 2,19 Mio. voll- und teilstationären Berechnungstagen im Jahr verlustfrei betrieben werden. Die hohe Leistungsqualität ist gesichert (siehe aktuelle Qualitätsberichte und Zertifizierungen). Es ist angestrebt, den Verbund so zu steuern, dass der Marktanteil und die Leistungsqualität langfristig erhalten bleiben.

Um das Erreichen dieses Zieles sicherzustellen sind außerdem Investitionen erforderlich, an denen sich die LWL-Kernverwaltung mit Darlehen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen beteiligt.

Im Teilfinanzplan sind Ausleihungen (Darlehen und nicht rückzahlbare Zuschüsse) von rd. 14,9 Mio. EUR für folgende Maßnahmen vorgesehen:

Einrichtung Prio.-Nr. **)	Maßnahmen	Ausleihungen 2013 *)			
		Darlehen	<i>Darlehen</i>	Zuschüsse	<i>Zuschüsse</i>
			<u>Verpflichtungs-ermächtigungen</u>	(nicht rückzahlbar)	<u>Verpflichtungs-ermächtigungen</u>
		Euro	Euro	Euro	Euro
LWL-Klinik Dortmund Prio.-Nr. 23	Neubau für Haus 7, 10, 11, 41 (Grundsatzbeschluss: Vorlage 13/0784)			2.000.000	
LWL-Klinik Hemer Prio.-Nr. 15	Neubau für 40 zusätzliche Betten (Grundsatzbeschluss: Vorlage 13/0683)		11.200.000		
LWL-Klinik Dortmund Prio.-Nr. 22	Neubau Wirtschaftsgebäude (Küche, Kantine, Integrationsbetrieb)			2.750.000	
LWL-Wohnverbund Dortmund Prio.-Nr. 20	Neubau Wohnheim in Schwerte (Grundsatzbeschluss: Vorlage 13/0865)	400.000	364.800		428.000
LWL-Klinik Warstein Prio.-Nr. 6	Umbau und Anbau Reha, Haus 55/56 (Baubeschluss: Vorlage 13/0867)	2.500.000	6.070.000		
LWL-Wohnverbund Lengerich Prio.-Nr. 18	Ersatzneubau „geschützte Randlage“ Wohnheim in der LWL-Klinik (Grundsatz- und Baubeschluss Vorlage 13/1046)		792.000	447.000	
LWL-Wohnverbund Paderborn Prio.-Nr. 21	Ersatzneubau Wohnheim in Paderborn Goldgrund (Grundsatzbeschluss: Vorlage 13/0675)	400.000	356.480		394.000
LWL-Wohnverbund Marsberg Prio.-Nr. 25	Ersatzneubau Wohnheim für psychisch Behinderte im Stadtgebiet		792.000	447.000	
LWL-Wohnverbund Warstein Prio.-Nr. 12	Umbau Haus 04 entsprechend den Vorgaben des Wohn- und Teilhabegesetzes (Baubeschluss: Vorlage 13/0866)	648.800		318.700	
LWL-Pflegezentrum Lengerich Prio.-Nr. 19	Errichtung eines Neubaus für das Pflegezentrum (Baubeschluss: Vorlage 13/1048)	1.700.000	2.600.000		
Weitergabe der Landesförderdarlehen für die o.g. Wohnverbundmaßnahmen		2.357.500	1.239.000		
Grundstückskosten				837.000	
LWL-Schulen der Kliniken Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg	Neubeschaffung eines Amokschutzesystems und lfd. Wiederbeschaffungen			55.547	
Gesamt		8.006.300	23.414.280	6.855.247	822.000

Anmerkungen:

*) Vgl. die Veranschlagung in den Wirtschaftsplänen – Übersicht über die Entwicklung der Deckungsmittel des Vermögensplanes 2013 – Darlehensfinanzierung / Zuschussfinanzierung.

**) Die Nummer der Priorität entspricht der laufenden Nummerierung des priorisierten Bauprogramms (Vorlage 13/0680).

In den genannten Verpflichtungsermächtigungen sind auch Verpflichtungen zu Lasten der Jahre 2017 ff. in Höhe von 2.225.000 EUR (Darlehen) enthalten.

1.5.6 LWL-Kulturdezernat

Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0401 – Zentrale Kulturaufgaben
- 0402 – LWL-Museum für Naturkunde - Planetarium
- 0403 – LWL-Industriemuseum
- 0404 – LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte
- 0405 – LWL-Freilichtmuseum Detmold
- 0406 – LWL-Freilichtmuseum Hagen
- 0407 – Stiftung Kloster Dalheim
- 0408 – LWL-Museum für Archäologie
- 0409 – LWL-Römermuseum
- 0410 – Museum in der Kaiserpfalz
- 0412 – LWL-Archivamt für Westfalen
- 0413 – LWL-Museumsamt für Westfalen
- 0414 – LWL-Medienzentrum für Westfalen
- 0415 – LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte
- 0416 – Westfälische Kommissionen für Landeskunde
- 0417 – Westfälischer Heimatbund
- 1001 – LWL-Archäologie für Westfalen
- 1002 – LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Aufgabe

Gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b der Landschaftsverbandsordnung obliegt den Landschaftsverbänden die landschaftliche Kulturpflege. Die daraus resultierenden Aufgaben erstrecken sich auf folgende Sachgebiete:

- Allgemeine landschaftliche Kulturpflege
- Denkmalpflege
- Pflege und Förderung der Heimatmuseen und des nicht staatlichen Archivwesens
- Unterhaltung von Landesmuseen und Landesbildstellen.

Die „Allgemeine landschaftliche Kulturpflege“ umfasst neben den Aufgaben der Landschafts- und Baukultur im Wesentlichen diejenigen Aufgaben, die nicht als Aufgaben der so genannten „Besonderen Kulturpflege“ in den landschaftsverbandseigenen Kultureinrichtungen wahrgenommen werden. Sie reichen von der Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Kunst, des Theaterswesens, der Freilichtbühnen, der Naturkunde und der Heimatpflege bis hin zur Pflege kultureller Beziehungen zu Westfländern und Gotland.

Zur Erfüllung der Aufgaben der so genannten „Besonderen Kulturpflege“ betreibt und unterstützt der LWL folgende Einrichtungen:

- 17 (Landes-)Museen
- 5 Kulturdienste
- 6 wissenschaftliche Kommissionen (Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit)
- Westfälischer Heimatbund (Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit)

Besonderheiten im Planjahr

Auch im Jahr 2013 werden in den LWL-Museen eine Vielzahl von Sonderausstellungen gezeigt, Veranstaltungen und Projekte durchgeführt. Nicht zu verkennen sind die vielfältigen Bautätigkeiten.

Beispielhaft wird auf die Sonderausstellungen:

- „*Spiel im Kloster*“
des LWL-Landesmuseums für Klosterkultur. Stiftung Kloster Dalheim
- „*Sexual Nature*“
des LWL-Museums für Naturkunde
- „*Mission und Christianisierung Europas im Mittelalter*“
des Museums in der Kaiserpfalz
- „*Verflixt!?! – Geister, Hexen und Dämonen*“
des LWL-Freilichtmuseums Detmold

hingewiesen.

In Münster steht die Vorbereitung zur Wiedereröffnung des LWL-Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte im Jahr 2014 im Mittelpunkt.

Auf der Zeche Zollern II/IV des LWL-Industriemuseums in Dortmund wird die Sanierung der Maschinenhalle abgeschlossen werden und in der Henrichshütte in Hattingen liegt der Schwerpunkt in der Fortsetzung des 3. Bauabschnittes.

Am LWL-Römermuseum in Haltern wird tatkräftig an der Umsetzung des 1. Bauabschnittes zum archäologischen Freigelände ALISO gearbeitet.

Ausblick / zukünftige Sonderausstellungen

Auch in künftigen Jahren werden die LWL-Museen mit Ausstellungen zu einigen besonderen Themen an die Öffentlichkeit herantreten.

- LWL-Industriemuseum, Zeche Zollern II/IV:
„*Über-Unterwelten und das Ruhrgebiet*“ (2014)
- LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte:
„*Eröffnungsausstellung The School of London*“ (2014)
- LWL-Museum für Archäologie:
„*Schätze des aufsteigenden Drachen – Archäologie des Kaiserreiches Vietnam*“ (2014)
- LWL-Landesmuseum für Klosterkultur. Stiftung Kloster Dalheim:
„*Die 7 Todsünden*“ (2015)
- LWL-Museum für Naturkunde:
„*Leben in der Dunkelheit*“ (2015)

2. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2014 bis 2016

Der LWL hat gemäß § 84 der Gemeindeordnung für das Land NRW seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen und in den Haushaltsplan einzubeziehen.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung beinhaltet keine rechtliche Bindewirkung der Verwaltung und der Landschaftsversammlung für die zukünftigen Planungsjahre. Sie soll, wie bisher, auch weiterhin eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der Haushaltswirtschaft und damit insbesondere der Landschaftsumlage liefern. Allerdings wird sie verstärkt bei der Haushaltsplanung als Vergleichsgrundlage herangezogen und auch von der Aufsichtsbehörde bei der Prüfung des Haushaltsplans, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, mit in die Betrachtung gezogen.

Im Rahmen der Haushaltssatzung werden - wie bisher - ausschließlich die Haushaltsdaten des jeweiligen Haushaltsjahres mit rechtsverbindlicher Wirkung für die Verwaltung des Landschaftsverbandes festgesetzt.

Gemäß § 6 Absatz 2 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sollen die vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW bekannt gegebenen Orientierungsdaten des Landes NRW bei der Aufstellung und Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung berücksichtigt werden, soweit nicht durch strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung und durch sonstige Gegebenheiten Abweichungen angezeigt sind.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Orientierungsdaten für die Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen zu optimistisch waren. Im Übrigen können die Ausgleichsmechanismen im Gemeindefinanzausgleich bei der unterschiedlichen Steuerkraftentwicklung in den Landesteilen Rheinland und Westfalen-Lippe nicht vorherbestimmt werden. Der LWL hat daher für die Jahre 2014 - 2016 moderate Steigerungsraten bei den Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen zu Grunde gelegt.

Der LWL wird sich weiterhin bei der Fortschreibung der einzelnen Positionen in seiner mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung an die Orientierungsdaten anlehnen und dabei, soweit erforderlich, besondere Gegebenheiten berücksichtigen. Insbesondere die Transferleistungen im Bereich Soziales und Jugend erfordern eine **LWL-spezifische Fortschreibung** (z. B. unter Berücksichtigung der prognostizierten Fallzahl- und Entgeltsatzentwicklungen). In einzelnen Bereichen ist die Fortschreibung unter Berücksichtigung der Drittfinanzierung vorzunehmen (z. B. bei der Ausgleichsabgabe, den Leistungen der Kriegsopferversorge, den kostenrechnenden Einrichtungen).

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist trotzdem mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, die sich auch auf die Belastbarkeit der folgenden Aussagen auswirken:

<u>Haushaltsjahr</u>	<u>angenommene Steigerungsraten</u>		<u>Umlagesatz</u>
	Schlüsselzuweisungen	Umlagegrundlagen	
2014	+ rd. 2,0 %	+ rd. 2,0 %	16,8 %
2015	+ rd. 1,5 %	+ rd. 2,0 %	17,1 %
2016	+ rd. 1,5 %	+ rd. 1,9 %	17,4 %

Die Festsetzung der Hebesätze zur Landschaftsumlage bleibt den jährlichen Beschlüssen der Landschaftsversammlung im Rahmen der Verabschiedung der jeweiligen Haushaltssatzungen vorbehalten.

Bund-Länder-Einigung zur Umsetzung des EU-Fiskalpaktes

Bund und Länder haben bei ihren Verhandlungen zum „EU-Fiskalpakt“ auch über Veränderungen bei der Finanzierung verschiedener Leistungen gesprochen und in diesem Zusammenhang weitere Entlastungen für die Länder und Kommunen beschlossen bzw. in Aussicht gestellt.

Die Länder haben ihre Zustimmung zur Ratifizierung des Fiskalpaktes von weiteren Bundesmitteln bzw. einer weiteren Bundesbeteiligung an den sozialen Lasten abhängig gemacht, weil anzunehmen ist, dass durch den „EU-Fiskalpakt“ zusätzliche Belastungen auf die Kommunen zukommen werden.

Über die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes soll sich der Bund an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen beteiligen. Derzeit ist völlig unklar, wie diese Regelungen aussehen werden, wie hoch eine mögliche Entlastung ausfallen könnte, ob der Bund diese von einer Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleiches abhängig machen wird, auf welcher Ebene die Entlastung direkt ankommt und wann ein entsprechendes Gesetz Wirksamkeit entfalten wird.

Aufgrund dieser offenen Fragen stellt der LWL in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2014 - 2016 keine Entlastungseffekte dar und äußert sich auch nicht zu möglichen Entlastungsvolumina, auch wenn Mitgliedskörperschaften, und zwar gerade diejenigen, die sich im Haushaltssicherungskonzept oder im Stärkungspakt befinden, das erhofft haben. Sobald gesetzliche Regelungen feststehen und die Auswirkungen konkret erkennbar und bezifferbar sind, wird der LWL unverzüglich darauf reagieren.

3. Übersicht über alle vom LWL bewirtschafteten Mittel

Außer den im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mitteln in Höhe von rd. 2.810,0 Mio. EUR bewirtschaftet der LWL im Haushaltsjahr 2013 weitere Mittel in Höhe von rd. 2.034,37 Mio. EUR:

3.1 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (Sondervermögen des LWL)

rd. 866,6 Mio. EUR

Wirtschaftspläne der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen Westfalen

rd. 764,7 Mio. EUR

<u>Fachkrankenhäuser für Erwachsenenpsychiatrie</u>	Erträge	Aufwendungen
LWL-Universitätsklinikum Bochum	23.511.057	23.511.057
LWL-Klinik Dortmund	80.471.779	80.471.779
LWL-Klinikum Gütersloh	54.818.054	54.818.054
LWL-Klinik Hemer - Hans-Prinzhorn-Klinik -	42.892.964	42.892.964
LWL-Klinik Herten	25.119.278	25.119.278
LWL-Klinik Lengerich	58.753.457	58.753.457
LWL-Klinik Lippstadt	34.975.067	34.975.067
LWL-Klinik Marsberg	30.618.727	30.618.727
LWL-Klinik Münster	59.514.022	59.514.022
LWL-Klinik Paderborn	28.433.124	28.433.124
LWL-Klinik Warstein	43.206.995	43.206.995
<u>Fachkrankenhäuser für Kinder- und Jugendpsychiatrie</u>		
LWL-Klinik Dortmund - Elisabeth-Klinik -	6.907.699	6.907.699
LWL-Universitätsklinik Hamm	24.076.646	24.076.646
LWL-Klinik Marl-Sinsen - Haardklinik -	34.026.606	34.026.606
LWL-Klinik Marsberg	21.116.981	21.116.981
<u>Fachkrankenhäuser für Forensische Psychiatrie</u>		
LWL-Klinik für Forensische Psychiatrie Dortmund	9.067.187	9.067.187
LWL-Maßregelvollzugsklinik Schloss Haldem	34.792.913	34.792.913
LWL-Maßregelvollzugsklinik Herne	10.560.940	10.560.940
LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie Lippstadt	41.852.578	41.852.578
LWL-Therapiezentrum für Forensische Psychiatrie Marsberg	18.240.048	18.240.048
<u>Pflegezentren und Wohnverbände</u>		
LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Lippstadt	32.344.933	32.344.933
LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Marsberg	31.659.905	31.659.905
LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Warstein	17.725.285	17.725.285

Anzahl der Stellen insgesamt: 9.068,06

Wirtschaftspläne des LWL-Jugendheims Tecklenburg, des LWL-Heilpädagogischen Kinderheimes Hamm und des LWL-Jugendhilfezentrums Marl

rd. 37,6 Mio. EUR

	Erträge	Aufwendungen
LWL-Jugendheim Tecklenburg	11.810.900	11.810.900
LWL-Heilpädagogisches Kinderheim Hamm	16.473.700	16.473.700
LWL-Jugendhilfezentrum Marl	9.289.950	9.289.950

Anzahl der Stellen: 516,46

Wirtschaftsplan des LWL-Bau- und Liegenschaftsbetriebes

rd. 64,3 Mio. EUR

	Erträge	Aufwendungen
LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb	64.314.700	64.314.700

Anzahl der Stellen: 124,20

3.2 Mittel des Bundes und des Landes NRW für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen öffentlicher und freier Träger im Bereich der Jugendhilfe

rd. 999,1 Mio. EUR

Betriebskosten und Maßnahmenförderung im Bereich der Jugendhilfe	rd. 902,3 Mio. EUR
Investitionszuweisungen und -zuschüsse für Einrichtungen der Jugendhilfe	rd. 90,0 Mio. EUR
Gewährung von Darlehen zur Förderung von Baumaßnahmen in Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe einschließlich Abwicklung des Schuldendienstes	rd. 0,5 Mio. EUR
Kostenerstattung gem. § 89 d SGB VIII für unbegleitete junge Menschen aus dem Ausland	rd. 6,3 Mio. EUR

3.3	Mittel des Landes NRW zur Förderung von Maßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen der Wohlfahrtspflege	rd. 3,7 Mio. EUR
	Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Eingliederung Gehörloser und für die Westdeutsche Blindenhörbücherei	rd. 0,4 Mio. EUR
	Zuschüsse / Darlehen zur gesellschaftlichen Integration von behinderten Menschen	rd. 0,4 Mio. EUR
	Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Landesarbeitsmarktprogrammen und –maßnahmen	rd. 2,5 Mio. EUR
	Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung der Familienpflegedienste	rd. 0,4 Mio. EUR
3.4	Mittel des Landes NRW für Integrationsmaßnahmen und für die Kriegsopferfürsorge	rd. 13,17 Mio. EUR
	Zuwendungen zur investiven Förderung von Integrationsunternehmen im Rahmen des Landesprogramms „Integration Unternehmen“ nicht kommunaler Zuwendungsempfänger	rd. 1,25 Mio. EUR
	Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Infektionsschutzgesetz	rd. 2,90 Mio. EUR
	Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Opferentschädigungsgesetz	rd. 9,00 Mio. EUR
	Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitationsgesetz	rd. 0,02 Mio. EUR

3.5 Mittel des Bundes und des Landes NRW zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht

rd. 151,8 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Opferentschädigungsgesetz rd. 34,6 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz rd. 7,5 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Infektionsschutzgesetz, Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitationsgesetz rd. 9,3 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung und Gewährung von Heil- und Krankenbehandlung nach dem Bundesversorgungsgesetz rd. 96,9 Mio. EUR

Versorgung mit Hilfsmitteln und Gewährung von Ersatzleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Orthopädische Versorgung) rd. 3,5 Mio EUR

S o n s t i g e A n l a g e n
z u m
H a u s h a l t s p l a n - E n t w u r f 2 0 1 3

- Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten
- Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals
- Vom LWL-Ersten Landesrat aufgestellter und vom LWL-Direktor bestätigter Entwurf der Bilanz des LWL zum 31.12.2011. Die Feststellung des vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschlusses 2011 durch die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe ist noch nicht erfolgt.
- Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist.
 - Ardey-Verlag GmbH
 - Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH
 - Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV)
 - Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH
 - Westfälische Werkstätten GmbH – Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen
- Übersicht über Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen, bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat.
 - LWL-Kulturstiftung
- Glossar zu den Begriffen des doppelten Haushalts im NKF

Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Aufteilung auf die Produktgruppen)

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2012 EUR	Haushaltsansatz 2013 EUR
Dezernatsbudget LWL-Direktor			
0105	Politische Gremien	422.961	328.636
0106	Verwaltungsführung	461.843	459.177
0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	670.342	701.550
0108	Gleichstellung von Frau und Mann	225.000	223.456
0201	Statistik	225.886	233.924
1501	Unternehmensbeteiligungen	269.051	302.005
	Summe Dezernatsbudget	2.275.083	2.248.748
Dezernatsbudget Erster Landesrat			
0101	Finanzmanagement und Controlling	4.279.505	4.341.438
0102	LWL-IT Service	9.415.595	10.281.435
0103	Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten	5.087.997	5.043.755
0104	Personalmanagement	29.370.029	32.005.584
0112	Personalgestellung und sonstiges Personal	20.239.732	19.419.069
	Summe Dezernatsbudget	68.392.858	71.091.282
Dezernatsbudget LWL-Dezernat BLB und KVV			
0111	LWL-Bau- und Liegenschaften und Kommunale Versorgungskassen für Westfalen-Lippe (KVV)	115.414	117.865
	Summe Dezernatsbudget	115.414	117.865
Dezernatsbudget LWL-Jugenddezernat			
0399	Zentrale Aufgaben der Abteilung 50	1.588.092	1.795.283
0601	Kindertageseinrichtungen / Jugendförderung	3.858.340	4.085.539
0602	Erzieherische Hilfen	1.881.922	2.091.213
0701	LWL-Koordinationsstelle Sucht	474.938	594.395
0301	Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen	1.150.822	1.201.537
0302	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Soest	233.000	226.000
0303	LWL-Internat Soest	1.490.000	1.480.000

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2012 EUR	Haushaltsansatz 2013 EUR
0501	LWL-Berufsbildungswerk Soest - Förderzentrum für blinde und sehbehinderte Menschen	3.743.500	3.812.065
0304	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Paderborn	2.123.929	2.251.909
0305	LWL-Internat Paderborn	1.382.151	1.394.422
0306	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Olpe	2.521.651	2.678.191
0307	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Münster	3.681.676	3.926.007
0308	LWL-Wohngruppe und Internat Münster	879.565	920.500
0309	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Dortmund	2.792.249	2.768.087
0310	LWL-Internat Dortmund	1.385.171	1.408.981
0311	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bochum	3.713.915	3.755.856
0312	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bielefeld	3.120.044	3.182.608
0313	LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm -	1.599.919	1.631.627
0603	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho	927.320	984.400
	Summe Dezernatsbudget	38.548.204	40.188.621
Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat			
0598	Zentrale Aufgaben der Abteilung 60	4.903.880	4.822.026
0502	Individuelle Hilfefewährung im Einzelfall	12.537.771	12.965.713
0503	Planung, Finanzierung, Steuerung und Qualitätssicherung der Behindertenhilfe- und Pflegeeinrichtungen	2.914.459	2.940.945
0599	Zentrale Aufgaben der Abteilung 61	607.009	567.433
0504	Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht	3.627.234	4.172.089
0505	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen	2.343.772	1.921.015
0507	Bergmannsversorgungsschein	197.408	189.485
0506	Soziales Entschädigungsrecht	6.504.668	6.831.668
	Summe Dezernatsbudget	33.636.201	34.410.374
Dezernatsbudget LWL-Maßregelvollzugsdezernat			
0703	LWL-Maßregelvollzug	861.897	835.968
	Summe Dezernatsbudget	861.897	835.968
Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat			
0702	LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen	2.957.462	3.282.822
	Summe Dezernatsbudget	2.957.462	3.282.822

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2012 EUR	Haushaltsansatz 2013 EUR
---------------	-------------	--------------------------------	--------------------------------

Dezernatsbudget LWL-Kulturdezernat			
0401	Zentrale Kulturaufgaben	1.479.539	1.527.125
0402	LWL-Museum für Naturkunde - Westf. Landesmuseum mit Planetarium -	2.643.622	2.809.898
0403	LWL-Industriemuseum - Westf. Landesmuseum für Industriekultur -	7.353.566	7.621.577
0404	LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte - Westf. Landesmuseum	2.990.010	3.010.601
0405	LWL-Freilichtmuseum Detmold - Westf. Landesmuseum für Volkskunde -	3.491.883	3.635.442
0406	LWL-Freilichtmuseum Hagen - Westf. Landesmuseum für Handwerk und Technik -	3.087.716	3.227.082
0407	Stiftung Kloster Dalheim - LWL-Landesmuseum für Klosterkultur -	155.017	215.279
0408	LWL-Museum für Archäologie - Westf. Landesmuseum -	739.109	825.185
0409	LWL-Römermuseum	261.329	272.273
0410	Museum in der Kaiserpfalz	206.707	272.820
0412	LWL-Archivamt für Westfalen	1.334.387	1.373.231
0413	LWL-Museumamt für Westfalen	789.595	872.925
0414	LWL-Medienzentrum für Westfalen	1.385.424	1.493.302
0415	LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte	778.622	806.010
0416	Westfälische Kommissionen für Landeskunde	1.387.288	1.355.145
0417	Westfälischer Heimatbund	320.183	335.289
1001	LWL-Archäologie für Westfalen	4.808.501	4.978.731
1002	LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen	4.810.669	4.938.748
Summe Dezernatsbudget		38.023.166	39.570.663

Dezernatsbudget LWL-Sonstige Budgets			
0109	Rechnungsprüfung	1.796.497	1.771.911
0110	Personal-, Jugend- und Schwerbehindertenvertretung	846.938	968.714

Summe der Personal- und Versorgungsaufwendungen insgesamt:		187.453.719	194.486.968
---	--	--------------------	--------------------

Nachrichtlich:

0105	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der Ausschüsse	950.000	956.500
------	---	---------	---------

Übersicht

über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich
fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Auszahlungen - in TEUR -				
	2014	2015	2016	Gesamt	
1	2	3	4	5	
2011 *)	-	-	-	-	-
2012	21.167	17.637	-	-	38.804
2013	11.596	5.445	5.000	-	22.041
Summe	32.763	23.082	5.000	-	60.845
Nachrichtlich: In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen	24.531	18.032	16.338	-	58.901

Anmerkung:

*) Ergebnis des Jahresabschlusses

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung

Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion, Gruppe, Mitglied der Landschaftsversammlung	Ergebnis 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2013 EUR	Erläuterungen
1	CDU-Fraktion	147.322,80	151.005,83	147.877,83	
2	SPD-Fraktion	140.050,20	143.551,46	142.368,86	
3	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	70.149,48	71.903,17	70.850,92	
4	FDP/FW-Fraktion	70.149,48	71.903,17	70.850,92	
5	Fraktion Die Linke	54.079,80	55.431,78	54.620,59	

Zurzeit gibt es in der Landschaftsversammlung keine Gruppen und einzelne Mitglieder, die keiner Fraktion angehören.

Anmerkung:

Den für 2013 ausgewiesenen Summen liegt ein einheitlicher Grundbetrag von 8.873,19 EUR pro Jahr, ein Pro-Kopf-Betrag je Fraktionsmitglied von 918,16 EUR pro Jahr und ein Betrag für Personalkosten, der nach Fraktionsstärke gestaffelt ist, zugrunde. (Vorlagen 12/1317 und 13/0012)

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU - Fraktion						
	Zweckbestimmung	Haushaltsjahr		Geldwert:		Erläuterungen
		2012 EUR	2013 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR		
1.	Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1	für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2.	Bereitstellung von Fahrzeugen					
3.	Bereitstellung von Räumen					
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.500	8.652	152		
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4.	Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1	Büromöbel und -maschinen	170	170	-		
4.2	sonstiges Büromaterial					
5.	Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.750	2.850	100		
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften					
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	739	861	122		
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage					
6.	Sonstiges					

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: SPD - Fraktion				
	Zweckbestimmung	Haushaltsjahr		Erläuterungen
		2012 EUR	2013 EUR	
		Geldwert:		mehr (+) weniger (-) EUR
1.	Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit			
1.1	für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)			
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)			
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen			
2.	Bereitstellung von Fahrzeugen			
3.	Bereitstellung von Räumen			
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.200	8.338	138
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen			
4.	Bereitstellung einer Büroustattung			
4.1	Büromöbel und -maschinen	170	170	-
4.2	sonstiges Büromaterial			
5.	Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für			
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.650	2.750	100
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften			
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	830	847	17
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage			
6.	Sonstiges			

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landtagsversammlung

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Bündnis 90 / Die Grünen					
	Zweckbestimmung	Geldwert:		mehr (+) weniger (-) EUR	Erläuterungen
		Haushaltsjahr 2012 EUR	Haushaltsjahr 2013 EUR		
1.	Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1	für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2.	Bereitstellung von Fahrzeugen				
3.	Bereitstellung von Räumen				
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle	6.200	6.318	118	
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4.	Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1	Büromöbel und -maschinen	170	170	-	
4.2	sonstiges Büromaterial				
5.	Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.000	2.050	50	
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	914	721	- 193	
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage				
6.	Sonstiges				

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landtagsversammlung

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: FDP/FW - Fraktion		Zweckbestimmung	Geldwert:		mehr (+) weniger (-) EUR	Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2012 EUR	Haushaltsjahr 2013 EUR		
1.		Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1		für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2		für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3		für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2.		Bereitstellung von Fahrzeugen				
3.		Bereitstellung von Räumen				
3.1		für die Fraktionsgeschäftsstelle	7.500	7.605	105	
3.2		dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4.		Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1		Büromöbel und -maschinen	170	170	-	
4.2		sonstiges Büromaterial				
5.		Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1		bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.400	2.500	100	
5.2		Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3		Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	739	1.033	294	
5.4		Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage				
6.		Sonstiges				

Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung

Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Die Linke		Zweckbestimmung	Geldwert:		Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2012 EUR	Haushaltsjahr 2013 EUR	
1.		Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit			
1.1		für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)			
1.2		für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)			
1.3		für Fahrer von Dienstfahrzeugen			
2.		Bereitstellung von Fahrzeugen			
3.		Bereitstellung von Räumen			
3.1		für die Fraktionsgeschäftsstelle	6.500	6.543	43
3.2		dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen			
4.		Bereitstellung einer Büroausstattung			
4.1		Büromöbel und -maschinen	170	170	-
4.2		sonstiges Büromaterial			
5.		Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für			
5.1		bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.100	2.150	50
5.2		Fachliteratur und -zeitschriften			
5.3		Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	778	854	76
5.4		Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage			
6.		Sonstiges			

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art	Stand am Ende des Vorvorjahres		Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres		Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres	
	2011	2013	2013	2013	2013	2013
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Anleihen	-	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen						
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich						
2.4.1 vom Bund	991	957	957	957	853	853
2.4.2 vom Land	9.465	9.864	9.864	9.864	9.618	9.618
2.4.3 von Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-	-
2.4.4 von Zweckverbänden	-	-	-	-	-	-
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	3.478	3.414	3.414	3.414	3.306	3.306
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	160.442	131.244	131.244	131.244	125.399	125.399
2.5 vom privaten Kreditmarkt						
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	99.811	122.729	122.729	122.729	134.566	134.566
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	-	-	-	-	-	-
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung						
3.1 vom öffentlichen Bereich *)	269.600	132.400	132.400	132.400	132.400	132.400
3.2 vom privaten Kreditmarkt	-	151.000	151.000	151.000	151.000	151.000
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.889	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	111.704	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000
7. Sonstige Verbindlichkeiten	237.447	238.000	238.000	238.000	238.000	238.000
8. Summe aller Verbindlichkeiten	901.827	910.608	910.608	910.608	916.142	916.142

Anmerkung:

*) einschließlich der zur Sicherung der Liquidität eingesetzten Mittel der Ausgleichsabgabe, die in der Bilanz in der Position "Sonderposten Ausgleichsabgabe" enthalten sind, jedoch Verbindlichkeiten gegenüber der Ausgleichsabgabe darstellen.

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanzposition nach § 41 III Nr. 1 GO NRW <i>Stand 31.12. in EUR</i>	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Allgemeine Rücklage	733.970.104	733.970.104	733.970.104	733.970.104	733.970.104	733.970.104
Sonderrücklagen	4.656.831	4.656.831	4.656.831	4.656.831	4.656.831	4.656.831
Ausgleichsrücklage *)	85.604.193	64.325.193	64.325.193	64.325.193	64.325.193	64.325.193
<i>nachrichtlich:</i> <i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	-161.313.815	-21.279.000	0	0	0	0
Stand des Eigenkapitals	824.231.128	802.952.128	802.952.128	802.952.128	802.952.128	802.952.128

*) Jeweils vorbehaltlich des Beschlusses der Landschaftsversammlung zur Deckung des Jahresfehlbetrages aus der Ausgleichsrücklage.
Der Ansatz 2013 sowie die Planansätze 2014 - 2016 beziehen sich auf den geplanten Jahresfehlbetrag 2012 und können sich somit je nach der Höhe des Ist-Jahresfehlbetrages 2012 noch verändern.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Bilanz 31.12.2011

Aktiva	Euro		Passiva	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2.392.020,54	2.727.085,54	1.1 Allgemeine Rücklage	733.970.103,96
1.2 Sachanlagen			davon zweckgebundene Deckungsrücklage	3.866.307,65 EUR
1.2.1 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	98.367,00	98.844,00	1.2 Sonderrücklage	4.656.831,21
1.2.2 Bauten auf fremdem Grund und Boden	6.126.634,00	6.293.720,00	1.3 Ausgleichsrücklage	246.918.008,45
1.2.3 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	128.228.485,55	127.354.473,31	1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-161.313.815,08
1.2.4 Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	4.093.379,00	4.552.077,06		624.231.128,54
1.2.5 Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.895.428,78	19.919.402,80		-78.422.164,68
1.2.6 Anlagen im Bau	1.832.319,12	1.229.667,96		983.143.875,53
	160.254.614,45	159.448.185,13	2. Sonderposten	
1.3 Finanzanlagen			2.1 für Zuwendungen	6.292.226,34
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	667.673.196,24	667.673.196,24	2.2 Sonstige Sonderposten	
1.3.2 Beteiligungen	5.288.513,70	128.426.494,33	2.2.1 Sonderposten aus der Haftpflichtversicherung der Kliniken	1.281.566,89
1.3.3 Sondervermögen	193.034.536,82	193.034.536,82	2.2.2 Sonderposten Ausgleichsabgabe	126.174.967,89
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	57.320,03	154.309,29	2.2.3 Sonderposten unselbständige Stiftungen	1.726.353,92
1.3.5 Ausleihungen			2.2.4 Sonderposten Piepmeyer-Stiftung	675.033,72
1.3.5.1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen (WLV)	487.378.943,72	487.823.854,37	2.2.5 Sonderposten LWL-BBW Soest	5.734.399,64
1.3.5.2 Ausleihungen an Sondervermögen	309.127.463,62	286.887.260,99		141.884.548,40
1.3.5.3 Sonstige Ausleihungen	220.567.561,59	230.799.033,83	3. Rückstellungen	140.993.304,61
	1.883.127.537,72	1.994.798.685,87	3.1 Pensionsrückstellungen	456.273.421,00
	2.045.774.172,71	2.156.973.956,54	3.2 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	178.719.454,69
2. Umlaufvermögen	903.285,38	759.643,58	4. Verbindlichkeiten	
2.1 Vorräte			4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren			4.1.1 vom öffentlichen Bereich	174.376.762,17
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	118.664.390,60	85.807.522,10	4.1.2 vom privaten Kreditmarkt	99.810.863,52
2.2.1 Öffentl.-rechtl. Forderungen, Ford. aus Transferleistungen	1.677.481,82	1.567.190,54	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	25.000.000,00
2.2.1.1 Forderungen aus Transferleistungen			4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.888.609,39
2.2.1.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen			4.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	111.703.700,60
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	2.466.870,67	25.546.989,13	4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	237.447.177,81
2.2.2.1 Privatrechtliche Forderungen				818.727.313,49
gegenüber dem privaten Bereich			5. Passive Rechnungsabgrenzung	214.602,72
2.2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	4.560.045,82	6.176.412,42		5.006.662,81
gegenüber dem öffentlichen Bereich				
2.2.2.3 Privatrechtliche Forderungen	23.844.348,52	2.318.246,10		
gegen verb. Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen				
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	81.639.806,34	75.789.656,66		
	232.852.943,77	197.206.016,95		
2.3 Liquide Mittel	135.369.347,47	112.900.744,46		
	369.125.576,62	310.866.404,99		
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	5.150.719,51	4.620.466,90		
	2.420.050.468,84	2.472.460.828,43		

Münster (Westf.), 03. April 2012

Aufgestellt

M. L. ö b
Matthias L. ö b
 Erster Landesrat und Kämmerer
 des Landschaftsverbandes
 Westfalen-Lippe

Bestätigt
A. Wolgast
Dr. Wolfgang Kirsch
 Direktor
 des Landschaftsverbandes
 Westfalen-Lippe

**Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung
der Unternehmen und Einrichtungen
mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen
und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe
mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist**

Ardey-Verlag GmbH

Ardey-Verlag GmbH, Münster

Bilanz zum 31. Dezember 2011

<u>Aktivseite</u>	31.12.2011 €	31.12.2010 €	<u>Passivseite</u>	31.12.2011 €	31.12.2010 €
<u>A. Anlagevermögen</u>			<u>A. Eigenkapital</u>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Software	371,43	1.217,90	I. Gezeichnetes Kapital	61.355,03	61.355,03
II. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.785,89	4.110,69	II. Kapitalrücklage	597.446,15	597.446,15
	4.157,32	5.328,59	III. Verlustvortrag	-612.355,82	-612.355,82
<u>B. Umlaufvermögen</u>			IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
I. Vorräte			<u>B. Rückstellungen</u>		
1. Unfertige Erzeugnisse	2.100,00	2.100,00	Sonstige Rückstellungen	46.445,36	46.445,36
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	147.923,50	156.878,83		22.200,00	21.400,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			<u>C. Verbindlichkeiten</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.611,21	85.245,77	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10,42	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände davon: aus Steuern 2011: 4.878,08 € 2010: 21.721,09 €	5.077,07	22.924,66	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	68.868,41	106.217,98
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	41.980,39	62.949,14	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon gegenüber der Gesellschafterin 2011: 119.959,01 € 2010: 157.027,48 €	119.959,01	157.046,48
	261.849,49	335.426,99	3. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern 2011: 4.366,29 € 2010: 4.317,17 €	4.366,29	4.317,17
	<u>261.849,49</u>	<u>335.426,99</u>		<u>261.849,49</u>	<u>335.426,99</u>

Ardey-Verlag GmbH, Münster

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	<u>€</u>	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse		673.771,61	788.450,74
2. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-5.656,33	25.815,24
3. Sonstige betriebliche Erträge		14.631,84	16.988,73
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	90.810,47		102.451,44
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>456.265,66</u>	547.076,13	<u>533.185,23</u>
5. Personalaufwand			
a) Gehälter	309.199,45		303.863,37
b) Soziale Abgaben	<u>66.063,31</u>	375.262,76	<u>65.822,03</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.761,53	2.725,60
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		141.740,74	144.496,99
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		235,17	139,16
9. Zinsaufwendungen davon an verbundene Unternehmen		4.087,28	1.721,94
2011: 1.693,02 €			
2010: 1.693,02 €			
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>-387.946,15</u>	<u>-322.872,73</u>
11. Erträge aus Verlustübernahme		<u>387.946,15</u>	<u>322.872,73</u>
12. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Ardey-Verlag GmbH,
Münster

ANHANG 2011

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Gem. § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.V. mit § 108 Abs. 1 GO NW und § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages hat sie den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufzustellen.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte mit den Anschaffungskosten abzüglich der bisher verrechneten planmäßigen Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen lagen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgesehenen Nutzungsdauern zugrunde. Software und bewegliche Güter des Sachanlagevermögens wurden linear abgeschrieben. Für sonstige geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € wurde in den Jahren 2008 und 2009 ein Pool gebildet, der linear über 5 Jahre abgeschrieben wird. Ab dem Jahr 2010 angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 410 € werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Herstellungskosten oder Nettoverkaufspreis unter Beachtung des Niederwertprinzips.

Zuschüsse von Autoren und Herausgebern wurden von den Herstellungskosten abgesetzt.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zum Nennwert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeiten gegenüber der Alleingesellschafterin.

2. Angaben zu Positionen der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Jahresabschlusskosten sowie Urlaubsverpflichtungen und Kosten der Berufsgenossenschaft.

Die Umsatzerlöse sind im Lagebericht aufgegliedert

3. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2011 sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 19 T€ an Prüfungshonoraren angefallen.

III. Organe der Gesellschaft

1. Gesellschafterversammlung

Die Alleingeschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV), Münster, wurde in der Gesellschafterversammlung durch Frau Ursula Ecks, Rietberg, vertreten.

2. Aufsichtsrat

Er setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Mitglieder

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)
- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzende)
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Matthias Löb, Erster Landesrat
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter

Ständige Gäste

- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung von 2.200 €. Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrates pro Teilnahme an einer Aufsichtsratsitzung 100 € (netto) gezahlt.

3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist:

Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück

Herr Strototte erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 3.900 €.

IV. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte 2011, genau wie im Vorjahr, durchschnittlich 7 Angestellte. Teilzeitkräfte sowie Aushilfen wurden dabei anteilmäßig berücksichtigt.

Münster, 23.02.2012

Ardey-Verlag GmbH
- Der Geschäftsführer -
Bodo Strototte

Ardey-Verlag GmbH
Anlagevermögen zum 31.12.2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen						Buchwert									
	31.12.2010/ 01.01.2011		Zugänge		Abgänge		Umbuchungen +/-		31.12.2011		31.12.2010/ 01.01.2011		Zugänge		Abgänge		31.12.2011		31.12.2010/ 01.01.2011			
	Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		Euro			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																						
Schwere	9.147,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.147,11	7.929,21	846,47	0,00	8.775,68	32.820,18	1.915,03	0,00	34.735,24	40.749,39	2.761,53	0,00	43.510,92	1.217,90	371,43
II. Sachanlagen																						
Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.930,87	1.590,26	0,00	0,00	0,00	0,00	38.521,13	32.820,18	1.915,03	0,00	34.735,24	40.749,39	2.761,53	0,00	43.510,92	4.110,69	3.765,89	0,00	4.157,32	4.110,69	3.765,89	
	46.077,98	1.590,26	0,00	0,00	0,00	47.688,24	40.749,39	2.761,53	0,00	43.510,92	40.749,39	2.761,53	0,00	43.510,92	4.110,69	3.765,89	0,00	4.157,32	4.110,69	3.765,89		

Ardey-Verlag GmbH,

Münster

LAGEBERICHT 2011

Die Ertragslage der Ardey-Verlag GmbH wird im Wesentlichen durch den Warenverkauf in Museumsshops, die Zeitschrift Westfalenspiegel und die Buchproduktion geprägt. Im Berichtsjahr ging der Gesamtumsatz um rd. 114 T€ auf rd. 674 T€. zurück. Die Vorräte reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 7 T€ auf rd. 150 T€.

Die Umsätze für die einzelnen Bereiche gliedern sich wie folgt:

Umsatzerlöse	2011	2010
	€	€
Buchtitel	87.059	128.186
Museumsshops	369.941	410.071
Westfalenspiegel	181.871	202.125
Sonstige Zeitschriften	32.000	44.236
Übrige	<u>3.123</u>	<u>3.832</u>
	673.994	788.450

Der Ardey-Verlag hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 16 Bücher herausgegeben, darunter 2 Kommissions- und 14 Verlagstitel. Durch die Buchtitel erzielte der Verlag 87 T€ Umsatzerlöse, denen spartenbezogene Kosten von 138 T€ gegenüberstanden (ohne allgemeine Verwaltung), so dass der Geschäftsbereich „Buchproduktion“ einen Verlust von 51 T€ erwirtschaftete. Der Buchbestand verminderte sich im Berichtsjahr um knapp 6 T€.

Zweitgrößter Umsatzträger nach den Museumsshops ist mit rd. 182 T€ (Vorjahr 202T€) die Zeitschrift Westfalenspiegel, im Berichtsjahr wurden sechs Ausgaben produziert. Neben der Zeitschrift Westfalenspiegel stellt der Ardey-Verlag. auch die Mitarbeiterzeitung des Landschaftsverband Westfalen-Lippe her.

Die Museumsshops erzielten einen Umsatz von 370 T€. Gegenüber dem Vorjahr verminderten sich die Umsätze um rd. 40 T€, da die Vorjahresumsätze der Museen im Ruhrgebiet durch die Ruhr 2010 besonders begünstigt waren.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Verlages ereignet.

Die Ardey-Verlag GmbH verfügt über eine Finanzbuchhaltung sowie ein Controlling, welche der Größe des Unternehmens angepasst sind. Die Geschäftsführung ist in der Lage, jederzeit Auswertungen zu erstellen, die die aktuelle finanzielle Situation des Unternehmens darstellen.

Im Hinblick auf die überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft und die Art der Geschäftstätigkeit ist ein formalisiertes Risikomanagementsystem nicht erforderlich. Die Gesellschaft ist keinen erheblichen Preisänderungs-, Ausfall-, und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Wirtschaftlich bedeutsame Chancen, aufgrund derer sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich verbessern könnte, werden nicht gesehen.

Im Jahr 2012 wird mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. -294 T€ gerechnet, das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Westfälisch-Lippischen Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH von dieser auszugleichen ist. Für 2013 werden rd. -250 T€ erwartet.

Münster, 23.02.2012

Ardey-Verlag GmbH

- Der Geschäftsführer -

Bodo Strototte

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€	€
<u>A K T I V A</u>				
<u>A. Anlagevermögen</u>				
I. Finanzanlagen				
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	40.337.872,91	40.337.872,91		107.200.000,00
2. Sonstige Ausleihung	<u>53.000.000,00</u>	93.337.872,91	45.000.000,00	3.952.260,00
<u>B. Umlaufvermögen</u>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen gegenüber dem Gesellschafter	14.797.113,71			63.869,40
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>4.998.761,05</u>	19.795.874,76	1.006.755,57	
II. Guthaben bei Kreditinstituten				
		2.797,60	7.956,02	
			24.919.544,90	6.000,00
			<u>20.405,27</u>	
			113.129.545,27	111.272.129,40
			<u>113.136.545,27</u>	<u>111.272.129,40</u>

P A S S I V A

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

50.000,00

II. Kapitalrücklage

107.200.000,00

III. Gewinnrücklage

3.952.260,00

andere Gewinnrücklagen

5.859.140,00

IV. Bilanzgewinn

63.869,40

B. Rückstellungen

1. Sonstige Rückstellungen

6.000,00

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom
01.01. - 31.12.2011

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	€	€
1. Aufwendungen für satzungsmäßige Zwecke	3.857.241,00	3.510.000,00
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.994,06	13.094,36
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenden Unternehmen: 2011: 3.193.137,04 € 2010: 3.162.955,03 €	5.735.650,93	5.303.095,23
4. Jahresüberschuss	1.863.415,87	1.780.000,87
5. Gewinnvortrag	63.869,40	47.198,53
6. Einstellungen in die Gewinnrücklage	<u>1.906.880,00</u>	<u>1.763.330,00</u>
7. Bilanzgewinn	<u><u>20.405,27</u></u>	<u><u>63.869,40</u></u>

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe
gemeinnützige GmbH,
Münster**

ANHANG 2011

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag sieht die Aufstellung und Prüfung entsprechend dem Dritten Buch des HGB für große Kapitalgesellschaften vor. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände und liquide Mittel sind mit dem Nennwert bilanziert.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

III. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

Angaben zu Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung:

- (1) Bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen handelt es sich ausschließlich um ein langfristiges Darlehen an die Gesellschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH.
- (2) Die sonstigen Ausleihungen betreffen ausschließlich Schuldscheindarlehen an die WestLB AG und Commerzbank AG.
- (3) Bei den Forderungen gegenüber dem Gesellschafter handelt es sich um das laufende Dispositionskonto.
- (4) Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Zinsabgrenzungen aus Geldanlagen (998.761,05 €) und um eine Zahlung auf ein Treuhandkonto des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (4 Mio. €). Dieser Betrag ist als Zustiftung zu der neu gegründeten Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung zu verwenden, wenn für diese Stiftung im Jahr 2012 die Stiftungsurkunde von der Stiftungsaufsicht ausgefertigt wird.

- (5) Der Posten Aufwendungen für satzungsmäßige Zwecke wurde gemäß § 265 (6) HGB ergänzend zum Gliederungsschema des § 275 (2) HGB in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen. Ausgewiesen wird der Aufwand aus der Weitergabe erwirtschafteter Überschüsse, die der LWL-Kulturstiftung satzungsgemäß zur Verfügung gestellt wurden.
- (6) Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen hauptsächlich Jahresabschluss- sowie sonstige Verwaltungskosten.
- (7) Gem. § 58 Nr. 7a AO führte die Gesellschaft 1/3 des Überschusses aus der Vermögensverwaltung (1.906.880 €) den anderen Gewinnrücklagen zu, so dass unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags von 63.869,40 € ein Bilanzgewinn von 20.405,27 € verbleibt.
- (8) Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen (§§ 251 und 285 Abs. 3 HGB) bestehen zum Stichtag nicht.

Sonstige Angaben:

Im Geschäftsjahr 2011 sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 6.788,95 € an Prüfungshonoraren angefallen.

IV. Organe der Gesellschaft

1. Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV), wurde in den Gesellschafterversammlungen durch Frau Ursula Ecks, Rietberg, Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, vertreten.

2. Aufsichtsrat

Mitglieder

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)
- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzende)
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Matthias Löb, Erster Landesrat
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter

Ständige Gäste

- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Der Aufsichtsrat erhielt in 2011 Sitzungsgelder in Höhe von 1,7 T€. Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrates pro Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung 50 € (netto) gezahlt.

3. Geschäftsführung

Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge für seine Tätigkeit.

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Münster, 15.03.2012

Kulturstiftung Westfalen-Lippe
gemeinnützige GmbH
- Der Geschäftsführer -

Bodo Strototte

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH

Anlagevermögen zum 31.12.2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwert		
	01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen +/-	31.12.2011	01.01.2011	Zugänge	Abgänge	31.12.2011
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Finanzanlagen									
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	40.337.872,91	0,00	0,00	0,00	40.337.872,91	0,00	0,00	0,00	40.337.872,91
2. Sonstige Ausleihungen	45.000.000,00	8.000.000,00	0,00	0,00	53.000.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000.000,00
Summe Finanzanlagen	85.337.872,91	8.000.000,00	0,00	0,00	93.337.872,91	0,00	0,00	0,00	85.337.872,91

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe
gemeinnützige GmbH,
Münster**

LAGEBERICHT 2011

Das Vermögen der Gesellschaft war im Berichtsjahr in sechs verschiedenen Schuldscheindarlehen mittel- bis langfristig angelegt. Das an die Gesellschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) gewährte partiarische Darlehen bestand ungekündigt fort.

Zum Bilanzstichtag ist der Kapitalstock wie folgt angelegt:

Wertpapierbezeichnung	Volumen in T€	Laufzeit	Zins
Schuldscheindarlehen WestLB AG (I.)	7.500	30.11.2009 bis 21.12.2012	4,15 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (II.)	7.500	30.11.2009 bis 21.12.2012	4,20 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (III.)	10.000	05.05.2010 bis 24.06.2015	6,13 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (IV.)	10.000	05.05.2010 bis 24.06.2015	6,78 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (V.)	10.000	02.09.2010 bis 26.09.2013	4,28 %
Schuldscheindarlehen Commerzbank AG	8.000	31.05.2011 bis 14.07.2016	4,20 %
partiarisches Darlehen WLV	40.338	jährlich zum 30.09. kündbar	variabel
Tagesgeld / Termingeld- anlagen über WLV	15.771	variabel	variabel
Summe	109.109		

In 2011 wurde das Schuldscheindarlehen Commerzbank AG neu erworben.

Die unterschiedliche Höhe der Zinssätze bei den Schuldscheindarlehen resultiert neben den unterschiedlichen Laufzeiten daraus, dass in diesen Schuldscheinen jeweils vier unterschiedliche Referenzschuldner (Staatsanleihen bzw. bonitätsstarke DAX-/EuroStoxx-Unternehmen) mit gleichem Volumen gebündelt sind.

Emittent von fünf Schuldscheinen ist die WestLB AG. Für alle Schuldscheindarlehen wird jeweils vorbehaltlich eines vorab definierten „Kreditereignisses“ vom Emittent ein Festzins für die Laufzeit garantiert. Bei Eintritt eines „Kreditereignisses“ in Bezug auf einen der vier Referenzschuldner wird das gesamte Schuldscheindarlehen sofort fällig und der Anspruch auf weitere Zins(kupon)zahlungen für den Schuldschein erlischt. Gleichzeitig erlischt auch der Rückzahlungsanspruch gegenüber der Bank, stattdessen liefert die Bank eine konkrete Verbindlichkeit des ausgefallenen Referenzschuldners, allerdings in der gesamten Höhe des Schuldscheindarlehens, hier also in vierfacher Höhe.

Das im Berichtsjahr neu erworbene Schuldscheindarlehen wird von der Commerzbank AG emittiert. Die Inhaberschuldverschreibung hat eine Laufzeit bis zum 14.07.2016. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Anleihen von fünf verschiedenen europäischen Energieversorgungsunternehmen mit gleichem Volumen bündelt. Die Inhaberschuldverschreibung wird von der Commerzbank AG vorbehaltlich eines sogenannten „Kreditereignisses“ grundsätzlich mit einem festen Zinssatz von 4,20 % verzinst. Der Eintritt des vorab definierten „Kreditereignisses“ in Bezug auf einen der fünf Referenzschuldner hätte zur Folge, dass die Inhaberschuldverschreibung um dessen Anteil reduziert wird. In dem Fall überträgt die Commerzbank AG eine Verbindlichkeit des betroffenen Referenzschuldners in Höhe seiner Gewichtung in Bezug auf den Nennbetrag der Teilschuldverschreibung.

Der Verzinsungsanspruch des der WLW gewährten partiarischen Darlehens variiert in Abhängigkeit von der jährlichen Dividendenausschüttung der RWE AG, Essen. Die RWE AG hat in 2011 eine Dividende von 3,50 € pro Aktie ausgeschüttet, was für die Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH zu einem Verzinsungsanspruch von rd. 2,975 Mio. € geführt hat. Die über die Gewinnverwendung 2011 der RWE AG voraussichtlich beschließende Hauptversammlung soll am 19. April 2012 stattfinden, aufgrund der Gewinneinbrüche bei den Energieversorgern rechnet die Gesellschaft hier mit einem um rd. 1/3 gesunkenen Ertrag über die Ausschüttung.

Gemäß dem Gesellschaftszweck, der Förderung von Kunst, Kultur und landeskundlicher Forschung in Westfalen-Lippe, hat die Gesellschaft der LWL-Kulturstiftung in 2011 Mittel im Umfang von 3.857,0 T€ (Vorjahr 3.510,0 T€) zugewendet. Die LWL-Kulturstiftung fördert damit im Rahmen ihres Stiftungszwecks kulturelle Projekte anderer steuerbegünstigter Körperschaften.

Am 22.12.2011 wurde das Stiftungsgeschäft der Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung notariell beurkundet, in dem die Gesellschaft einen Betrag von 4 Millionen Euro der Stiftung als Anfangsvermögen zusichert. Die Gesellschafterversammlung hatte am 16.12.2011 beschlossen, diesen Betrag unmittelbar nach Beurkundung des Stiftungsgeschäftes auf ein Treuhandkonto zu überweisen, nach Anerkennung der Stiftung durch die Stiftungsaufsicht und Ausfertigung der Stiftungsurkunde ist der Betrag den Gewinnrücklagen zu entnehmen. Es wird damit gerechnet, dass die Anerkennung

der Stiftung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales als Stiftungsaufsicht in der zweiten Jahreshälfte 2012 erfolgen wird.

Chancen und Risiken liegen in der Entwicklung der Dividendenausschüttungen der RWE AG sowie der am Kapitalmarkt erzielbaren Renditen für Geldanlagen. Die Geschäftsführung rechnet nicht mit Risiken, welche die Fortführung der Gesellschaft gefährden könnten. Im Hinblick auf die überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft und die Art der Geschäftstätigkeit ist ein formalisiertes Risikomanagementsystem nicht erforderlich.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

Für das laufende Geschäftsjahr 2012 wird aus der Anlage des Gesellschaftsvermögens mit Erträgen in Höhe von rd. 4,7 Mio. € gerechnet, für 2013 werden Erträge von 5,0 Mio. € angestrebt.

Münster, 15.03.2012

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH
Der Geschäftsführer

Bodo Strototte

**Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungs-
gesellschaft mbH (WLV)**

Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

Bilanz zum 31. Dezember 2011

<u>AKTIVA</u>	€	31.12.2011 €	31.12.2010 T€	<u>PASSIVA</u>	€	31.12.2011 €	31.12.2010 T€
<u>A. Anlagevermögen</u>				<u>A. Eigenkapital</u>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Software		32.993,24	25	I. Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00		2.000
II. Sachanlagen			94.466	II. Kapitalrücklage	470.862.681,37		470.863
1. Grundstücke und Bauten	101.035.016,73			III. Gewinnrücklagen			
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	150.778,57		174	1. Satzungsmäßige Rücklagen	47.286.268,14		47.286
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.506.900,62	106.692.695,92	6.479	2. Instandhaltungsrücklage	22.540.071,21		22.150
III. Finanzanlagen			101.119	3. Andere Gewinnrücklagen	250.585.596,02		250.586
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	107.395.106,19			IV. Bilanzgewinn	25.811.943,92	819.086.560,66	7.700
2. Beteiligungen	958.569.263,24		107.337	davon Gewinnvortrag:			800.585
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	91.663.255,29		958.595	2011: 0 €			
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	20.000.000,00		91.663	2010: 0 €			
5. Sonstige Ausleihungen	13.276.219,23		30.000	<u>B. Rückstellungen</u>			
<u>B. Umlaufvermögen</u>				Sonstige Rückstellungen	6.580.085,67		10.322
I. Vorräte			13.276	<u>C. Verbindlichkeiten</u>			
1. Unfertige Leistungen		2.059.048,14	1.200.871	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.121.211,23		21.598
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Leistungen				2. Erhaltene Anzahlungen	2.042.582,32		2.028
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	130.673,85		132	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.107.388,55		1.195
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	120.136,59		157	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	55.163.543,00		65.266
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	839.804,99		5.243	5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	508.981.360,17		510.518
4. Forderungen gegen den Gesellschafter	140.227.461,03		109	6. Sonstige Verbindlichkeiten	39.017.077,48	626.433.162,75	45.709
5. Sonstige Vermögensgegenstände	7.539.840,17	148.857.916,63	8.163	<u>D. Rechnungsabgrenzungsposten</u>			646.314
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		5.108.221,69	13.804		1.609.156,33		400
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>		54.245,84	66				
		<u>1.453.708.965,41</u>	<u>1.457.621</u>			<u>1.453.708.965,41</u>	<u>1.457.621</u>

Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	€	2011 €	2010 T€
1. Umsatzerlöse		13.366.902,29	12.627
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen und Waren		89.757,98	-1
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>6.643.528,99</u>	<u>1.677</u>
		20.100.189,26	14.303,00
4. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		3.455.378,57	2.758
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.039.566,81		1.019
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>271.933,50</u>	1.311.500,31	264
davon für Altersversorgung:			
2011: 43.668,17 €			
2010: 41.137,43 €			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.662.137,56	3.648
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.305.038,39	5.424
8. Erträge aus Beteiligungen		37.636.895,88	24.999
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.244.930,49	2.193
davon aus verbundenen Unternehmen:			
2011: 1.045.516,67 €			
2010: 2.559,21 €			
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		3.972.549,96	3.956
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		12.520,45	6.379
12. Zinsaufwendungen		27.362.092,75	28.817
davon an verbundene Unternehmen:			
2011: 2.879.387,04 €			
2010: 3.162.955,03 €			
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		387.946,15	323
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>26.457.951,41</u>	<u>-3.181</u>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-36.550,00	-41
16. Sonstige Steuern		292.050,48	287
17. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss		<u>26.202.450,93</u>	<u>-3.427</u>
18. Einstellung in die Instandhaltungsrücklage		390.507,01	3.162
19. Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen		0,00	-14.289
20. Bilanzgewinn		<u><u>25.811.943,92</u></u>	<u><u>7.700</u></u>

**Westfälisch-Lippische
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH,
Münster**

ANHANG 2011

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 HGB eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Gem. § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.V. mit § 108 Abs. 1 GO NW und § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages hat sie den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufzustellen.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2010 wurden unverändert übernommen. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Fremdkapitalzinsen wurden bei den Herstellungskosten nicht aktiviert.

Den planmäßigen Abschreibungen lagen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgesehenen Nutzungsdauern zugrunde.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres bereits vorhandenes Sachanlagevermögen wurde weiter linear abgeschrieben, Anlagenzugänge unter den Sachanlagen wurden ebenfalls linear abgeschrieben.

Der in den Jahren 2008 und 2009 gebildete Sammelposten für sonstige geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € wurde im Jahr 2011 weiter linear aufgelöst. Ab dem Jahr 2010 neu angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 410 € wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt bzw. mit dem Buchwert oder dem Zeitwert der jeweiligen Einlage des Gesellschafters. Sofern der beizulegende Wert am Bilanzstichtag niedriger war, wurden die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen.

Die Vorräte wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet.

Das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 IV KStG wurde mit dem Barwert unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4% angesetzt.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

2. Angaben zu Positionen der Bilanz

- a) Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Anlagenspiegel ersichtlich. Die Finanzanlagen betreffen im Einzelnen:

	Stand 31.12.2010	Zugang	Abgang / Abschreibung	Stand 31.12.2011
	€	€	€	€
1. Ardey-Verlag GmbH, Münster	61.355			61.355
2. KEB Holding AG, Dortmund	57.080.685			57.080.685
3. Kommunale Beteiligungsges. RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH, Münster	24.800	19.083	12.521	31.362
4. Kommunale Aktionärsvereinigung RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH, Münster	0	26.740		26.740
5. SBB Dortmund GmbH,	1.487.772			1.487.772
6. Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH, Münster	107.275.649			107.275.649
7. Ausleihung KEB Holding AG, Dortmund	91.663.255			91.663.255
8. Provinzial NordWest Holding AG, Münster	900.000.000			900.000.000
9. WestLB AG, Münster/Düsseldorf	1			1
10. RW Energiebeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	805			805
11. Erste Abwicklungsanstalt	654		654	0
12. Wertpapiere des Anlagevermögens	30.000.000		10.000.000	20.000.000
13. Sonstige Ausleihungen	13.276.219			13.276.219
	1.200.871.195	45.823	10.013.175	1.190.903.844

- b) Gem. § 285 Nr. 11 HGB hat die WLW die Unternehmen gesondert aufzuführen, von denen sie mindestens 20 % der Anteile besitzt.

Der Anteilsbesitz wird durch folgende Aufstellung verdeutlicht:

	Stichtag	Anteil am Kapital	Eigenkapital in T€	Jahresergebnis in T€
Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems mbH, Münster	31.07.2011	100,00%	31	-12
Kommunale Aktionärsvereinigung RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH, Münster	31.12.2010	100,00%	28	0
Ardey-Verlag GmbH, Münster	31.12.2011	100,00%	46	0
SBB Dortmund GmbH, Dortmund	31.12.2010	28,13%	7.786	1.012
Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH	31.12.2011	100,00%	113.130	1.863
Provinzial NordWest Holding AG	31.12.2010	40,00%	1.084.575	74.988

Das Ergebnis 2011 der Ardey-Verlag GmbH ist aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages unverändert von der Gesellschaft übernommen worden.

Die Gesellschaften:

- Ardey-Verlag GmbH
- Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH
- Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems mbH
- Kommunale Aktionärsvereinigung RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH

sind verbundene Unternehmen i. S. des § 271 Abs. 2 HGB.

- c) Die im laufenden Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für mit den Mietern noch nicht endgültig abgerechnete Betriebs- und Nebenkosten wurden als unfertige Leistungen unter den Vorräten aktiviert. Die Vorauszahlungen auf Nebenkosten wurden als erhaltene Anzahlungen passiviert.

Die erhaltenen Anzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

	€
von fremden Dritten	1.298.131
von verbundenen Unternehmen	6.995
vom Gesellschafter LWL	737.456
Summe	2.042.582

- d) Die Forderung gegen verbundene Unternehmen betrifft das Verrechnungskonto mit der Ardey-Verlag GmbH.
- e) Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus dem abgegrenzten Zinsanspruch aus der Ausleihung an die KEB Holding AG.
- f) Die Forderungen gegen den Gesellschafter betreffen mit 379 T€ Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen sowie einen kurzfristigen Liquiditätskredit in Höhe von 140 Mio. €.

g) Für die Forderungen bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	davon mit einer Laufzeit	
	€	bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr
		€	€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	130.674	130.674	
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	120.137	120.137	
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	839.805	839.805	
Forderungen gegenüber dem Gesellschafter	140.227.461	140.227.461	
Sonstige Vermögensgegenstände	7.539.840	6.833.377	706.463
Summen	148.857.916	148.151.453	706.463

h) Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen Steuer- und Versicherungserstattungsansprüche sowie abgegrenzte Zinsen.

i) Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die noch nicht endgültig abgerechneten Anschaffungskosten für Immobilien (984 T€) sowie noch nicht in Anspruch genommene Beträge für das Haftungsrisiko aus dem Risikoschild für die WestLB (5.120 T€), abgegrenzte voraussichtliche Zinsansprüche der Kulturstiftung gGmbH aus einem gewährten partiarischen Darlehen (430 T€) sowie Kosten für die Jahresabschlussprüfung (35 T€) und Urlaubsrückstellungen (11 T€).

Für sämtliche Rückstellungen wird mit einer Inanspruchnahme innerhalb des folgenden Geschäftsjahres gerechnet.

j) Die Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen ein partiarisches Darlehen und kurzfristige Liquiditätsanlagen der Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH und der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft RWE WWE GmbH sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen der Ardey-Verlag GmbH.

k) Die Position Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	T€
Verbindlichkeiten aus Restkaufgeldern	507.372
Übrige Gesellschafterdarlehen	1.609
Summe	508.981

l) Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt €	davon mit einer Laufzeit		
		bis 1 Jahr €	von 1-5 Jahren €	über 5 Jahre €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.121.211	767.066	17.127.467	2.226.678
Erhaltene Anzahlungen	2.042.582	2.042.582		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.107.389	1.107.389		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	55.163.543	55.163.543		
Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter	508.981.360	508.981.360		
Sonstige Verbindlichkeiten	39.017.078	27.513.010	11.504.068	
Summen	626.433.163	595.574.950	28.631.535	2.226.678

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch den Gesellschafter Landschaftsverband Westfalen-Lippe verbürgt. 2,2 Mio. € sind durch Grundschulden gesichert. Die formal kurzfristigen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe gewährten Gesellschafterdarlehen stehen der WLW für den betriebsnotwendigen Zeitraum zu Finanzierungszwecken zur Verfügung.

m) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Nicht passivierte Haftungsverhältnisse gem. § 251 HGB bestanden nicht. Das Bestellobligo zum Bilanzstichtag betrug 8,7 Mio. €.

n) In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Voraus erhaltene Zuschüsse des LWL in Höhe von 1.434 T€ für den Bau von Wohnheimen für betreutes Wohnen enthalten, die aufgrund dieser Zuschüsse günstiger an die jeweiligen Einrichtungen vermietet werden können, sowie im Voraus erhaltene Mieten. (175 T€)

3. Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

- a) Die Mieterträge wurden als Umsatzerlöse sowie die zugehörigen Betriebskosten und Instandhaltungsaufwendungen als Materialaufwand dargestellt.
- b) Die Abschreibungen auf Finanzanlagen erfolgten gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB.
- c) Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Ardey-Verlag GmbH.
- d) Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt 19,25 Angestellte und 0,25 Arbeiter.

4. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 35 T€ an Prüfungshonoraren angefallen.

III. Organe der Gesellschaft

1. Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter Landschaftsverband Westfalen-Lippe wurde in den Gesellschafterversammlungen durch Frau Ursula Ecks, Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, vertreten.

2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat erhielt in 2011 Sitzungsgelder in Höhe von netto 6.900,00 Euro.

Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrats pro Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung 150,00 Euro (netto) gezahlt.

Er setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Mitglieder

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)
- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzender)
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Matthias Löb, Erster Landesrat
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter

Ständiger Gast

- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin

3. Geschäftsführung

- Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück
Herr Strototte erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 153 T€

IV. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresüberschusses aufgestellt. Dabei wurden 390.507,01 € in die Instandhaltungsrücklage eingestellt und 25.811.943,92 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Münster, den 29.02.2012

Westfälisch-Lippische
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

- Der Geschäftsführer -

Bodo Strototte

Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH												
Anlagevermögen zum 31.12.2011												
	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwert					
	01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen +/-	31.12.2011	Zugänge	Zuschreibungen +/-	31.12.2011	31.12.2010			
	€	€	€	€	€	€	€	€	€			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Software	189.955,37	19.366,43	0,00	0,00	209.321,80	11.122,33	0,00	176.328,56	24.749,14			
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	189.955,37	19.366,43	0,00	0,00	209.321,80	11.122,33	0,00	176.328,56	24.749,14			
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	166.907.944,69	7.933.151,35	12.898.822,19	5.378.713,49	167.320.987,34	3.603.946,31	37,20	9.759.365,59	66.285.970,61			
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.032.774,54	24.144,29	0,00	0,00	1.056.918,83	47.068,92	0,00	906.140,26	173.703,20			
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.479.007,45	4.479.430,17	72.823,51	-5.378.713,49	5.506.900,62	37,20	0,00	-37,20	0,00			
Summe Sachanlagen	174.419.726,68	12.436.725,81	12.971.645,70	0,00	173.884.806,79	3.651.015,23	0,00	9.759.365,59	67.192.110,87			
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	111.459.721,20	45.822,57	3.432.167,64	24.800,00	108.098.176,13	4.122.717,13	0,00	3.432.167,64	703.069,94			
2. Beteiligungen	992.236.566,88	0,00	653,64	-24.800,00	992.211.113,24	33.641.850,00	0,00	0,00	33.641.850,00			
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	91.663.255,29	0,00	0,00	0,00	91.663.255,29	0,00	0,00	0,00	91.663.255,29			
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	30.000.000,00	0,00	-10.000.000,00	0,00	20.000.000,00	0,00	0,00	0,00	20.000.000,00			
5. Sonstige Ausleihungen	13.276.219,23	0,00	0,00	0,00	13.276.219,23	0,00	0,00	0,00	13.276.219,23			
Summe Finanzanlagen	1.238.635.762,60	45.822,57	13.432.821,28	0,00	1.225.248.763,89	37.764.567,13	0,00	3.432.167,64	34.344.919,94			
Summe Anlagevermögen	1.413.245.444,65	12.501.914,81	26.404.466,98	0,00	1.398.342.892,48	111.230.234,59	0,00	13.191.533,23	101.713.359,37			
									1.190.903.843,95			
									1.200.871.195,47			
									1.302.015.210,06			

**Westfälisch-Lippische
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH,
Münster**

LAGEBERICHT 2011

I. Bericht über die öffentliche Zwecksetzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Satzungsgemäß hält die Gesellschaft in diesem Sinne Beteiligungen an Unternehmen mit regionaler Bedeutung im Gebiet des LWL. Insbesondere die Versorgung mit leitungsgebundener Energie und öffentlichen Verkehrsdienstleistungen gehört zu den Kernaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Daneben ist die WLW an weiteren Unternehmen gemäß § 5 Abs. 1 c) Nr. 1 – 3 der Landschaftsverbandsordnung (LVerbO NRW) beteiligt und nimmt die Funktion einer Beteiligungsholding für den LWL wahr. Im Verbandsgebiet des LWL plant und errichtet die WLW Immobilien, die der Aufgabenerfüllung des LWL dienen.

II. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft haben die Dividendenerträge aus den Beteiligungen im Versorgungsbereich. Zudem leisten auch die Geschäftsaktivitäten im Immobilienbereich einen stabilen Ergebnisbeitrag.

Die Beteiligungserträge belaufen sich im Berichtsjahr auf rd. 37,6 Mio. € nach rd. 25,0 Mio. € im Vorjahr. Diese deutliche Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus höheren Ausschüttungen der KEB Holding AG (+ 9,8 Mio. €) sowie der Provinzial NordWest Holding AG (+ 2,8 Mio. €). Die Beteiligung an der Ersten Abwicklungsanstalt wurde im Berichtsjahr vollständig ausgebucht, da die Anteile der WLW mit der Vollintegration der Wohnungsbauförderungsanstalt in die NRW.Bank vollständig auf das Land NRW übergegangen sind.

Der aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages auszugleichende Jahresfehlbetrag der 100%igen Tochtergesellschaft Ardey-Verlag GmbH erhöhte sich um ca. 65 T€ auf rd. 388 T€.

Die WLW hat am 05.10.2011 die Beteiligung des LWL sowie alle übrigen Anteile an der Kommunale Aktionärsvereinigung RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH übernommen. Ebenso wurden an diesem Tag sämtliche Anteile an der Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH erworben. Beide nicht mehr aktiv tätigen Gesellschaften können nun innerhalb eines Zeitraumes von rd. 2-3 Jahren abgewickelt werden.

Die Mieterträge erreichten im Berichtsjahr rd. 10,4 Mio. € und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € an. In Planung und Ausführung befinden sich derzeit Objekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rd. 60 Mio. €.

Mitte 2011 wurde ein Bürogebäude in Minden veräußert. Der Buchgewinn aus dem Verkauf und eine Ausgleichszahlung des Mieters sind mit ca. 6 Mio. € in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Ebenfalls wurde der für dieses Gebäude in der Instandhaltungsrücklage anteilig enthaltene Betrag aufgelöst und mit dem neu zu bildenden Betrag für die anderen Immobilien verrechnet, so dass die Einstellung in die Instandhaltungsrücklagen für 2011 im Vergleich zu den Vorjahren sehr niedrig ausfällt.

Die WLV erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 26,2 Mio. €, nachdem im Vorjahr noch ein Jahresfehlbetrag von 3,4 Mio. € erwirtschaftet wurde. Neben den gestiegenen Beteiligungserträgen (+ 12,6 Mio. €) ist dies im Wesentlichen noch auf gestiegene Buchgewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen (+ 5,6 Mio. €) zurückzuführen. Darüber hinaus waren keine derart hohen Abschreibungen auf Finanzanlagen notwendig wie noch im Vorjahr (+ 6,4 Mio. €) und an Verlusten waren 4,3 Mio. € weniger zu übernehmen. Nach Einstellung in die Instandhaltungsrücklage in Höhe von 391 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn von 25,8 Mio. €. Die Dotierung der Instandhaltungsrücklage folgt dem Grundsatz sorgfältiger kaufmännischer Kalkulation und dient der Vorsorge für die mittel- und langfristig anstehenden Instandhaltungsaufwendungen im Immobilienbestand der WLV. Der im Vorjahresvergleich sehr niedrige Wert resultiert aus einer Auflösung (s.o.).

Nach wie vor ist das Vermögen der WLV überwiegend im Anlagevermögen gebunden. Die Anlagenintensität ist mit 89,3% gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt neben dem Eigenkapital (819,1 Mio. €; Vj.: 800,6 Mio. €) im Wesentlichen durch Darlehen des Gesellschafters LWL (509,0 Mio. €, Vj.: 510,5 Mio. €) sowie durch ein langfristiges Darlehen der Tochter Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH und durch mittel- bis langfristige Darlehen verschiedener Banken. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit sichergestellt. Unter Einbeziehung der Gesellschafterdarlehen als eigenkapitalähnliche Mittel ergibt sich eine Eigenkapitalquote von gut 91%, die angesichts der besonders kapitalintensiven Geschäftsbereiche der Gesellschaft als gut bezeichnet werden kann.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die WLV verfügt über ein der Größe des Unternehmens angemessenes, integriertes EDV-System auf SAP-Basis für Anlagen- und Finanzbuchhaltung sowie Controlling. Die Geschäftsführung ist jederzeit in der Lage, Auswertungen zu erstellen, welche eine zeitnahe Analyse der aktuellen finanziellen Situation des Unternehmens ermöglichen. Das in 2009 eingeführte, formalisierte Risikomanagementsystem wurde im Berichtsjahr weiter verfeinert, für die Folgejahre sind fortlaufende Aktualisierungen vorgesehen.

Nennenswerten Belastungen aus dem Beteiligungsportfolio sind nicht zu erwarten. Chancen und Risiken liegen hier in der Entwicklung der Beteiligungserträge sowie der am Kapitalmarkt erzielbaren Renditen für Geldanlagen.

Das Immobiliengeschäft der Gesellschaft läuft stabil und wird stetig ausgebaut. Risiken liegen hauptsächlich in schlecht kalkulierbaren Nachfolgenutzungen (Leerstandsrisiko bzw. niedrigere Mieten) nach Auslaufen von Pachtverträgen.

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen können, sind nicht zu erkennen.

IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WLW nicht zu verzeichnen.

V. Ausblick

Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2012 von Beteiligungserträgen von ca. 30,04 Mio. € aus, für das Geschäftsjahr 2013 werden ebenfalls rd. 30,0 Mio. € als Beteiligungsertrag erwartet.

Aufgrund des Erwerbs und der Fertigstellung weiterer Immobilien erwartet die Geschäftsführung einen Anstieg der Mieterträge auf voraussichtlich 10,9 Mio. € in 2012 und 12,0 Mio. € in 2013. Wesentliche Mietausfälle werden nicht gesehen, da der Hauptteil der Immobilien an den LWL vermietet ist.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die WLW auch zukünftig ein mindestens ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaften kann.

Münster, den 29.02.2012

Westfälisch-Lippische
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

– Der Geschäftsführer –

Bodo Strototte

Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH

Jahresabschluss und Lagebericht

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVSEITE

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	1.916,64	4.081,16
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	10.278.616,97	10.496.862,55
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	243.270,18	236.598,75
3. Technische Anlagen	188.466,95	54.354,40
4. Einrichtungen und Ausstattungen	414.881,06	557.316,38
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	94.735,40	0,00
	<u>11.219.970,56</u>	<u>11.345.132,08</u>
	11.221.887,20	11.349.213,24
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.400,00	8.400,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	768.949,96	802.631,67
2. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	3.695,27	3.292,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	27.883,04	1.753,06
	<u>800.528,27</u>	<u>807.676,73</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.768.827,31	7.764.289,12
	9.577.755,58	8.580.365,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.714,24	1.563,42
	<u>20.802.357,02</u>	<u>19.931.142,51</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51	30.677,51
II. Kapitalrücklage	1.635.954,12	1.635.954,12
III. Gewinnvortrag	2.752.364,73	2.124.266,97
IV. Jahresüberschuss	850.639,10	628.037,76
	<u>5.269.575,46</u>	<u>4.418.936,36</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	9.522.317,02	9.742.370,77
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	110.339,83	113.523,77
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	102,08	137,08
	<u>9.632.758,93</u>	<u>9.856.031,62</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	5.038.798,84	4.938.428,58
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	140.367,58	97.118,89
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 140.367,58		(97.118,89)
2. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	610.137,71	499.598,35
davon nach der BPfIV € 268.159,65		(70.635,00)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 610.137,71		(499.598,35)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.088,96	19.827,60
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 5.088,96		(19.827,60)
4. Sonstige Verbindlichkeiten	105.629,54	101.201,11
davon aus Steuern € 57.510,79		(64.307,82)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 105.629,54		(101.201,11)
	<u>861.223,79</u>	<u>717.745,95</u>
	<u>20.802.357,02</u>	<u>19.931.142,51</u>

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2 0 1 1		2010	
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen		6.852.305,47		6.762.635,27
2. Erlöse aus Wahlleistungen		8.159,70		11.134,24
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses		693.275,76		577.789,41
4. Nutzungsentgelte der Ärzte		472,85		1.897,42
5. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand		83.171,35		324,64
6. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre € 24.147,00		297.221,66		345.176,58
				<u>(28.768,00)</u>
			7.934.606,79	7.698.957,56
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.229.619,53			4.090.262,56
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 274.757,50	967.297,76			1.319.865,90
				<u>(665.998,14)</u>
		5.196.917,29		5.410.128,46
8. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	688.751,02			623.509,18
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	351.447,82			349.211,61
		<u>1.040.198,84</u>		<u>972.720,79</u>
			6.237.116,13	6.382.849,25
Zwischenergebnis			1.697.490,66	1.316.108,31
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG € 129.837,24		129.837,24		178.028,15
				<u>(121.752,15)</u>
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		434.278,39		460.115,92
			564.115,63	638.144,07
Zwischenergebnis			2.261.606,29	1.954.252,38
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonder- posten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		124.560,13		173.325,31
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen		8.744,77		7.230,98
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen		438.197,06		462.883,79
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen		916.441,00		745.367,66
			1.487.942,96	1.388.807,74
Zwischenergebnis			773.663,33	565.444,64
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			77.381,77	63.392,99
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			851.045,10	628.837,63
17. Steuern			406,00	799,87
18. Jahresüberschuss			850.639,10	628.037,76

Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, Detmold

Anhang

I. ALLGEMEINE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

1. Allgemeine Angaben

Die Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH in Detmold ist Trägerin des Krankenhauses, das mit 127 Planbetten / Plätze in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen wurde und in den Anwendungsbereich der Bundespflegesatzverordnung (BPFV) fällt. Als Zweckbetrieb ist das Krankenhaus gem. § 67 AO von der Körperschaftsteuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG befreit. Die Gliederung der Bilanz zum 31. Dezember 2011 und der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 entspricht den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV).

Die Gesellschaft wurde mit notariellem Vertrag vom 26. August 1997 (UR 215/97) errichtet und hat zu diesem Zeitpunkt ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Am Stammkapital von Tsd. € 30,7 sind der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) mit 2/3 und der Kreis Lippe mit 1/3 beteiligt. Die Stammeinlagen waren bar zu erbringen.

Die Gesellschaft ist nunmehr Trägerin von 2 Betriebsstätten der vollstationären und tagesklinischen Behandlung in den Stadtgebieten von Detmold und Horn-Bad Meinberg (nur Tagesklinik).

Die Gesellschaft erfüllt hinsichtlich der Bilanzsumme, der Umsatzerlöse und der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer die Merkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB.

Die Wertansätze in der Bilanz zum 31. Dezember 2010 wurden unverändert übernommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

II BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr 2011 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer im Jahr der Anschaffung zeitanteilig linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer der abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entspricht im Regelfall den steuerlichen Tabellen (Ausnahme Gebäude: 50 Jahre). Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden im Abstand von 3 Jahren durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt und zu Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag bewertet. Als Verbrauchsfolge wird unterstellt, dass die zuerst beschafften Güter auch zuerst verbraucht werden. Für die Vorräte 2011 wurde ein Festwert auf der Basis des Wertes 31. Dezember 2009 abgebildet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zu Nennwerten bilanziert. Für Forderungen, deren Realisierung unsicher erscheint, wurden angemessene Einzelwertberichtigungen abgesetzt. Für das in den Forderungen enthaltene allgemeine Kreditrisiko wurde darüber hinaus eine Pauschalwertberichtigung in ausreichender Höhe von den Forderungen abgesetzt.

In die Sonderposten wurden die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendeten Investitionszuschüsse eingestellt. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Die Sonderposten werden jährlich in der Höhe ertragswirksam aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegütern entspricht. Damit werden diese Abschreibungen im Jahresabschluss neutralisiert.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten alle bekannten Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die in Vorjahren gebildete Aufwandsrückstellung nach § 249 Abs. 2 HGB a.F. für Großreparaturen von T€ 1.032 wurde im Berichtsjahr in Höhe von T€ 10 in Anspruch genommen und in Höhe von T€ 3 aufgelöst.

Für die Mitarbeiter bestehen mittelbare Versorgungszusagen für die Altersversorgung bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Die Zusatzversorgungskasse ist eine Sonderkasse der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Zweck der Versorgungskasse ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder durch Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Zusatzversorgungskasse ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Umlagen finanziert. Die Höhe des Umlagensatzes beträgt 4,5 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld in Höhe von 3 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der der Umlage zugrunde liegenden Löhne und Gehälter rd. 3,7 Mio. €. Das Sanierungsgeld dient der Schließung der Deckungslücke und wird auch noch in den kommenden fünf Jahren erhoben. Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 EGHGB seit dem Berichtsjahr 2010 mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die sonstigen Vermögenswerte wurden mit den Nennwerten, die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

III ANGABEN UND ERLÄUERTUNGEN ZUR BILANZ

1. Aktivseite

Die Aktivierung von Gegenständen des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Vorsteuer. Die Abschreibungen erfolgten linear und wurden systemkonform durch Entnahme aus dem Sonderposten neutralisiert.

Bilanzposten	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Stand 1.1.2011	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Stand 31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	55.626,82	0,00	0,00	0,00	55.626,82
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	12.033.615,74	0,00	0,00	0,00	12.033.615,74
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	236.598,75	6.671,43	0,00	0,00	243.270,18
3. Technische Anlagen	163.231,93	157.976,81	0,00	0,00	321.208,74
4. Einrichtungen und Ausstattungen	1.805.016,83	53.028,89	0,00	17.687,01	1.840.358,71
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	94.735,40	0,00	0,00	94.735,40
	14.238.463,25	312.412,53	0,00	17.687,01	14.533.188,77
	14.294.090,07	312.412,53	0,00	17.687,01	14.588.815,59

kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte		
Stand 1.1.2011	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2011	Stand Vorjahr
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
7	8	9	11	12	13	14
51.545,66	2.164,52	0,00	0,00	53.710,18	1.916,64	4.081,16
1.536.753,19	218.245,58	0,00	0,00	1.754.998,77	10.278.616,97	10.496.862,55
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	243.270,18	236.598,75
108.877,53	23.864,26	0,00	0,00	132.741,79	188.466,95	54.354,40
1.247.700,45	193.922,70	0,00	16.145,50	1.425.477,65	414.881,06	557.316,38
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	94.735,40	0,00
2.893.331,17	436.032,54	0,00	16.145,50	3.313.218,21	11.219.970,56	11.345.132,08
2.944.876,83	438.197,06	0,00	16.145,50	3.366.928,39	11.221.887,20	11.349.213,24

Im Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite der Bilanz sind zum Bilanzstichtag Zahlungen an die Lippische Landes-Brandversicherung in Höhe von T€ 1,1 enthalten.

2. Passivseite

Die Rückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>T€</u>
Ausgleiche Vorjahre	2.614
Aufwandsrückstellung gem. § 249 Abs.2 HGB a.F.	1.009
Personalkosten	959
OK-MDK Fälle	56
Archivierung	32
Ausstehende Eingangsrechnungen	25
Prüfungs- und Abschlusskosten	18
Sonstige Rückstellungen	<u>325</u>
	<u>5.038</u>

Die Strukturierung der Verbindlichkeiten nach Fälligkeit ergibt sich wie folgt:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Sicherheiten
	< 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	> 5 Jahr EUR	
1. aus Lieferungen und Leistungen	140.367,58	0,00	0,00	keine
2. nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	610.137,71	0,00	0,00	keine
3. gegenüber verbundenen Unternehmen	5.088,96	0,00	0,00	keine
4. Sonstige Verbindlichkeiten	105.629,54	0,00	0,00	keine
Gesamt	861.223,79	0,00	0,00	

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, liegen nicht vor.

IV ERLÄUERTUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von € 172.744,06 enthalten. € 140.625,22 resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen.

In den Positionen 9 bis 13 wird die erfolgsneutrale Behandlung der Erträge aus der Zuweisung von Fördermitteln zur Finanzierung des Sachanlagevermögens und der Abschreibungen – soweit es sich um solche für geförderte Anlagegüter handelt – entsprechend der Ausweisvorschrift der KHBV ausgewiesen.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe € 53.326,77 enthalten. Hiervon resultieren € 24.878,83 aus Abschreibungen auf Forderungen.

V ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG

Die Geschäftsführung schlägt vor (in Übereinstimmung mit der Gesellschafterversammlung), den Jahresüberschuss 2011 in Höhe von T€ 858 auf neue Rechnung vorzutragen.

VI SONSTIGE ANGABEN

Leitungs- und Aufsichtsorgane und ihre Bezüge

Geschäftsführer der Gesellschaft im Jahr 2011 waren:

- Herr Thomas Fehnker, Detmold, Kaufmännischer Geschäftsführer (bis 31.3.2012),
- Herr PD Dr. Hans-Jörg Assion, Schwerte, Ärztlicher Geschäftsführer (bis 31.12.2011).

Dem Gesellschafterausschuss gehörten an:

- Herr Stahl, Münster
- Herr John, Detmold
- Herr Prof. Dr. Kronmüller, Gütersloh
- Frau Schüte, Lemgo.

Die Mitglieder des Gesellschafterausschusses erhielten keine Vergütung.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Geschäftsführung werden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht genannt.

Angabe nach § 42 Abs. 3 GmbHG

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind solche gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 9,8 (Vorjahr: TEUR 1) enthalten.

Anzahl Mitarbeiter

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 118,5 Arbeitnehmer beschäftigt, die sich nach Gruppen wie folgt aufgliedern:

-	Ärztlicher Dienst	14,25
-	Pflegedienst	59,50
-	Med.-Techn. Dienst	26,75
-	Funktionsdienst	9,00
-	Klinisches Hauspersonal	2,00
-	Wirtsch. u. Versorg.Dienst	1,00
-	Technischer Dienst	3,00
-	Verwaltungsdienst	<u>3,00</u>
		<u>118,50</u>

Detmold, am 23. März 2012

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Thomas Fehnker
Kfm. Geschäftsführer

Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, Detmold

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2011 war geprägt von verschiedenen Gesetzesänderungen sowie den Nachwirkungen der Tarifvereinbarungen der Vorjahre. Dieses führte zu weiteren finanziellen Belastungen (z. B. Preissteigerungen, höhere Personalkosten) und somit dazu, dass sich die Ertragslage der Krankenhäuser in 2011 ungünstig entwickelt hat. Die Veränderungsrate für 2011 beträgt lediglich 0,90 % und reicht nicht aus, die Kostensteigerung zu kompensieren. Auch für das Jahr 2012 ist damit zu rechnen, dass die Veränderungsrate nicht in voller Höhe von den Kostenträgern an die Krankenhäuser weitergegeben wird.

2. Branchenentwicklung mit Einfluss auf das Unternehmen

In vielfältigen „Reformen des Gesundheitswesens“ in der Vergangenheit haben sich nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Leistungserbringung für Krankenhäuser zum Teil erheblich verändert. Die Konsequenz ist die nicht vollständige Deckung der Kosten insbesondere der tariflichen Entwicklung, aber auch der höheren Leistung.

In 2011 haben insbesondere folgende Sachverhalte die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser geprägt:

- unterschiedliche Bewertung von Leistungssteigerungen bzw. -kürzungen der vereinbarten Budgets durch die Kostenträger und die Krankenhäuser
- weitere Verlagerung von stationären Leistungen in den ambulanten Bereich und vermehrte Prüfung der Zulässigkeit von stationären Aufenthalten durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen
- Personal- und Sachkostensteigerungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen wie auch der Tarifabschlüsse
- steigende Energiekosten
- stärkerer Aufwand für Dokumentation
- verändertes Nachfrageverhalten der Patienten.

Auch im Berichtsjahr hat die Budgetdeckelung bei der Bemessung des Budgets ihren Niederschlag gefunden. Die Krankenhäuser wurden nicht in die Lage versetzt, die Personal- und Sachkostensteigerungen durch die Budgeterhöhung aufzufangen. Es ist festzuhalten, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser aufgrund der restriktiven Politik auch in 2011 nicht verbessert haben.

Im Geschäftsjahr zeigte sich, dass die Frage der Auslastung der Krankenhäuser eine entscheidende Rolle in den Budgetverhandlungen einnehmen wird, darüber hinaus die Vorbereitung auf den Umstieg auf ein pauschaliertes Entgeltsystem. Dieses ist insbesondere vor dem Hintergrund der Mehrerlösausgleiche und der eher geringen Bettenzahl der psychiatrischen Krankenhäuser in der Region von Bedeutung.

Nicht nur die Refinanzierung der laufenden Aufwendungen, auch die Deckung der Mittel aus dem investiven Bereich wird immer schwieriger. So hat die Umwandlung der in der Vergangenheit vorherrschenden Form der Einzelantragsförderung mit Inkrafttreten des KHGG NRW zum 01.01.2008 auf eine pauschalierte Lösung (Baupauschale) dazu geführt, dass sich die Investivmittel des Landes an den vereinbarten Bewertungsrelationen bzw. den voll- und teilstationären Belegungstagen bemessen. Diese bilden somit die zentrale Kenngröße. Die Landesregierung stellt nun für jeden Punkt der Bewertungsrelationen bzw. Belegungstage einen festen Betrag den Krankenhäusern zur Verfügung. Dies gilt auch bei der Pauschalförderung, auch hier erfolgte eine Neuerung und Umstellung, weg vom Planbett hin zu den Bewertungsrelationen bzw. dem Belegungstag. Somit können anstehende Baumaßnahmen nicht mehr vollständig durch Landesmittel finanziert oder erst deutlich später in Angriff genommen werden. Diese gravierenden Änderungen erfordern von den Krankenhäusern, neue Wege zu gehen und alternative Finanzierungsstrategien zu entwickeln. Anzumerken ist, dass diese gesetzliche Umstellung allerdings zu keiner Erhöhung der Fördersummen führen wird.

3. Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft hat am 1. Mai 2003 die Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Die Gesellschaft verfügt über 64 vollstationäre Betten (+ 18 vollstationäre Betten im Rahmen des geplanten Neubaus) und 25 tagesklinische Plätze in Detmold sowie 20 tagesklinische Plätze in Horn-Bad Meinberg, die in den Krankenhausplan Nordrhein-Westfalen aufgenommen sind. Sie hat die Pflichtversorgung für die Erwachsenenpsychiatrie des Südkreises Lippe mit den Kommunen Augustdorf, Blomberg, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Leopoldshöhe, Lügde, Oerlinghausen, Schieder-Schwalenberg und Schlangen ab 1. Oktober 2003 übernommen. Darüber hinaus gehört eine psychiatrische Institutsambulanz zur Gesellschaft.

Der Wirtschaftsplan für 2011 wurde am 23. November 2010 von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Die Budgetverhandlung 2011 wurde mit Schreiben vom 29. Juni 2011 von der Bezirksregierung Detmold genehmigt.

3.1 Belegungsentwicklung und Budget

Im Geschäftsjahr 2011 konnten 23.314 vollstationäre Berechnungstage und 11.201 teilstationäre Berechnungstage erzielt werden. Damit wurde im vollstationären Bereich eine Auslastung von 99,8 % (Vorjahr: 99,2 %) und im teilstationären Bereich der Tagesklinik Detmold eine Auslastung von 100,4 % (Vorjahr: 98,2 %) erzielt. Die Tagesklinik in Bad Meinberg erzielte 2011 eine Auslastung von 96,8 % (Vorjahr 96,1 %).

Den Ist-Leistungen stehen 22.394 Berechnungstage im vollstationären Bereich und 10.531 Berechnungstage im teilstationären Bereich aus der Budgetvereinbarung gegenüber. Es zeigt, dass das gpz mit seiner Leistung über den mit den Sozialleistungsträgern vereinbarten Werten liegt.

Der Vergleich der wesentlichen Leistungsdaten der gpz GmbH aus dem Jahr 2010 mit dem Jahr 2011 lässt folgende Veränderungen erkennen:

	2010	2011	Diff.
Belegungstage vollstationär	23.182	23.314	132
Belegungstage teilstationär	11.033	11.201	167
vollstationäre Patienten	1.098	1.048	- 50
teilstationäre Patienten	371	365	-6

Die Verweildauer in der Klinik im vollstationären Bereich lag im Jahr 2011 bei 22,3 Tagen und damit um 1,2 Tage über der im Vorjahr.

Die Entwicklung der Leistungszahlen zeigt deutlich, dass das gpz seinen Versorgungsauftrag übererfüllt hat und bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz hat.

3.2 Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von ca. T€ 312 getätigt. Für Einrichtungen und Ausstattungen in Betriebsbauten wurde ein Betrag in Höhe von ca. T€ 53 verwandt.

3.3 Personal- und Sozialbereich

Im Jahresdurchschnitt waren im gpz 95,9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. 12 Mitarbeiter wurden im Jahr 2003 im Rahmen der Übernahme der Tagesklinik und Institutsambulanz von der LWL-Klinik Gütersloh übernommen. Für diese Mitarbeiter wird der BAT-LWL bezahlt. Alle anderen Mitarbeiter werden nach Individualverträgen vergütet. Im Berichtsjahr stand wie auch in allen anderen Krankenhäusern die Vergütung der Mitarbeiter im Fokus der Betrachtung. Diese ergibt sich aus den Tarifabschlüssen für ärztliche Mitarbeiter mit dem Marburger Bund und dem Tarifabschluss der nichtärztlichen Mitarbeiter im Rahmen des TVöD. Da im gpz eine tarifliche Bindung nicht besteht, wurde im Jahr 2010 mit den Mitarbeitergruppen eine Vereinbarung getroffen, die sich an den Tarifabschlüssen anderer Einrichtungen orientiert.

3.4 Interne Organisation

Die interne Organisation spiegelt die Struktur wieder, welche im Landeskrankenhausgesetz verankert ist. So besteht die Betriebsleitung aus dem ärztlichen Direktor (Ärztlicher Geschäftsführer), dem Pflegedienstleiter und dem Leiter des Wirtschafts- und Verwaltungsdienstes (Kaufmännischer Geschäftsführer). Die Betriebsleitung ist für die Führung des Unternehmens gegenüber dem Träger und auch Dritten verantwortlich.

Der Betriebsleitung steht der Gesellschafterausschuss zur Seite. Es handelt sich um ein Gremium der Gesellschaft, welches satzungsgemäß aus vier Mitgliedern besteht und paritätisch aus dem Kreis der Gesellschafter benannt ist. Er hat die Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen und Beschlüsse, welche der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, vorzubereiten.

Die Gesellschafterversammlung stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Grundsätzliche Angelegenheiten wie z. B. Feststellung des Jahresabschlusses sind ihr vorbehalten. Die Gesellschafterversammlung besteht aus 8 Mitgliedern, welche sich paritätisch aus der Landschaftsversammlung und dem Kreistag zusammensetzen. Ihr gehören der/die Landrat/Landesrätin an.

Die Gesellschafterversammlung und der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses erhalten regelmäßig die Plan- und Ist-Werte der Belegungsdaten, d.h. die Berechnungstage, die Fallzahlen, die durchschnittliche Verweildauer sowie die Plan- und Ist-Kosten und -erlöse, die Liquiditätsbetrachtung, Erlös- und Kostenrechnung stationär und ambulant. Ebenfalls erfolgt ein Bericht über die Fördermittel.

3.5 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das gpz weist für das Jahr 2011 einen Jahresüberschuss von 851 T€ aus (im Vorjahr Jahresüberschuss von 628 T€).

Die höheren Erträge aus stationärer Krankenhausleistung sind u. a. auf die Erhöhung des Budgets bedingt durch die Grundlohnsummensteigerungsrate sowie die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erlösausgleiche zurückzuführen.

Auch das positive Finanzergebnis hat zu dem Jahresüberschuss beigetragen.

Auf der Aufwandsseite ist eine wesentliche Einflussgröße auf das Jahresergebnis die Entwicklung der Personalkosten. Ein wesentlicher Teil resultiert aus der mit den Mitarbeitern getroffenen Vereinbarung zur Erhöhung der Vergütung. Ausschlaggebend war dabei die tarifliche Vereinbarung in anderen Krankenhäusern mit dem Marburger Bund für die ärztlichen Mitarbeiter, aber auch die Erhöhung des TVöD für nichtärztliche Mitarbeiter.

Durch den im Jahr 2011 erzielten Jahresüberschuss hat sich die Finanzierungsstruktur weiterhin verbessert. Dieses darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch zukünftig die Mittelzuflüsse nicht ausreichen werden, um die Refinanzierung von Investitionen aufgrund verstärkter eigenfinanzierter Investitionen zu decken. Gerade die geänderte Investitionsfinanzierung des Landes zeigt deutlich, dass den Krankenhäusern in NRW ein stärkeres Eigenengagement gegenüber den Vorjahren abverlangt wird. Es lässt sich schon jetzt erkennen, dass durch die seitens des Landes vorgenommene Änderung der Finanzierung die Krankenhäuser in Vorleistung treten müssen und damit die Jahresergebnisse negativ beeinflusst werden.

Anhand ausgesuchter Zahlen lässt sich die Vermögens- und Ertragslage wie folgt darstellen:

	31.12.2011 rd. T€	31.12.2010 rd. T€
Anlagevermögen	11.222	11.349
Eigenkapital	5.270	4.419
Bilanzsumme	20.802	19.931
	2011 rd. T€	2010 rd. T€
Ordentliche Erträge	7.761	7.438
Ordentliche Aufwendungen	7.104	6.719
Materialaufwand	1.040	973
Jahresüberschuss	851	628

Die Entwicklung des Jahres 2011 kann angesichts der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der schwierigen Ausgangsvoraussetzungen für die Budgetverhandlung als günstig bezeichnet werden.

II. Chancen und Risiken

Das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG), welches im Jahr 2009 verabschiedet wurde, hatte für die Psychiatrie als wesentlichen Aspekt die verbesserte Ausstattung der Krankenhäuser mit Stellen gemäß der Psychiatriepersonalverordnung (PsychPV). Dem Gesetz folgend sollten die Krankenhäuser einen Anspruch auf eine 90%ige Besetzung haben. Dieses wurde auch im Geschäftsjahr von den Krankenhäusern eingefordert.

Darüber hinaus beabsichtigt die Bundesregierung, die Vergütung der stationären psychiatrischen Behandlung zu verändern. Mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) wurde im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) der § 17d KHG zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen eingefügt. Es soll 2013 ein Entgeltsystem eingeführt werden, welches sich an der Erkrankung der Patienten orientiert. Dazu sind den Krankenhäusern seit Mitte des Jahres 2010 umfassende Daten über die Therapie an die Sozialleistungsträger zu übermitteln, welche dann die Basis zur Kalkulation der Entgelte darstellen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, insbesondere in der Somatik, zeigen, dass dem gestiegenen Dokumentationsaufwand kaum zusätzliche Einnahmen gegenüberstehen. Ebenso kann nicht davon ausgegangen werden, dass in der Gesamtheit den psychiatrischen Krankenhäusern mehr Finanzmittel zur Verfügung stehen werden.

Zum Anfang des Jahres 2012 wurde das im Herbst und Winter 2011 stark diskutierte Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG) verabschiedet. Das Ziel der Bundesregierung liegt darin, die erwartete Ausgabensteigerung in der GKV zu verringern. Dazu wurde im Krankenhausbereich im Wesentlichen die Begrenzung der Budgeterhöhung diskutiert. Um das zu erreichen, sollte der Anstieg der Budgets durch eine geringe Grundlohnrate und eine Reduzierung der Finanzierung von Mehrleistungen reduziert werden. Festgelegt wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens, dass die Grundlohnrate im Jahr 2012 um 0,50 % reduziert wird. Somit steht den psychiatrischen Krankenhäusern eine Budgeterhöhung von 1,48 % zu. Ebenfalls kann davon ausgegangen werden, dass der gesetzlich vorgesehene Tarifausgleich mit 0,40 % zum Tragen kommt.

Die gute Akzeptanz des gpz zeigt sich auch durch die Belegung des Krankenhauses über das Jahr 2011 hinaus und bildet die Ausgangslage für das Jahr 2012.

Zur Ergänzung des bisherigen Leistungsangebots des gpz und dem Grundkonzept des gpz Rechnung tragend sind Kooperationen mit komplementären Einrichtungen anzustreben.

Außerdem beabsichtigt die gpz GmbH, am jetzigen Standort Detmold (Hohenloh) ein neues Gebäude zu errichten. In dem neuen Gebäude sollen zwei Pflegestationen - bevorzugt in zwei Geschossen - sowie zusätzliche Therapieräume entstehen. Eine ebenerdige Station mit 18 Behandlungsplätzen (Betten) soll künftig für gerontopsychiatrische Patienten geschaffen werden, damit die vorhandene Station 3 künftig 16 Behandlungsplätze für Suchterkrankungen beherbergt.

Auch für die Jahre 2012 und 2013 ist mit einem positiven Jahresergebnis zu rechnen, wobei aufgrund des Erweiterungsbaus die Kosten der Finanzierung des Gebäudes das Ergebnis beeinflussen werden.

III. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

Westfälische Werkstätten GmbH
- Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen -

Jahresabschluss und Lagebericht

Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVSEITE

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software-Lizenzen	178,00	2.176,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.586.790,00	2.689.368,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	50.422,00	50.972,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	173.948,00	217.426,00
	<u>2.811.160,00</u>	<u>2.957.766,00</u>
	2.811.338,00	2.959.942,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.491,78	5.310,00
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	31.425,29	20.858,00
	<u>37.917,07</u>	<u>26.168,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	263.907,94	324.119,23
davon gegen Gesellschafter € 169.921,73		(211.654,56)
2. Sonstige Vermögensgegenstände	10.409,13	81.266,99
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00		(63.038,32)
	<u>274.317,07</u>	<u>405.386,22</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	507.434,45	369.430,09
	819.668,59	800.984,31
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.386,15	1.213,97
	<u>3.632.392,74</u>	<u>3.762.140,28</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.750,00	25.750,00
II. Kapitalrücklage	882.107,00	882.107,00
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	628.827,43	724.263,20
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	3.527,47	- 95.435,77
	<u>1.540.211,90</u>	<u>1.536.684,43</u>
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	<u>1.388.618,00</u>	<u>1.445.570,00</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>323.330,59</u>	<u>311.872,41</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	95.300,00	115.100,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 19.800,00		(19.800,00)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.765,90	111.736,33
davon gegenüber Gesellschaftern € 25.519,27		(22.555,60)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 59.765,90		(111.736,33)
3. Sonstige Verbindlichkeiten	225.166,35	241.177,11
davon gegenüber Gesellschaftern € 151.307,16		(161.367,50)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 86.327,55		(91.794,03)
davon aus Steuern € 27.491,73		(20.266,05)
	<u>380.232,25</u>	<u>468.013,44</u>
	<u>3.632.392,74</u>	<u>3.762.140,28</u>

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2 0 1 1		2010
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	2.961.446,48		3.128.794,67
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.875,28		0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.089.305,25		1.084.923,91
		4.052.627,01	4.213.718,58
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	129.226,84		272.899,56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	63.062,73		37.312,14
		192.289,57	310.211,70
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.797.859,10		1.832.601,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.255.728,68		1.250.592,16
davon für Altersversorgung € 115.170,21			(112.853,26)
		3.053.587,78	3.083.193,74
		3.245.877,35	3.393.405,44
Zwischenergebnis		806.749,66	820.313,14
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	56.952,00		59.314,00
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	254.130,78		257.420,32
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	589.942,08		656.284,15
		- 787.120,86	- 854.390,47
Zwischenergebnis		19.628,80	- 34.077,33
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	981,33		1.372,49
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.082,66		13.683,10
davon aus Aufzinsung € 9.628,66			(6.225,91)
		- 16.101,33	- 12.310,61
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.527,47	- 46.387,94
12. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	49.047,83
davon aus Bewertungsänderung BilMoG € 0,00			(49.047,83)
13. Außerordentliches Ergebnis		0,00	- 49.047,83
14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		3.527,47	- 95.435,77

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

1 Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

10 Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft erfüllt die Merkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

11 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einschließlich deren Änderung

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelau-
fenen und im Geschäftsjahr 2011 planmäßig fortgeführten Abschreibungen nach der linearen oder
der geometrisch-degressiven Methode bewertet. Dabei werden bei immateriellen Vermögensge-
genständen Nutzungsdauern von drei Jahren und bei Gebäuden 33 Jahre zu Grunde gelegt. Bei
Einrichtungen und Ausstattungen entspricht die Nutzungsdauer im Regelfall den steuerlichen Ta-
bellen. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von € 150 bis € 1.000 ohne Um-
satzsteuer werden in einem Sammelposten erfasst, der über fünf Jahre abgeschrieben wird.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert angesetzt.

Die Vorräte wurden durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt und unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Als Verbrauchsfolge wurde unterstellt, dass die zuerst beschafften Güter auch zuerst verbraucht wurden.

In die Sonderposten sind die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendeten Investitionszuschüsse eingestellt. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Die Sonderposten werden jährlich in der Höhe ertragswirksam aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter entspricht.

Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde gemäß IDW RS HFA 3 gebildet und beinhaltet alle bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung abgeschlossenen Verträge mit der voraussichtlich maximalen Inanspruchnahme. Im vorliegenden Jahresabschluss beträgt der durchschnittliche Abzinsungsfaktor 4 %, künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden mit einer jährlichen Rate von 2 % berücksichtigt.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden mit den Nennwerten, die Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei den kommunalen Versorgungskassen für Westfalen-Lippe, Münster. Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet. Die kommunalen Versorgungskassen sind eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck der Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird über Beiträge finanziert. Als Beitrag werden 4,5 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter T€ 1.536. Das zusätzlich vom Arbeitgeber für 2011 zu zahlende Sanierungsgeld beträgt 3,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

2 Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Das Gliederungsschema der Bilanz wurde unter Bezugnahme auf § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB zur Darstellung der bisher erhaltenen und verwendeten Investitionskostenzuschüsse auf der Passivseite um den Posten "Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens" erweitert.

20 Aktivseite

Zu A. Anlagevermögen

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangsstand	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Endstand
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Software-Lizenzen	10.889,49	0,00	0,00	0,00	10.889,49
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.614.920,87	43.615,55	0,00	0,00	3.658.536,42
2. Technische Anlagen und Maschinen	390.521,70	19.233,61	0,00	0,00	409.755,31
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.026.534,47	42.679,62	0,00	9.371,97	1.059.842,12
	5.031.977,04	105.528,78	0,00	9.371,97	5.128.133,85
	5.042.866,53	105.528,78	0,00	9.371,97	5.139.023,34

Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwerte	Restbuchwerte
Anfangs-stand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Um-buchungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand 31.12.2011)	(Stand 31.12.2010)
€	€	€	€	€	€	€
7	8	9	10	11	12	13
8.713,49	1.998,00	0,00	0,00	10.711,49	178,00	2.176,00
925.552,87	146.193,55	0,00	0,00	1.071.746,42	2.586.790,00	2.689.368,00
339.549,70	19.783,61	0,00	0,00	359.333,31	50.422,00	50.972,00
809.108,47	86.155,62	0,00	9.369,97	885.894,12	173.948,00	217.426,00
2.074.211,04	252.132,78	0,00	9.369,97	2.316.973,85	2.811.160,00	2.957.766,00
2.082.924,53	254.130,78	0,00	9.369,97	2.327.685,34	2.811.338,00	2.959.942,00

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

21 Passivseite

D. Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten haben € 94.499,27 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Das Darlehen des Integrationsamtes (LWL), das unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird, ist in Höhe von € 149.383,08 durch Grundschulden besichert.

3 Sonstige Angaben

Leitungs- und Aufsichtsorgane

Organe der Gesellschaft sind:

- Gesellschafterversammlung
- Gesellschafterausschuss
- Geschäftsführung.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,
Lippstadt**

Anhang

Der Gesellschafterausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Klaus Stahl, Dipl.-Soz. Wissenschaftler, Vorsitzender,
Wolfgang Kißler, Geschäftsführer, stellvertretender Vorsitzender,
Verena Meyer, Dipl.-Betriebswirtschafterin,
Werner Hüsten, Unternehmer,
Helmut Sigfried Ullrich, kaufmännischer Direktor.

Geschäftsführer ist Martin Dittmer, Lippstadt.

(Einzel-)Prokura ist Friedhelm Otto, Paderborn, erteilt.

Lippstadt, am 14. Mai 2012

Westfälische Werkstätten GmbH -
Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

Martin Dittmer

LAGEBERICHT

DER

WESTFÄLISCHE WERKSTÄTTEN GMBH
- Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen -

ALLEE 7

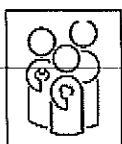
59556 LIPPSTADT – BENNINGHAUSEN

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

AUFGESTELLT IM MÄRZ 2012

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Entwicklung der Werkstatt.....	3
2.	Wirtschaftliche Situation.....	3
2.1.	Geschäftsverlauf.....	3
2.2.	Vermögens- und Finanzlage.....	5
2.3.	Betreuungssätze.....	7
2.3.1.	Entlohnung der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	8
3.	Darstellung der Lage der Bereiche.....	8
3.1.	Park- und Landschaftspflege.....	8
3.1.1.	Floristik.....	8
3.2.	Industrielle Produktion.....	9
4.	Organisatorisches.....	9
4.1.	Personalwesen.....	9
5.	Risikomanagement.....	11
6.	Entwicklungsperspektiven.....	12
7.	Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken.....	13
8.	Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres.....	15



1. Entwicklung der Werkstatt

Die positive Weiterentwicklung der Werkstatt lässt sich u.a. auch an den guten Ergebnissen im Bereich unseres größten Auftraggebers der Industriellen Produktion ablesen, denn sein monatlich erstellter Vergleich mit seinen anderen Kunden hat ergeben, dass unsere Werkstatt stets die geringsten Fehler hatte. Aber auch im Bereich der Gärtnerei haben sich trotz des Wechsels in der Leitung die Umsätze leicht steigern lassen.

Die Herausforderungen im Berufsbildungsbereich nach dem neuen HEGA-Konzept (Handlungsempfehlung und Geschäftsanweisung der Agentur für Arbeit) und dessen Umsetzung in die betriebliche Praxis begleiteten große Teile des Jahres 2011. Unsere Werkstatt nimmt die konzeptionellen Vorgaben ernst und setzt sie in die Praxis um. Dennoch ist gerade bei der Umsetzung festzustellen, dass immer wieder Anpassungen an die tatsächlichen Gegebenheiten und insbesondere aufgrund des individuellen Ansatzes, kreative und flexible Lösungen gefunden werden müssen, um den Teilnehmern gerecht werden zu können.

2. Wirtschaftliche Situation

2.1. Geschäftsverlauf

Der Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2010 im Vergleich:

	2 0 1 1		2 0 1 0		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	2.963	73,2	3.130	74,2	-167	5,3
Betriebskostenzuschüsse	912	22,5	925	22,0	-13	1,4
Sonstige betriebliche Erträge	173	4,3	159	3,8	14	8,8
Betriebliche Erträge	4.048	100,0	4.214	99,9	-166	3,9
Personalaufwand	3.054	75,4	3.083	73,2	-29	0,9
Materialaufwand	192	4,7	310	7,4	-118	38,1
Abschreibungen auf nicht bezuschusstes Anlageverm.	197	4,9	198	4,7	-1	0,5
Übrige betriebl. Aufwendg.	588	14,5	655	15,5	-67	10,2
Betriebliche Aufwendungen	4.031	99,6	4.246	100,8	-215	5,1
Betriebsergebnis	17	0,4	- 32	0,9	49	153,1
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	- 16		- 12		-4	
Neutrales Ergebnis	2		-51		53	
Jahresergebnis	3		-95		98	



Westfälische Werkstätten GmbH

Allee 7

Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

59556 Lippstadt

Das erzielte Betriebsergebnis ist mit 17 T€ um 49 T€ besser als im Vorjahr. Es ist deutlich erkennbar, dass trotz gesunkener Betrieblicher Erträge ein zwar knappes aber dennoch positives Jahresergebnis erzielt werden konnte. Besonders hebt sich hervor, dass deutliche Einsparungen insbesondere beim Materialaufwand und bei den Übrigen betrieblichen Aufwendungen wirkungsvoll vorgenommen wurden.

Die Haupteinflussfaktoren für das Ergebnis der Gesellschaft sind die Tagessatzerlöse, die bedingt durch Belegungsschwankungen leicht unter dem Vorjahresniveau liegen sowie den Umsätzen aus den Arbeiten, die im bereinigten Zustand mit einer leichten Steigerung verliefen. Die Tagessatzerlöse sanken um etwa 1%. Die Umsätze aus den Arbeiten sanken absolut um etwa 10%. Bereinigt um das weggefallene Café ergibt sich jedoch eine Steigerung um etwa 3%.

Trotz eines tarifvertraglich bedingten Lohnanstiegs (ab 01.01.2011 +0,6% und ab 01.08.2011 + 0,5%) konnte der Personalaufwand um etwa 1% gesenkt werden.

Der Materialaufwand konnte etwa 38% mithin 118 T€ gesenkt werden.

Bei den übrigen betrieblichen Aufwendungen fand eine Senkung um etwa 10% mithin 67 T€ statt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass den betrieblichen Erträgen in Höhe von 4.048 T€ betriebliche Aufwendungen in Höhe von 4.031 T€ gegenüberstanden. Somit wurde unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses sowie dem neutralen Ergebnis ein Jahresüberschuss von 3 T€ erzielt.



2.2. Vermögens- und Finanzlage

Vermögensstruktur

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	2.811	77,4	2.960	78,7	– 149
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,0	63	1,7	– 63
	2.811	77,4	3.023	80,4	– 212
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	38	1,0	26	0,7	12
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	264	7,3	324	8,6	– 60
Sonstige Vermögensgegenstände	10	0,3	18	0,5	– 8
Liquide Mittel	508	14,0	370	9,8	138
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,0	1	0,0	0
	821	22,6	739	19,6	82
	3.632	100,0	3.762	100,0	– 130

Kapitalstruktur

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Eigenkapital	1.540	42,3	1.537	40,9	3
Sonderposten	1.389	38,2	1.445	38,4	– 56
	2.929	80,5	2.982	79,3	– 53
Langfristige sonstige Passiva					
Rückstellungen	280	7,7	252	6,7	28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75	2,1	95	2,5	– 20
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	139	3,8	149	4,0	– 10
	494	13,6	496	13,2	– 2
	3.423	94,1	3.478	92,5	– 55
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	43	1,2	60	1,6	– 17
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	0,6	20	0,5	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	60	1,7	112	3,0	– 52
Sonstige Verbindlichkeiten	86	2,4	92	2,4	– 6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
	209	5,9	284	7,5	– 75
	3.632	100,0	3.762	100,0	– 130



Westfälische Werkstätten GmbH

Allee 7

Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

59556 Lippstadt

Es wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 105 T€ durchgeführt, denen Abschreibungen in Höhe von 254 T€ gegenüberstehen. Insgesamt verringerte sich das Anlagevermögen um 149 T€. Trotz der durchgeführten Maßnahmen lag zum Bilanzstichtag die Liquidität bei 508 T€. Anhand der unten dargestellten Cash-Flow-Rechnung ist die Veränderung der liquiden Mittel erkennbar.

Das Eigenkapital II (Eigenkapital einschl. Sonderposten) der Gesellschaft betrug zum Abschlussstag 2.929 T€ (VJ 2.982 T€) - mithin eine Eigenkapitalquote II von rd. 80% (VJ 80%).

Die Eigenmittel decken damit das gesamte Anlagevermögen (2.811 T€) sowie Teile des Umlaufvermögens. Verbindlichkeiten wurden innerhalb der Zahlungsfrist beglichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele vereinnahmt.

Die im Zusammenhang mit den für Altersteilzeiten zu bildenden Rückstellungen belaufen sich für die drei aktuellen Fälle auf insgesamt 272 T€. Dies führt zu einer künstlichen Verschlechterung des Jahresergebnisses, weil die entsprechenden Erstattungen der Agentur für Arbeit nicht als Forderungen eingebucht werden können. In den Folgejahren führt dies dann zu einer entsprechenden Ergebnisverbesserung, die ebenfalls nicht durch die betriebliche Tätigkeit verursacht sein wird.

Die Finanzlage am Bilanzstichtag stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Liquide Mittel	508	370
<u>Abzüglich</u>		
Kurzfristiges Fremdkapital	209	284
Liquidität I	299	86
<u>Zuzüglich</u>		
Kurzfristige Forderungen	274	342
Liquidität II	573	428
<u>Zuzüglich</u>		
Vorräte	38	26
Liquidität III/Überdeckung	611	454
Veränderung des Liquiditätssaldos	157	

Die Vermögens- und Finanzlage kann daher als sehr stabil bezeichnet werden.



Die Entwicklung der Zahlungsströme stellt sich wie folgt dar:

	2011 T€	2010 T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	273	85
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	- 105	- 175
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 30	105
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	138	15
Liquide Mittel am Anfang der Periode	370	355
Liquide Mittel am Ende der Periode	508	370

Während der Finanzmittelbestand im Jahr 2010 durch die Erhöhung der liquiden Mittel durch die langfristige und abschreibungsgleiche Fremdfinanzierung einer Kommissionierhalle statt fand, wurde im Berichtszeitraum 2011 der Finanzmittelbestand um 138T€ erhöht und dies im Wesentlichen durch eine Kombination aus erfolgreicher Ausschöpfung von Einsparpotentialen und Kostensenkungsmaßnahmen trotz gleichzeitigem Absinken von Umsatzerlösen durch eine geringere Belegung und damit fehlenden Tagessatzerlösen sowie geringeren Investitionen, Abbau von Forderungen und Bildung von Rückstellungen.

2.3. Betreuungssätze

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veränderungen der Betreuungssätze statt.

Betreuungssätze im Berichtszeitraum:

<u>BERUFSBILDUNGSBEREICH:</u>		<u>ARBEITSBEREICH:</u>	vor/nach 1.4.
Regelfälle:	38,61 €	Regelfälle:	28,32/28,71 €
Schwerstmehrfachbeh.:	n.V.	Schwerstmehrfachbeh.:	56,60/57,28 €



2.3.1. Entlohnung der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Grundbetrag von 75 € wurde an jeden im Arbeitsbereich Beschäftigten in voller Höhe ausgezahlt. Der leistungsabhängige Steigerungsbetrag wurde je nach individuellem Leistungsvermögen gemäß unserem Leistungslohnsystem gezahlt. Zusätzlich zahlte die WfbM das Arbeitsförderungsgeld in Höhe von bis zu 26€ pro Person. Die im Jahr 2009 durchgeführte Lohnkürzung wurde wieder aufgehoben, da die Auftragslage sehr gut war.

Das im Arbeitsbereich gezahlte Durchschnittsentgelt im Jahre 2011 lag bei 157€ (zum Vergleich: in 2006/2007/2008/2009/2010 = 134€/155€/157€/145€/142€) einschließlich freiwilliger sozialer Leistungen.

3. Darstellung der Lage der Bereiche

3.1. Park- und Landschaftspflege

Die Auftragslage der Park- und Landschaftspflege war sehr gut und trotz des Ausscheidens unseres langjährigen Bereichsleiters in die Freistellungsphase der Altersteilzeit und damit einhergehend die Übernahme dieser sehr umfangreichen Aufgaben durch unsere neue Gärtnermeisterin, konnte der Umsatz weiter gesteigert werden. Und dieses trotz eines sehr geringen Winterdienstumfangs aufgrund der Witterungsverhältnisse.

Sehr positiv aufgenommen wurde am Ende des Berichtszeitraumes, dass unsere Park- und Landschaftspflege den ausgeschriebenen Auftrag zur Pflege der Anlagen eines Kunden in Warstein erhalten hat und wir dort weiter tätig sein können. Dies sichert in diesem Bereich nun wieder für einige Jahre den Auftrag.

3.1.1. Floristik

Die Entwicklungen in der Floristik sind bei rel. geringen Umsätzen weiterhin positiv. Seit dem Umbau mit den abgeschlossenen Instandhaltungsmaßnahmen an den Gewächshäusern stieg der Umsatz im Vorjahr um etwa 8% und im Berichtszeitraum erneut um etwa 6% an.



Westfälische Werkstätten GmbH

Allee 7

Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

59556 Lippstadt

Die Belegung der Floristik durch Menschen mit Behinderung ist weiter angestiegen und lag im Berichtszeitraum bei durchschnittlich 12 Personen. Es herrscht eine große Zufriedenheit in diesem Arbeitsbereich, was zur positiven Stimmung beiträgt. Weiterhin gibt es regelmäßige Nachfragen nach Aufnahmen für diesen Bereich, so dass die Personen, die z.B. behinderungsbedingte Unterbrechungen von Maßnahmen haben, durch Neuaufnahmen ausgeglichen werden können.

3.2. Industrielle Produktion

Das hohe Umsatzniveau des Vorjahres konnte auch im Berichtsjahr beibehalten werden. Auch im Berichtsjahr 2011 hat es die größten Umsatzzuwächse bei unserem größten Auftraggeber gegeben. Jedoch war der Verlauf besonders im ersten und zweiten Quartal höher als im Vorjahr und im letzten Halbjahr niedriger. Die Gesamtsteigerung bei diesem Auftraggeber ging jedoch einher mit geringeren Umsätzen bei einem der anderen Auftraggeber, sodass dementsprechend der Gesamtumsatz nahezu gleich ausfiel.

4. Organisatorisches

4.1. Personalwesen

Wie auch in den vergangenen Jahren haben vielfältige Fortbildungen und Qualifizierungen stattgefunden, um die Arbeiten auf einem hohen Niveau und sicher durchführen zu können.

Die Übernahme des Bereiches Park- und Landschaftspflege von dem in die Freistellungsphase getretenen Gärtnermeisters durch unsere Gärtnermeisterin erfolgte sehr zufriedenstellend und ging nach ersten Gewöhnungsphasen sehr positiv voran. Alle im Rahmen der Personalbedarfsrichtlinien für Werkstätten für behinderte Menschen möglichen Betreuungsstellen sind ganzjährig besetzt gewesen.



Im Berichtszeitraum haben zwei in unterschiedlichen Bereichen der Werkstatt tätige Mitarbeiterinnen an der Sonderpädagogischen Zusatzausbildung teilgenommen.

Fortbildungen/Qualifikationen

Sicherheit / Gesundheit:

- Ersthelfer-Grundausbildung
- Brandschutzunterweisung
- Aufbaukurs Erste Hilfe
- Arbeitssicherheit-Baumarbeiten II
- Belehrung n. Infektionsschutzgesetz

Park- und Landschaftspflege:

- Arbeitssicherheit im Garten- und Landschaftsbau
- Arbeitssicherheit Baum II
- Messen und Beurteilen am Baum

Pädagogik:

- Professioneller Umgang mit Gewalt und Aggression
- Sonderpädagogische Zusatzausbildung
- Epilepsie-Schulung
- Grundlagen der Arbeit des Bildungsbegleiters
- Einführung in das Gruppentraining sozialer Kompetenzen
- Autismus-Weiterbildung

Zukunft:

- Betriebliches Konfliktmanagement und Prävention von Mobbing
- Organisation von Außenarbeitsplätzen



4.2. Entlohnungssystem

Als Entlohnungssystem wird nach wie vor die Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes in vollem Umfang angewendet.

In diesem Zusammenhang ist die Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung gemäß dem Tarif am Jahresende durch eine individuelle Leistungsbeurteilung zu erwähnen, denn unsere Werkstatt hat von Anfang an ein eigenes Beurteilungssystem erarbeitet und seit Jahren erfolgreich erprobt. Bei den aktuellen Steigerungen dieses Betrages durch die Tarifvertragsparteien wird dies zukünftig von immer größerer Bedeutung.

Besonders positiv hervorzuheben ist auch im Jahr 2011 der Einsatz des Personals bei der kundenorientierten Erledigung der Arbeiten unseres neuen Auftraggebers. Hier haben Alle zum Wohle der Werkstatt, der Beschäftigten und des Kunden engagiert gearbeitet und durch hohen persönlichen Einsatz für den Bestand, Erhalt und die Ausweitung des Auftrages und eine hohe Zufriedenheit des Kunden gesorgt. Mittlerweile wird unsere effiziente Art der Auftragserledigung hervorgehoben und als Vorbild für andere Kunden unseres Auftraggebers angeführt.

5. Risikomanagement

Im Rahmen der durchgeführten Revisionen ergaben sich keine aktuellen Risiken, die akute Handlungen erforderten. In der innerbetrieblichen Diskussion mit den Führungskräften erfolgte eine Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit bzw. dem Unsinn der Aufnahme von „Kleinigkeiten“, die dazu führte, dass das System modifiziert werden wird, um das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen sinnvoll abzugleichen.



6. Entwicklungsperspektiven

Der Druck auf die Werkstätten steigt immer mehr an. Im Wesentlichen einerseits durch negative Medienberichte der vergangenen Zeit hinsichtlich der Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt und andererseits durch die stetig steigenden Kosten der Eingliederungshilfe, die zu unvollständigen Refinanzierungen der Werkstatt führen sowie veränderte Rahmenbedingungen durch die Agentur für Arbeit. Hinzu kommt, dass wir bundesweit einen Fachkräftemangel vorzufinden haben, der sich zukünftig auch im Bereich unserer Werkstatt niederschlagen könnte. Aktuell ist dies noch nicht der Fall.

Geplant ist die Einführung eines „Grundstandards“ der die Qualität der Arbeit – insbesondere der pädagogischen Arbeit - sichern soll. Das bedeutet, dass zukünftig eine gezielte Einarbeitung neuer Mitarbeiter statt finden soll. Es müssen Inhalte der erforderlichen pädagogischen Kompetenzen festgelegt und vermittelt werden. Vorstellbar ist eine 1-2-wöchige Einarbeitungszeit mit Informationsblöcken, in der es z.B. um Behinderungsbilder, Umgangsmöglichkeiten, notwendige Literatur, eine menschliche Haltung, sowie Regeln, die wir in unserer Arbeit als verbindlich festlegen, geht. Dies soll die bisherige Vorgehensweise der Begleitung durch einen persönlichen Ansprechpartner und die Übergabe von wesentlichen organisatorischen Materialien (Brandschutzordnung, Ersthelfer, betriebliche Gremien, Fluchtwege, Datenblätter der benutzten Stoffe, Betriebsvereinbarungen, Dienstanweisungen, Organigramm, Formulare, Rundschreiben, Konzepte, Qualitätsmanagementsystem, Unfallverhütungsvorschriften, Betriebsanweisungen, Werkstattordnung und -vertrag, Gesetzl. Grundlagen, Infos der Berufsgenossenschaft, ...) ergänzen, den Standard erhöhen, einen Anspruch an Arbeit und Qualifikationen verdeutlichen sowie eine größere Verbundenheit zum Unternehmen erzeugen.



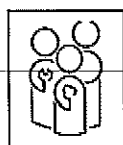
Im Rahmen der Integrationsassistenz wurden im Berichtszeitraum verschiedene Maßnahmen ergriffen, die im Folgejahr evtl. zu Übergängen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt führen können. Hier zeigt sich, dass unsere Werkstatt den Auftrag ernst nimmt und dass unsere Werkstatt keine Sackgasse ist. Unter Umständen kann dies auch zukünftig ein Grund für Aufnahmeanfragen sein.

Es wurden in diesem Zusammenhang mehrere Praktika in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes durchgeführt, denen entsprechende Trainings vorgeschaltet waren bzw. begleitend liefen. Dabei wurden mehrere ausgelagerte Arbeitsplätze bzw. Vermittlungen in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt vorbereitet, die zukünftig besetzt werden sollen.

Unter Berücksichtigung des besonderen Personenkreises, den unsere Werkstatt traditionell versorgt sowie der entsprechende eher pädagogisch-pflegerische und eben nicht technische Ausbildungsstand des Personals und der Ausstattung scheint die Beschreitung des Weges als Einrichtung für spezielle (leistungsgeminderte) Personenkreise für die Zukunft sinnvoll zu sein.

7. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

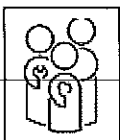
Die voraussichtliche Entwicklung der Werkstatt basiert bzgl. der Umsätze auf der Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeiten wobei diese einerseits auf einige größere Partner bezogen ist und damit das Risiko eines einschneidenden Rückgangs nicht auszuschließen ist. Bei der Größe unserer Werkstatt erscheint der Geschäftsführung dieses Risiko jedoch – auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit – handhabbar. Andererseits hängen die Umsätze insbesondere im Bereich der Park- und Landschaftspflege von dem Zuschlag von ausgeschriebenen Aufträgen ab. Dies birgt eben auch das Risiko des Auftragsverlustes, der jedoch zumindest z.T. durch Kostenreduzierungen abgefedert werden könnte. Die Chancen liegen somit jedoch auch bei dem Erhalt neuer u./o. zusätzlicher Aufträge.



Bezüglich der Tagessatzerlöse ist neben der für uns bekannten Situation des Platzzahlabbaus des nahen Wohnverbundes und der damit einhergehenden Reduzierung unserer Belegung, die Fortschreibung der Vergütungsvereinbarungen mit entsprechender Anpassung der steigenden Personalkosten von Bedeutung. Jedoch ist nicht von einer vollständigen Refinanzierung der Personalkostensteigerungen auszugehen.

Im Bereich der Park- und Landschaftspflege steht die erneute Ausschreibung eines unserer größeren Aufträge aus. Zum Ende des kommenden Geschäftsjahres erfolgt die Ausschreibung, auf die sich unsere Werkstatt entsprechend vorbereiten wird. Das beinhaltet das Risiko der Nichterteilung des Zuschlages an uns kann durch die anderen vorhandenen Aufträge einhergehend mit einer entsprechenden Umstrukturierung und ggf. personellen Anpassungsmaßnahmen abgemildert werden. Die Chancen liegen darin, dass durch die Nähe des Auftragsortes viele Trainingsmöglichkeiten für unsere Rehabilitanden gegeben sind und der Auftrag zur Absicherung entstehender Kosten beiträgt.

Die Werkstatt wird auch in absehbarer Zeit alle Beschäftigten mit Arbeit versorgen können. Die wirtschaftliche Situation unserer Werkstatt wird sich in den nächsten Jahren sukzessive weiter verbessern und zu einem positiven Jahresergebnis führen.



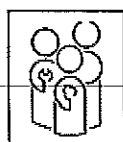
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch unklar, ob sich die gesetzlichen Rahmenvorgaben der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) mit einer angedachten Zertifizierungspflicht für Anbieter von Maßnahmen der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben auch auf die anerkannten Werkstätten erstrecken und somit bleibt die Veröffentlichung des Gesetzes abzuwarten. Ggf. ist eine Akkreditierung noch bis Ende 2013 umzusetzen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nicht vor.

Lippstadt im April 2012

Martin Dittmer
Dipl.-Ing. (FH),
Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)
Geschäftsführer



Westfälische Werkstätten GmbH

Allee 7

Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

59556 Lippstadt

**Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen,
bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe
mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat**

1. LWL-Kulturstiftung

A. Erfüllung der Stiftungszwecke in 2011

Die LWL-Kulturstiftung hat in 2011 die Kultur in Westfalen-Lippe auf breiter Basis sowohl im Bereich der bildenden Kunst, der Literatur, der Musik, des Films, des Theaters als auch der landeskundlichen Forschung gefördert. Konkret wurden folgende Projekte unterstützt:

Ausgezählte Fördermittel:

Träger	Projekt	Förderung in €
Sauerländer Heimatbund e.V., Meschede	Forschungs- und Buchprojekt „Das kurkölsche Herzogtum Westfalen“	7.500 €
WWU Münster und Universität Bielefeld	Folgeantrag: Digitales Textarchiv „Niederdeutsch in Westfalen“	90.000 €
LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster	Dissertations-Projekt zu Karl Friedrich Kolbow	15.000 €
LWL, Kulturabteilung, Münster	Netzwerkprojekt „Kultur in Westfalen“	200.000 €
Städtische Galerie der Museen, Lüdenscheid	Ausstellung "Man tue, was man wolle! – Deutsche Künstlerinnen in Paris"	100.000 €
Westfälisches Literaturbüro e.V., Unna	Europäischer Preis für Kriminalliteratur: „Region trifft Europa. Krimiland Westfalen“	12.000 €
LWL-Industriemuseum, Zeche Zollern, Dortmund	Internationale Tagung zur Zukunft der Industriekultur	19.500 €
Fritz-Hüser-Gesellschaft e.V., Dortmund	„Schreibwelten – erschriebene Welten. Zum 50. Geburtstag der Dortmunder Gruppe 61“	26.000 €
Uni Paderborn, Fakultät für Kulturwissenschaften, Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Weltkulturerbe UNESCO	Folgeantrag Wanderausstellung: "Kloster und Schloss Corvey als Orte abendländischer Bildungs- und Mediengeschichte"	67.400 €
LWL Kulturabteilung, Münster	Klosterbuch "Ein Stück vom Himmel – Die schönsten Klöster in Westfalen"	47.879 €
LWL-Museum für Naturkunde, Münster	Ausstellung "Bionik – Patente der Natur"	120.000 €
Universität Siegen	Sprachatlas Siegen-Wittgenstein	51.500 €
Förderverein WestfalenClassics e.V., Lippstadt	Internationales Kammermusikfestival 2011	36.041 €
Kulturkreis Höxter-Corvey gGmbH, Höxter	Airbone-Laserscanning Corvey	70.000 €

Literaturbüro Ostwestfalen-Lippel e.V., Detmold	Lesung "Isländische Sagas in Convey"	74.050 €
Kulturbüro der Stadt Hamm	Klassik Sommer Hamm	12.000 €
Gustav-Lübcke-Museum, Stadt Hamm	"Emil Nolde - Reiselust. Unterwegs in Deutschland, Spanien und der Schweiz"	40.000 €
LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Münster	Werkverzeichnis und Ausstellung "Ernst Meister"	15.000 €
LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Münster	Sonderausstellung "Goldene Pracht. Mittelalterliche Schatzkunst in Westfalen."	322.000 €
KünstlerinnenForum MünsterLand e.V., Münster	Kunstprojekt „KunstOrt MünsterLand 2011“	15.000 €
Museumsverein für russlanddeutsche Kultur und Volkskunde e.V., Detmold	Ausstellung „Ausgepackt. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland in Lippe.“	38.400 €
OWL-Biennale e.V., Bielefeld	Theater- und Konzertbiennale "Land.schaf(f)t.kultur"	70.000 €
Rock'n Popmuseum, Gronau	Sonderausstellung „Image(u)ilder – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Videoclips“	75.000 €
Kulturamt der Stadt Hagen	Ernst Meister-Preis für Lyrik 2011	25.000 €
Gebrüder-Busch-Kreis e.V., Hilchenbach	Musikfestwoche anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gebrüder-Busch-Kreises	26.900 €
Jüdisches Museum Westfalen, Verein für jüdische Geschichte und Religion e.V., Dorsten	Projekt "Heimatkunde: Juden-Nachbarn-Westfalen"	117.900 €
Institut für Musikwissenschaft und Musikpädagogik der WWU Münster	Internationale Tagung zum 150. Todesjahr des Musiksammlers, Bearbeiters und Komponisten Fortunato Santini	18.226 €
Tanz-/Musiktheatergruppe MiNT, Dortmund, und artscenico e.V., Münster	Tanz- und Musiktheaterprojekt "SCREENSHOT! – Du und ich und so ziemlich alle anderen."	25.000 €
Galerie Münsterland e.V., Emsdetten	Kunstprojekt "Wandernder Ort 2011"	19.270 €
Kunstverein Kreis Gütersloh e.V., Gütersloh	Kunstprojekt "Metakom"	4.850 €
Kunsthaus Kloster Gravenhorst, Hörstel	Kunstprojekt „Soundseeing III-Klänge zum Angucken“	30.000 €
Gesellschaft für Neue Musik e.V., Münster	Henze Festival Münster 2011	25.000 €
Stadt Lüdenscheid, Kulturamt	Ausstellungsprojekt „Theodor von Neuhoff - ein König kehrt zurück“	10.000 €
Stadt Münster	Festival „Flurstücke 011 - Internationales Festival für darstellende Kunst im Öffentlichen Raum“	95.000 €

Filmwerkstatt Münster e.V., Münster	14. Filmfestival Münster 2011	30.000 €
Volkskundliche Kommission für Westfalen, Münster	Publikation "Abi 09 – Bräuche und Feste der Abiturienten"	7.370 €
Otmar-Alt-Stiftung, Hamm	Ausstellung "Otmar Alt - Der Zeichensetzer"	25.000 €
Münsterland e. V., Greven	Jugendmusikprojekt „Talentschmiede Münsterland Festival“	20.000 €
Stadt Telgte	Ausstellungsprojekt im Öffentlichen Raum „Trash People: Ein Treffen in Telgte“	57.000 €
Kulturgut Haus Nottbeck GmbH, Oelde	Literaturfestival und Ausstellung „10 Jahre Museum für Westfälische Literatur“	23.480 €
Zentrum für Internationale Lichtkunst e. V., Unna	Ausstellung "Lichtraum-Weitkunst"	60.000 €
Stadtmuseum Hattingen	Ausstellung "Alles Kopfsache. Hut, Helm, Tuch & Co."	7.500 €
LWL-Industriemuseum Dortmund	Eröffnung und Veranstaltungen der Spinnerei Herding, LWL-Industriemuseum Bocholt	370.000 €
Landesmusikakademie NRW, Heek	EUREGIO Vokalwettbewerb 2011/12	12.000 €
LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Münster	Internetanwendung Museum 3D im Web 2.0	144.300 €
Gesellschaft für Neue Musik e.V., Münster	Musikfestival KlangZeit Münster 2012	35.000 €
Stadt Gütersloh	Kompositionsprojekt "Westfalen komponiert für Duo Imaginaire"	15.000 €
Stadt Gelsenkirchen	Ausstellung "Vom Märchenbaum zur Roten Zora – Lebenswege von Lisa Tetzner & Kurt Kläber/Held"	15.000 €
Theaterlabor e.V., Bielefeld	Kunstaktionen und Begegnungen: „Marktplatz der Geschichten“	15.000 €
Westfälisches Literaturbüro e.V., Unna	Netzwerkprojekt „Literaturland Westfalen“	470.000 €
Westfälischer Heimatbund, Münster	Wanderausstellung, Broschüre und Internetseite "Wir machen mit! Ehrenamtliches Engagement in der Boden- und Denkmalpflege"	80.000 €
Verein für Geschichte und Alkертurmskunde Westfalens, Abteilung Paderborn e.V.	Buchprojekt "Die Lichtgewänder des Paderborner Domes – Raum. Licht und Farbe einer westfälischen Bischofskirche"	20.000 €
Evangelischer Kirchenkreis Münster	Ausstellung und Begleitprogramm "Barlach in Münster "	50.000 €
		<u>3.378.067 €</u>

B. Ergebnis

Mittelherkunft

Der LWL-Kulturstiftung sind in 2011 Spenden in Höhe von 3.887,0 T€ zugeflossen. Daneben konnte die Stiftung im Geschäftsjahr 2011 auf einen Mittelvortrag aus 2010 in Höhe von 215,8 T€ und über sonstige Zinserträge im Wesentlichen aus der Verwaltung eigenen Vermögens in Höhe von 26,5 T€ zurückgreifen.

Mittelherkunft 2011 in T€

	2011 (in T€)	2010 (in T€)
Spenden	3.877,0	3.510,0
Mittelvortrag	215,8	5,8
Zinserträge	26,5	20,1

Mittelverwendung

Wie im Vorjahr hat die Kulturstiftung den größten Teil ihrer Erträge für die Förderung von Kulturprojekten eingesetzt. So wurden mit rd. 3.378 T€ direkt Projekte in 2011 gefördert. Die Mittel sind entsprechend den gemeinnützigen kulturellen Zwecken der Stiftung verwendet worden. Mit 44,9 T€ sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen für die Verwaltung der Kulturstiftung um 16,8 T€ gesunken.

Mittelverwendung 2011 in T€

	2011 (in T€)	2010 (in T€)
Förderungen	3.378,1	2.823,0
Verwaltungsaufwand*	142,2	136,1
Rücklage	396,6	357,7
Mittelvortrag	258,5	215,8

* davon 117,1 T€ Projektkosten für das Eigenprojekt „Nachrichtendienst für Westfalen“

Zum 31.12.2011 ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 439,2 T€ (Vj.: Jahresüberschuss 567,8 T€) entstanden. Aus diesem Jahresüberschuss und unter Berücksichtigung des Mittelvortrages aus 2010 in Höhe von 215,8 T€ (Vj.: 5,8 T€) führte die Stiftung gem. § 58 Nr. 7a AO den Betrag von 396,6 T€ (Vj. 357,7 T€) der Ergebnismittelverbleibender Betrag von 258,5 T€ (Vj.: 215,8 T€) ergibt.

Das Stiftungsvermögen ist zum Bilanzstichtag in vollem Umfang erhalten.

C. Bilanz zum 31. Dezember 2011

LWL-Kulturstiftung

<u>Aktivseite</u>	31.12.2011	31.12.2010	<u>Passivseite</u>	31.12.2011	31.12.2010
	€	€		€	€
<u>A. Anlagevermögen</u>			<u>A. Eigenkapital</u>		
I. Sachanlagen			I. Stiftungskapital	1.115.810,00	1.115.810,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.109,00	0,00	davon: Grundstockvermögen: 1Mio. €		
davon: Grundstockvermögen: 0 T€			II. Ergebnismrücklage	1.281.250,00	884.680,00
			gem. § 58 Nr. 7 Buchstabe a) AO		
<u>B. Umlaufvermögen</u>			III. Mittelvortrag	2.655.559,96	215.850,31
I. Sonstige Vermögensgegenstände	4.625.402,13	3.629.945,18			
davon: Grundstockvermögen: 1 Mio. €			<u>B. Rückstellungen</u>		
			Sonstige Rückstellungen	11.500,00	14.300,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	144.377,97	34.806,58	<u>C. Verbindlichkeiten</u>		
			1. Verbindlichkeiten aus Projektzusagen	2.102.543,73	1.432.006,60
			2. sonstige Verbindlichkeiten	1.285,41	2.104,85
			davon aus Steuern: 1.285,41		
				<u>4.770.889,10</u>	<u>3.664.751,76</u>
					<u>3.664.751,76</u>

D. Gewinn- und Verlustrechnung 2011

	2011	2010
	€	€
1. Spendeneinnahmen.....	3.877.241,00	3.510.000,00
2. Sonstige betriebliche Erträge.....	60.956,03	0,00
3. Satzungsgemäße Leistungen.....	3.378.066,73	2.823.133,00
4. Personalaufwand.....	102.290,01	74.378,44
5. Abschreibungen.....	239,15	3.062,11
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	44.916,88	61.744,89
7. Sonstige Zinserträge.....	26.535,39	20.075,09
8. Zinsaufwendungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
9. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	<u>439.219,65</u>	<u>567.756,65</u>
10. Mittelvortrag aus dem Vorjahr.....	215.850,31	5.783,66
11. Einstellung in die sonstigen Ergebnismrücklagen (gem. § 58 Nr. 7 Buchstabe a) AO).....	<u>396.570,00</u>	<u>357.690,00</u>
12. Mittelvortrag.....	<u>258.499,96</u>	<u>215.850,31</u>

- Anhang zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2011 -

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB für kleine Kapitalgesellschaften erstellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden den Erfordernissen der gemeinnützigen Stiftung in der Postenbezeichnung und Gliederung angepasst bzw. erweitert.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind an den handelsrechtlichen Vorschriften ausgerichtet. Aus der Erstanwendung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ergaben sich keine bilanziellen Auswirkungen.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2010 wurden unverändert übernommen.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und die liquiden Mittel sind mit dem Nennwert angesetzt.

Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge dotiert.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nominalwert passiviert.

III. Erläuterungen zu den Positionen in Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

1. Bilanzpositionen

- a) Die Liquidität wurde als Tages- und Termingeldanlage über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV), eine 100%ige Tochtergesellschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, angelegt.
- b) Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen die Anlagen im Geldmarkt, die über die WLV getätigt wurden.
- c) Der das Grundstockvermögen (1 Mio. €) übersteigende Betrag des Stiftungskapitals in Höhe von rd. 116 T€ resultiert aus Vermögenszuführungen der ersten beiden Jahre nach Gründung (§ 58 Abs.12 AO).
- d) In Übereinstimmung mit § 58 Nr. 7a AO führt die Stiftung den Betrag von 396.570 € der Ergebnisrücklage zu. Von der Ergebnisrücklage von insgesamt rd. 1.281 T€ dienen zum Bilanzstichtag rd. 143 T€ der vom Kuratorium am 25.05.2004 beschlossenen Inflationssicherung des Stiftungskapitals.
- e) Die Rückstellungen betreffen die Jahresabschlusskosten.
- f) Die Verbindlichkeiten aus Projektzusagen bestehen für im Geschäftsjahr 2011 zugesagte Mittel für Projektförderungen in Folgejahren.

2. Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung:

- a) Die Spendeneinnahmen betreffen ganz überwiegend die Zuweisungen der Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH.
- b) Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Verbindlichkeiten für nicht zur Ausführung gelangte Förderprojekte und aus Rückzahlungen von Projektträgern für Überförderungen.
- c) Die satzungsmäßigen Leistungen betreffen folgende Auszahlungen und Zusagen für die im Jahr 2011 geförderten Projekte.
- d) Für das Eigenprojekt „Nachrichtendienst für Westfalen“ der LWL-Kulturstiftung sind Aufwendungen in Höhe von 117.112,47 € entstanden. Diese Aufwendungen setzen sich zusammen aus den Personalkosten (102 T€), den Miet- und Raumkosten (11 T€) und dem sonstigen Aufwand (4 T€).
- e) Der Personalaufwand entfällt auf zwei angestellte Redakteure für das Projekt „Nachrichtendienst für Westfalen“.
- f) Die Zinserträge ergeben sich aus den verzinslichen Anlagen im Finanzanlagevermögen sowie aus den kurzfristigen Anlagen innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände.

IV. Haftungsverhältnisse und sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen im Sinne der §§ 251 und 285 Abs. 3 HGB bestehen zum Stichtag nicht.

Der Gesamtbestand der für folgende Jahre unter Finanzierungsvorbehalt zugesagten Mittel beträgt am Bilanzstichtag 6.016 T€.

V. Organe der Gesellschaft

1. Kuratorium

Es setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Mitglieder

Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor, Vorsitzender
Herr Karl Dittmar, Kaufmann, stv. Vorsitzender
Herr Karl-Heinz Dingerdissen
Herr Markus Lewe
Herr Hermann Päuser
Herr Michael Pavlicic
Frau Silke Rommel
Frau Monika Schnieders-Pförtzsch
Herr Holm Sternbacher

Ständiger Gast

Frau Melanie Werner

2. Vorstand

Herr Dr. Wolfgang Kirsch
Herr Matthias Löb
Frau Dr. Barbara Rüschoff-Thale

3. Geschäftsführung:

Frau Dr. Kathrin Hölftge
Herr Bodo Sirototte

Die Gesellschaft verfügt über zwei Angestellte für das Projekt „Nachrichtendienst für Westfalen“.

Münster, 15.03.2012

Dr. Wolfgang Kirsch

Matthias Löb

Dr. Barbara Rüschoff-Thale

Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im



NEUES KOMMUNALES FINANZMANAGEMENT

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Abschreibung	Betrag, der bei Vermögensgegenständen die eingetretene Wertminderungen erfassen soll und der dementsprechend als →Aufwand (bzw. in der Kostenrechnung als →Kosten) angesetzt wird.	Aktivierung	Siehe →Aktiva.
Aktiva	Summe des →Anlagevermögens, des →Umlaufvermögens und der aktiven →Rechnungsabgrenzungsposten, die auf der linken Seite / Sollseite der →Bilanz aufgeführt werden. Die Aktiva zeigen die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Aktiva wird als Aktivierung bezeichnet. Gegensatz: →Passiva.	Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören all die →Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauerhaft der Aufgabenerfüllung des LWL zu dienen. Das Anlagevermögen setzt sich zusammen aus dem Immateriellen Vermögen, z.B. Konzessionen, den Sachanlagen, z.B. Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie den Finanzanlagen, z.B. Beteiligungen. Gegensatz: →Umlaufvermögen

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Aufwand	Bewerteter → Ressourcenverbrauch einer Rechnungsperiode.	Bilanz	In der Bilanz werden zu einem Stichtag die Vermögenswerte dem Kapital gegenübergestellt.
Ausgabe	Ist-Ausgaben im kameralen Sinne entsprechen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – dem hier verwendeten betriebswirtschaftlichen Begriff der → Auszahlung. Unter Ausgaben werden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement sämtliche Geldvermögensminderungen in barer und unbarer Form verstanden. Hierzu gehören u. a. die Verminderung des Kassenbestandes, die Verminderung des Forderungsbestandes und die Erhöhung des Verbindlichkeitenbestandes.	Buchführung	Auf der Aktivseite wird das → Vermögen mit den zum Stichtag ermittelten Werten aufgeführt, auf der Passivseite werden das → Eigenkapital und die → Schulden dargestellt. Die Bilanz dokumentiert damit auch die Kapitalverwendung (Mittelverwendung) und die Finanzierung (Mittelherkunft).
Auszahlung	Auszahlungen sind Verminderungen des Zahlungsmittelbestandes (Kassenbestände und Bankguthaben).	Buchwert	Die Bilanz ist immer ausgeglichen (→ Aktiva = → Passiva).
Bargeld	Münzen, Banknoten, fremde Geldsorten.	Deckungsrücklage	Alle Geschäftsvorfälle des LWL werden in der Finanzbuchhaltung in wertmäßiger Form erfasst und über einen regelmäßigen jährlichen Abschluss zur → Bilanz, → Ergebnisrechnung und → Finanzrechnung verdichtet (externes bzw. normiertes → Rechnungswesen).
Bewertung	Verfahren mit dem Ziel, die unter den einzelnen Bilanzpositionen (→ Aktiva und → Passiva) darzustellenden Güter zu bewerten. Bei der Bewertung sind die Bewertungsgrundsätze des NKf zu beachten. Diese orientieren sich weitestgehend am Handelsrecht.	Werden Ermächtigungen für → Aufwendungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen, ist in deren Höhe in der → Bilanz unter → Eigenkapital eine zweckgebundene Deckungsrücklage anzusetzen. Diese soll unter der allgemeinen → Rücklage als „davon“-Ansatz gesondert ausgewiesen werden.	
Bewirtschaftung	Bewirtschaftung ist die Verwaltung der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel einschließlich der → Verpflichtungsermächtigungen und die Überwachung ihrer Inanspruchnahme.		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Doppik	<p>Abkürzung für doppelte →Buchführung. Im engeren Sinn eine Bezeichnung für die Buchführungstechnik. Im weiteren Sinn steht der Begriff für das kaufmännische →Rechnungswesen insgesamt, einschließlich Ansatz- und Bewertungsregeln und Ressourcenverbrauchskonzept etc.</p> <p>Da im Rahmen der Doppik jeder Geschäftsvorfall doppelt gebucht wird, zuerst im Soll und danach im Haben, ist eine indirekte Kontrollfunktion vorhanden, welche die Buchungssicherheit erhöht.</p>	Einnahme	<p>Ist-Einnahmen im kameralen Sinne entsprechen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – dem hier verwendeten betriebswirtschaftlichen Begriff der →Einzahlungen.</p> <p>Unter Einnahmen werden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement sämtliche Geldvermögenszugänge in barer und unbarer Form verstanden. Hierzu gehören u. a. die Erhöhung des Kassenbestandes, die Erhöhung des Forderungsbestandes und die Verminderung des Verbindlichkeitenbestandes.</p>
Eigenkapital	<p>Unter Eigenkapital wird in der Doppik die Differenz zwischen dem →Vermögen (→Aktiva) und den →Schulden (→Verbindlichkeiten und →Rückstellungen) sowie den →Sonderposten verstanden. →Jahresüberschüsse erhöhen und →Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Gegensatz: →Fremdkapital.</p>		
	<p>Das Eigenkapital wird in der Bilanz des LWL wie folgt untergliedert:</p>		
	<ol style="list-style-type: none"> I. Allgemeine →Rücklage II. Sonderrücklage III. Ausgleichsrücklage IV. →Jahresüberschuss / →Jahresfehlbetrag 		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Einzahlung	Einzahlungen sind Zunahmen des Zahlungsmittelbestandes (Kassenbestand, Bankguthaben).	Finanzanlage	Finanzanlagen sind diejenigen Werte des →Anlagevermögens in der →Bilanz, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken (u. a. Wertpapiere) bzw. Unternehmensverbindungen (Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen) dienen. Des Weiteren gehören hierzu Ausleihungen (langfristige Darlehen und Investitionszuschüsse), die der LWL im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung vergibt.
Ergebnisplan	Der Ergebnisplan ist die der →Ergebnisrechnung entsprechende Planungskomponente. Er ist Bestandteil des Haushaltsplans. Die Bezeichnungen der einzelnen Zeilen des Ergebnisplanes und der →Ergebnisrechnung sind identisch. Der Ergebnisplan ist das maßgebliche Instrument für die Feststellung des Haushaltsausgleichs.	Finanzmittel	Siehe → Liquide Mittel.
Ergebnisrechnung	Eine der drei Komponenten des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. →Ertrag (Ressourcenaufkommen) und →Aufwand (→Ressourcenverbrauch) werden einander gegenübergestellt; sie ist daher das Äquivalent zur →Gewinn- und Verlustrechnung des kaufmännischen →Rechnungswesens. Der Saldo der Ergebnisrechnung stellt den →Jahresüberschuss bzw. →Jahresfehlbetrag dar. Ein →Jahresüberschuss erhöht und ein →Jahresfehlbetrag senkt das →Eigenkapital.	Finanzplan	Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement wird die Planungskomponente zur →Finanzrechnung als Finanzplan bezeichnet. Der Finanzplan ist Bestandteil des Haushaltsplans. Die Bezeichnungen der einzelnen Zeilen des Finanzplans und der →Finanzrechnung sind grundsätzlich identisch. Der Finanzplan dient vor allem der →Liquiditätsplanung.
Eröffnungsbilanz	Die erstmalig aufgestellte →Bilanz wird als Eröffnungsbilanz bezeichnet. Des Weiteren kann auch die →Bilanz zu Beginn eines Wirtschaftsjahres als Eröffnungsbilanz - auch Anfangsbilanz - bezeichnet werden. Die einzelnen Bilanzpositionen der Eröffnungs-/Anfangsbilanz müssen denen der →Schlussbilanz des abgelaufenen Jahres (Prinzip der Bilanzidentität) entsprechen.	Finanzrechnung	Die Finanzrechnung ist im Neuen Kommunalen Finanzmanagement eine Komponente des →Jahresabschlusses. Sie dient dem Nachweis der empfangenen →Einzahlungen und der geleisteten →Auszahlungen eines Jahres sowie der Änderungen des Bestandes an →Finanzmitteln.
Ertrag	Bewertetes Ressourcenaufkommen einer Rechnungsperiode.	Fremdkapital	Bezeichnung für die in der →Bilanz ausgewiesenen →Schulden (→Verbindlichkeiten und →Rückstellungen) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital dient, wie das Eigenkapital, der Finanzierung des →Vermögens und ist somit eine Passivposition in der →Bilanz. Gegensatz: →Eigenkapital.
		Gewinn	Siehe →Jahresergebnis.

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Gewinn- und Verlustrechnung	Im kaufmännischen →Rechnungswesen wird die der →Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.	Investitionsmaßnahmen, Nachweis der	Der Nachweis der Investitionsmaßnahmen ist die dem →Plan der Investitionsmaßnahmen entsprechende Komponente des →Jahresabschlusses. Er ist als Teil B Bestandteil der →Teilfinanzrechnung.
Haushaltssatzung	Die Haushaltssatzung ist die Rechtsgrundlage der gemeindlichen Haushaltsführung für ein oder zwei Haushaltsjahr/e. Sie ist eine Pflichtenatzung. Durch die Festsetzung des Haushaltsplanes in der Satzung erhält dieser seine Rechtsverbindlichkeit.	Investitionsmaßnahmen, Plan der	Der Plan der Investitionsmaßnahmen weist alle geplanten →Ein- und →Auszahlungen im Zusammenhang mit Investitionen eines →Produktbereichs oder einer →Produktgruppe aus.
Inventar	Verzeichnis der →Vermögensgegenstände und →Schulden, erstellt durch das Verfahren der →Inventur. Das Inventar ist Grundlage für das Erstellen der →Bilanz.	Dabei werden die erheblichen Investitionen maßnahmenscharf dargestellt. Der Plan der Investitionsmaßnahmen ist als Teil B Bestandteil des →Teilfinanzplans. Beim LWL wurde die Wertgrenze für den Einzelausweis von Investitionsmaßnahmen für mehrjährige und bestimmte einjährige Investitionen auf 250.000 EUR festgelegt.	
Inventur	Inventur ist die art-, mengen- und wertmäßige Erfassung aller →Vermögensgegenstände, →Schulden und →Rechnungsabgrenzungsposten, die an einem Stichtag wirtschaftlich zum Unternehmen gehören. Alle körperlichen →Vermögensgegenstände werden durch Zählen, Messen und Wiegen erfasst, alle nicht körperlichen Vermögensteile auf der Grundlage buchhalterischer Aufzeichnungen und Belege.	Jahresabschluss	Der Jahresabschluss stellt das Spiegelbild des Haushaltsplanes dar und dokumentiert das Ergebnis seiner Ausführung. Hauptbestandteile sind die drei Komponenten →Bilanz, →Ergebnisrechnung und →Finanzrechnung. Als Spiegelbild zum →produktorientierten Haushalt enthält der Jahresabschluss →Teilergebnisrechnungen, →Teilfinanzrechnungen und Ist-Werte zu den Produktkennzahlen und Leistungsmengen. Weitere Bestandteile des Jahresabschlusses sind der Anhang mit dem Anlagenspiegel, dem Forderungsspiegel, dem Rückstellungsspiegel und dem Verbindlichkeitspiegel sowie der Lagebericht.

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
<p>Jahresergebnis</p> <p>Jahresergebnis ist die Differenz aller → Erträge und → Aufwendungen der Kommune bzw. eines im → produktorientierten Haushalt (bzw. im → Jahresabschluss) abgebildeten → Produktbereichs oder einer dort abgebildeten → Produktgruppe.</p> <p>Jahresergebnisse werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - in der Planung in Zeile 26 des → Ergebnisplans und in der Zeile 29 der → Teilergebnispläne, - im Jahresabschluss in Zeile 26 der → Ergebnisrechnung und in der Zeile 29 der → Teilergebnisrechnungen <p>ausgewiesen.</p> <p>Falls das Jahresergebnis der Kommune negativ ist, wird es als → Jahresfehlbetrag, falls es positiv ist, als → Jahresüberschuss bezeichnet.</p> <p>Im kaufmännischen → Rechnungswesen wird der → Jahresfehlbetrag auch als → Verlust, der → Jahresüberschuss teilweise als → Gewinn bezeichnet.</p> <p>Der → Jahresfehlbetrag mindert und der → Jahresüberschuss erhöht das → Eigenkapital.</p>		<p>Kredite zur Liquiditätssicherung</p>	<p>Kredite zur Liquiditätssicherung dienen der Verstärkung des Finanzmittelbestandes zur rechtzeitigen Verfügbarkeit der für die → Auszahlungen erforderlichen → Finanzmittel.</p>
		<p>Leistung</p>	<p>Die Leistung entspricht den in Geldeinheiten bewerteten Gütern und Dienstleistungen, die in einer Periode im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit erbracht worden sind. Gegenbegriff: → Kosten.</p> <p>Im Rahmen der Einführung des Neuen Steuermodells (NSM) und bei der Produktdefinition (s. vorläufige Produktleitlinien des LWL) wird dieser Begriff ebenfalls für die Bezeichnung abgeschlossener Arbeitsergebnisse verwendet, die inhaltlich zum Spektrum eines Produktes gehören. Eine Leistung wird im Arbeitsprozess i. d. R. durch eine Reihe von Arbeitsschritten erzeugt. Eine Leistung setzt also ihrerseits verschiedene einzelne Tätigkeiten voraus.</p>
<p>Liquide Mittel</p>		<p>Liquide Mittel</p>	<p>Die liquiden Mittel umfassen den Bestand an → Bargeld und die Guthaben bzw. Kontokorrentverbindlichkeiten auf Bankkonten.</p> <p>Synonym werden die Begriffe „→ Finanzmittel“, „finanzielle Mittel“ und „→ Zahlungsmittel“ verwendet.</p> <p>In welcher Höhe und durch welche Zahlungsarten sich der Finanzmittelbestand geändert hat, ergibt sich aus der → Finanzrechnung.</p>
<p>Liquidität</p>		<p>Liquidität</p>	<p>Liquidität umschreibt die Fähigkeit, den bestehenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht und betragsge- nau nachzukommen.</p>

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Liquiditätsplanung	Ermittlung des Bedarfs an →Finanzmitteln unter Einbeziehung der im →Finanzplan ausgewiesenen →Einnahmen und →Auszahlungen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.	Produktbereich	Produktbereiche sind die höchste Stufe der Aggregation von →Produkten bzw. →Produktgruppen. Durch das Innenministerium des Landes NRW wurden im Runderlass vom 24.02.05 (Anlage 5 zu § 4 GemHVO) aus Gründen der aufsichtsrechtlichen Nachvollziehbarkeit und der Vergleichbarkeit 17 Produktbereiche als Mindestgliederung des kommunalen Haushaltses für verbindlich erklärt.
Nutzungsdauer	Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung eines Anlagegutes. Hier wird i.d.R. die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrundegelegt. Im Runderlass des Innenministeriums des Landes NRW vom 24.02.05 (Anlage 15 zu § 35 GemHVO) sind gemeindeübergreifend Abschreibungszeiträume weitestgehend festgelegt worden. Siehe auch →Abschreibungen.	Produktbeschreibung	Produktbeschreibungen dienen der Konkretisierung der →Produkte. Sie sind im Rahmen der Produktbildung von den Abteilungen, Einrichtungen und Außenstellen zu erstellen und haben folgende Inhalte: Organisationseinheit, Bezeichnung und Nummer der →Produktgruppe bzw. des →Produktes, Produktverantwortliche/r, Beschreibung des →Produktes, Auftragsgrundlage, Zielgruppe/n des →Produktes, Produktziele und Kennzahlen des →Produktes.
Output	Output ist das außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit erkennbare und nachgefragte Ergebnis der Produktion der Organisationseinheit.	Produktgruppe	→Produkte werden thematisch (u. a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktgruppen zusammengefasst. Da die →Produkte regelmäßig zu zahlreich und zu detailliert für die Gliederung des Haushaltses sind, hat sich der LWL entschieden, die Produktgruppen als Gliederungsebene für den doppischen Haushaltsplan zu wählen. In den Produktgruppen werden neben dem →Teilergebnis- und dem →Teilfinanzplan eine Kurzbeschreibung sowie eine Übersicht der zugehörigen →Produkte mit deren Zielen ausgewiesen. Zu den einzelnen →Produkten werden Kennzahlen und Leistungsmengen dargestellt. Darüber hinaus wird bei den Produktgruppen ein Stellenplanauszug ausgewiesen.
Passiva	Summe von →Eigenkapital einschließlich →Rücklagen, von →Sonderposten, →Rückstellungen und weiteren →Verbindlichkeiten sowie passiven →Rechnungsabgrenzungsposten, die auf der rechten Seite / Habenseite der →Bilanz aufgeführt werden. Die Passivseite einer →Bilanz gibt somit Auskunft über die Mittelherkunft.		
Pensionsrückstellungen	Pensionsanwartschaften stellen ungewisse Verbindlichkeiten dar, für die →Rückstellungen gebildet werden müssen.		
Produkt	Ein Produkt ist das Endergebnis eines internen Leistungsprozesses einer produzierenden Organisationseinheit für externe oder interne „Kunden“. Das Produkt ist Träger aller für Planung, Vollzug und Rechenschaftslegung relevanten Informationen. Das Produkt ist grundsätzlich der Kostenträger, dem der →Ressourcenverbrauch (→Kosten) und Erlöse sowie Transferzahlungen zugeordnet werden können.		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
<p>Produktorientierter Haushalt</p>	<p>Produktorientierter Haushalt ist der Teil eines Haushaltsplans, in dem für jedes Element der vorgegebenen Ebene (also für den LWL die →Produktgruppen) jeweils ein →Teilergebnisplan, ein →Teilfinanzplan mit dem dazugehörigen Plan der →Investitionsmaßnahmen und eine Übersicht über die →Produkte abgebildet werden.</p>	<p>Rechnungswesen</p>	<p>Das Rechnungswesen dient der Abbildung und Steuerung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger betrieblicher Tatbestände und Vorgänge. Mit Hilfe verschiedener Begriffe und Begriffspaare lassen sich bestimmte Zwecke erreichen. →Ein- und →Auszahlungen informieren über →Liquidität, →Erträge und →Aufwendungen über das →Jahresergebnis, →Leistungen und →Kosten über die Wirtschaftlichkeit des Betriebsprozesses, →Aktiva und →Passiva über →Vermögen und Kapital.</p>
<p>Produktrahmen</p>	<p>Entsprechend dem Runderlass des Innenministeriums des Landes NRW vom 24.02.05 (Anlage 5 zu § 4 GemHVO) werden die verbindlich vorgeschriebenen 17 →Produktbereiche dargestellt und die Zuordnung der fachlichen Verwaltungsaufgaben und der wirtschaftlichen Betätigungen zu den jeweiligen →Produktbereichen geregelt.</p>	<p>Ressourcenverbrauch</p>	<p>Im NKF wird zwischen dem normierten und dem nicht normierten Rechnungswesen unterschieden. Der Haushaltsplan und der →Jahresabschluss bilden das normierte Rechnungswesen. Die interne Kosten- und Leistungsrechnung wird als nicht normiertes Rechnungswesen bezeichnet.</p>
<p>Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)</p>	<p>Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite →Ausgaben vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie →Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Auf der Passivseite sind als Rechnungsabgrenzungsposten →Einnahmen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie →Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.</p>	<p>Ressourcenverbrauchs-konzept</p>	<p>Verbrauch von Gütern, Arbeitsleistungen und Dienstleistungen.</p> <p>Das dem ehemaligen Haushaltsrecht zu Grunde liegende Konzept der kameralistischen Einnahme- und Ausgaberechnung wird im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements durch das Ressourcenverbrauchs-konzept abgelöst, um dem kommunalen Haushalt eine periodengerechte Ausweisung des vollständigen →Ressourcenverbrauchs zu ermöglichen.</p>

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Rücklage	<p>Rücklagen sind Teil des →Eigenkapitals. Sie sind die Differenz zwischen →Aktiva und allen übrigen →Passiva. Änderungen der Rücklage ergeben sich durch →Jahresüberschüsse und durch →Jahresfehlbeträge in der →Ergebnisrechnung</p> <p>Der hier definierte Begriff „Rücklage“ hat eine andere Bedeutung als der kamerale Rücklagenbegriff. Rücklagen im Sinne der hier verwendeten Definition stellen keine →Finanzmittel oder Liquiditätsreserven dar. Diese sind vielmehr der Aktivseite der →Bilanz zu entnehmen.</p>	Sonderposten	<p>Sonderposten werden als Bilanzposten zwischen dem →Eigenkapital und den →Rückstellungen ausgewiesen. Hierdurch soll verdeutlicht werden, dass der Sonderposten eine Zwitterstellung zwischen →Eigenkapital und →Fremdkapital innehat.</p> <p>Die kommunale →Bilanz unterscheidet folgende vier Sonderposten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sonderposten für (investive) Zuwendungen - Sonderposten für Beiträge - Sonderposten für den Gebührenaussgleich - Sonstige Sonderposten <p>Der Sonderposten dient u. a. als Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung von Drittmitteln.</p>
Rückstellung	<p>Mit Hilfe von Rückstellungen werden jene Vorgänge im →Rechnungswesen des laufenden Rechnungsjahres abgebildet, die wirtschaftlich betrachtet im laufenden Rechnungsjahr verursacht wurden und somit als →Aufwand zu betrachten sind; sie führen aber erst in einer späteren Periode zu einer →Auszahlung bzw. Minus der →einzahlung. Dabei sind die Beträge sowohl ihrer Höhe nach und/oder dem Fälligkeitszeitpunkt nach ungewiss. Rückstellungen mindern den Erfolg der Periode, in der sie gebildet werden, sind aber in dieser Periode nicht liquiditätswirksam, da noch keine Zahlung erfolgt ist. Sie stellen eine Verpflichtung dar und werden deshalb als →Fremdkapital betrachtet und als solches in der →Bilanz auf der Passivseite ausgewiesen.</p>	Teilergebnisplan	<p>Der Teilergebnisplan ist die der →Teilergebnisrechnung entsprechende Planungskomponente. Der Teilergebnisplan enthält die von der Landschaftsversammlung bewilligten →Aufwendungen und die voraussichtlichen →Erträge für die →Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die →Produktgruppen. Der Teilergebnisplan entspricht in Form und Aufbau der →Teilergebnisrechnung.</p>
Schlussbilanz	<p>Typisches Beispiel für Rückstellungen sind →Pensionsrückstellungen.</p> <p>→Bilanz am Ende einer Rechnungsperiode.</p>	Teilergebnisrechnung	<p>Für die →Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die →Produktgruppen ist im →produktorientierten Haushalt im →Jahresabschluss eine Teilergebnisrechnung zu erstellen. Sie enthält die →Aufwendungen und →Erträge des →Produktbereiches, des Dezernatsbudgets bzw. der →Produktgruppe.</p>
Schulden	<p>Schulden sind sämtliche →Verbindlichkeiten. Sie sind in der →Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Im bilanziellen Sinne umfassen Schulden auch →Rückstellungen.</p>		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Teilfinanzplan	Der Teilfinanzplan einschließlich des Planes der → Investitionsmaßnahmen stellt die der → Teilfinanzrechnung entsprechende Planungskomponente dar. Der Teilfinanzplan enthält die von der Landschaftsversammlung bewilligten → Auszahlungen und die voraussichtlichen → Einzahlungen für die → Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die → Produktgruppen. Der Teilfinanzplan entspricht in Form und Aufbau der → Teilfinanzrechnung.	Verbindlichkeit	Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Zahlungsverpflichtungen. Verbindlichkeiten sind in der → Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Sie sind dem → Fremdkapital zuzuordnen.
Teilfinanzrechnung	Für die → Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die → Produktgruppen ist im → produktorientierten Haushalt im → Jahresabschluss eine Teilfinanzrechnung einschließlich eines Nachweises der → Investitionsmaßnahmen zu erstellen. Sie enthält die → Auszahlungen und → Einzahlungen des → Produktbereiches, des Dezernatsbudgets bzw. der → Produktgruppe.	Verlust	Siehe → Jahresergebnis.
Transferaufwand	Leistung des LWL an Dritte, die nicht auf einem Leistungsaustausch beruht (z.B. Sozialhilfe, Jugendhilfe).	Vermögen	Das Vermögen ist die Summe aller → Vermögensgegenstände. Es wird auf der Aktivseite der → Bilanz ausgewiesen.
Transferertrag	Leistung von Dritten an den LWL, die nicht auf einem Leistungsaustausch beruht (z.B. Rückzahlungen von Sozial- und Jugendhilfe).	Vermögensbewertung	Siehe → Bewertung.
Umlaufvermögen	Sammelbezeichnung für → Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen und nicht → Rechnungsabgrenzungsposten sind. Gegensatz: → Anlagevermögen. Zum Umlaufvermögen gehören z.B. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Vorräte, Forderungen.	Vermögensgegenstand	Es gibt hierfür keine einheitliche Definition. Jedoch besteht überwiegend Einigkeit darin, dass zu den Vermögensgegenständen alle Güter gehören, die selbstständig veräußerbar und selbstständig bewertbar sind.
		Man unterscheidet Anlagevermögen und Umlaufvermögen.	
		Verpflichtungsermächtigungen	Verpflichtungsermächtigungen sind Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen künftiger Haushaltsjahre.
		Zahlungsmittel	Siehe → liquide Mittel.
		Zuwendungen / Zuweisungen / Zuschüsse	Der Begriff Zuwendungen wird als Oberbegriff für Zuweisungen und Zuschüsse verwendet. Unter Zuweisungen versteht man die Übertragung finanzieller Mittel innerhalb des öffentlichen Bereichs. Zuschüsse sind zwischen dem öffentlichen Bereich und dem unternehmerischen oder übrigen Bereich und umgekehrt übertragene → Finanzmittel.